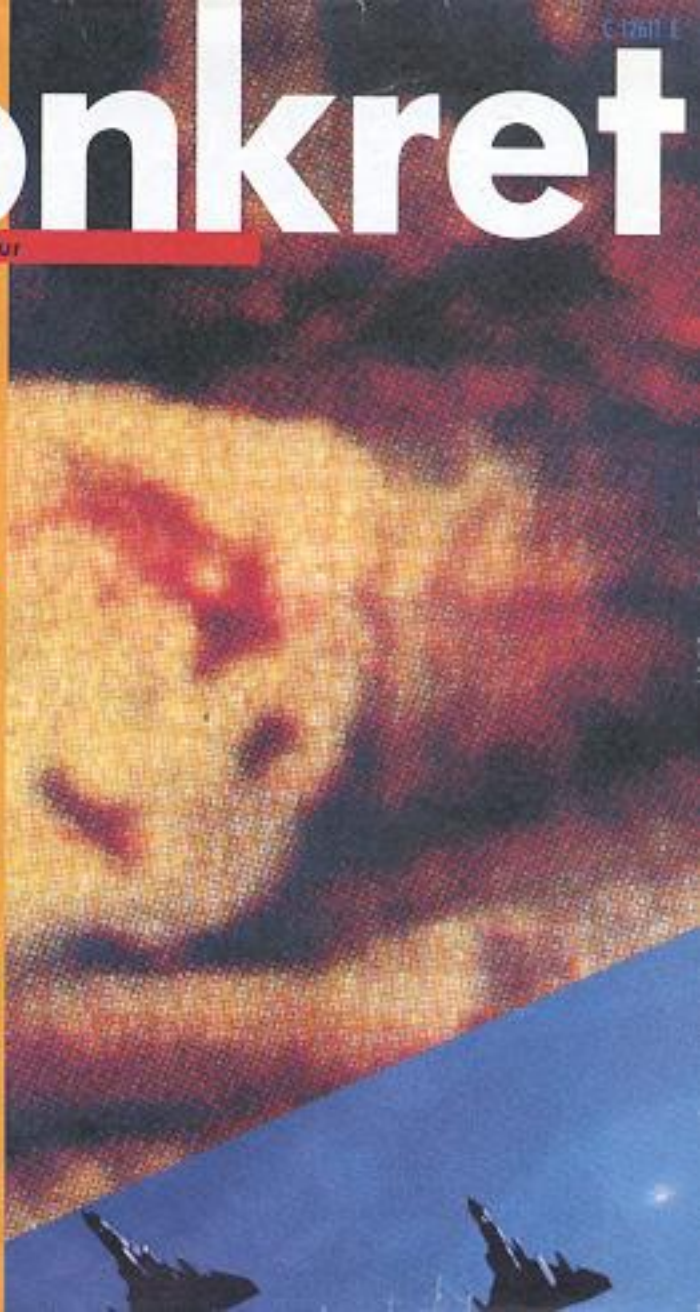
Heft 3/März 1994 8,– DM

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Die Medien im Bosnienkrieg: Bei Andruck Mord
- Braune: Brunner Statt Schönhuber
- Grüne: Vollmers Volk und Vaterland
- Blaue: Kambodscha, die Uno-Ruine
- Schindlers Liste: Holocaust aus Hollywood
- Abs selig



in konkret März 1994

von konkret

an konkret

Wendemantel der Geschichte von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Bei Andruck Mord von Peter Brock

Wer sich nicht dumm machen lassen wollte, konnte längst wissen, welche Rolle die westlichen Medien im jugoslawischen Bürgerkrieg spielen. Denn gelegentlich tauchte selbst hierzulande eine Einzelinformation auf, die nicht zur dominanten antiserbischen Propaganda paßte (und in KONKRET hat Wolfgang Pohrt bereits frühzeitig auf den Kombattantenstatus vor allem der deutschen Presse im ehemaligen Jugoslawien hingewiesen). Aber erst die Recherchen des US-amerikanischen Journalisten Peter Brock machen das ganze Ausmaß der Verzerrungen und Lügen vorstellbar, mit denen die westlichen Medien die Schlächterei auf dem Balkan anheizen

As usual von Wolfgang Schneider

Raserei der Abstraktion von Werner Pirker

Mit den beiden »Chefreformern<< Gaidar und Fjodorow haben auch die wichtigsten ausländischen Wirtschaftsberater Boris Jelzin im Stich gelassen. Was nun?

»Einfach großartig« von Conrad Schuhler

Im Zweifel mit den Mördern: Die im letzten Jahr zu Ende gegangene Friedensmission der UN in Kambodscha war – wie ihre Ergebnisse zeigen – ein Musterbeispiel des »humanitären Interventionismus«

Who's left

z. Zt. Nassau/Bahamas - Die Gruppe K

»Von Anfang an...« von Otto Köhler

Am 5. Februar ist der Bankier Hermann Josef Abs gestorben. Und die Seiten der »FAZ« fassen kaum die hymnischen Nachrufe, mit denen deutsche Politiker und Industrielle den Aufsichtsrat von Auschwitz ehren

Gebt uns vier Jahre Zeit!Vollmers Volk und Vaterland von Thomas Ebermann

In atemberaubendem Tempo bewegen sich mittelständische Protestparteien und ihre grünen Konkurrenten nach rechts. Thomas Ebermann hat Antje Vollmer und Daniel Cohn-Bendit allerlei Programmatisches abgelauscht. Heiner Möller hat Manfred Brunners »Bund Freier Bürger« und seine Stichwortgeber unter die Lupe genommen

Gebt uns vier Jahre Zeit!Brunner Statt Schönhuber von Heiner Möller

In atemberaubendem Tempo bewegen sich mittelständische Protestparteien und ihre grünen Konkurrenten nach rechts. Thomas Ebermann hat Antje Vollmer und Daniel Cohn-Bendit allerlei Programmatisches abgelauscht. Heiner Möller hat Manfred Brunners »Bund Freier Bürger« und seine Stichwortgeber unter die Lupe genommen

jeder ist uns der nächste 24 von ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

Tigersprung

Max HorkheimerPlattheiten

Die Wahl der Waffen 1 b) von Autonome Antifa (M)
Die Göttinger »M«, Initiatorin der bundesweiten Organisation »Antifaschistische Aktion«, beharrt auf dem gesellschaftlichen Anspruch autonomer Antifapolitik. Eine Replik auf Franz Franitzkis Überblick über die autonome Antifa in KONKRET 2/94

Kunst & Gewerbe

»We couldn'tshow that« von Sabine Horst
Steven Spielberg hat einen Film über den Holocaust gedreht, der die Toten nicht mißachtet: »Schindlers Liste«

Regel Nr. 1 von Stefan Ripplinger
Programm aus der ideellen Mitte der Nation: Seit dem 1. Januar ist das »Deutschlandradio« auf Sendung

Dienst am Volk von Kay Sokolowsky
Bis heute wird die Naivität seiner Bildergeschichten gepriesen, manchen gilt er gar als politischer Märtyrer: Erich Ohser, genannt e. o. plauen, Schöpfer der Comic-Serie »Vater und Sohn«, war der populärste Cartoonist im nazistischen Deutschland und ein perfekter Opportunist. Rechtzeitig zu seinem 50. Todestag hat ihn der hiesige Kulturbetrieb wiederentdeckt

Mit Gott und den Faschisten XII von Karlheinz Deschner

Im Schatten von Nürnberg von Ludger Weß
Über die Menschenversuche mit radioaktiven Substanzen, die von 1943 bis in die siebziger Jahre an Hunderten von US-Amerikanern durchgeführt wurden, ist in den letzten Wochen vielfach berichtet worden. Dabei war allerdings weder über ihre militärischen Hintergründe etwas zu erfahren, noch wurde die Frage gestellt, welche ethischen Maßstäbe damals hätten gelten sollen und welche tatsächlich angelegt wurden. Ähnlich wie beim Nürnberger NS-Ärzteprozeß zeigt sich, daß Motive und Mechanismen, die zu diesen Versuchen führten, eng mit dem Selbstverständnis der modernen Medizin verbunden sind

Normalisierung der Debatte? von Udo Sierck
Über den Streit um die Frage, ob mit jenen, die von legalen »Euthanasie«-Aktivitäten träumen, zu diskutieren sei, vergessen manche, worum es eigentlich geht

Zumutung Bioethik von Oliver Tolmein
In Bonn ist ein Bioethik-Braintrust gegründet worden: Das »Institut für Wissenschaft und Ethik« will noch mehr Organtransplantationen, Euthanasie-Debatten und Pränatal-Diagnostiken

Tod ist in von Christel Dormagen
Elisabeth Bronfen ist über die Frauenleichen in der männlichen Kultur gestolpert. Und hat sie mit einem Gemisch aus Psychoanalyse, Semiotik, Strukturalismus und Dekonstruktivismus gleich wieder zugeschüttet

Meilensteine im Mainstream von Manfred Hermes
Zwei Kinofilme, in deren Mittelpunkt Aids steht, ein Thema, um das sich Hollywood lange drückte. Wie kann das angehen?

aus einem fremden Land von Hermann Peter Piwitt

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 03/94, S. 4

von konkret

Die Nazis kommen (und kommen nicht): Mit einer vom Landgericht Berlin erlassenen einstweiligen Verfügung hat der Rechtsextremist und ehemalige Vorsitzende der Berliner »Republikaner«, Carsten Pagel, den weiteren Vertrieb der Sonderpublikation KONKRET EXTRA gestoppt, in der unter der Schlagzeile »Die Nazis kommen« über die personellen, materiellen und ideologischen Hintergründe der neuen Nazi-Wochenzeitung »Junge Freiheit« berichtet wird. Anlaß für die Verfügung gaben zwei Behauptungen über Pagel, von denen eine eher nebensächliche auf einer Verwechslung beruht. Die andere aber gibt Auskunft über die bündnispolitische Lernfähigkeit der Rechtsextremen: Carsten Pagel ist tatsächlich nicht Mitglied der Deutschen Liga für Volk und Heimat, die am 3.10.1991 als faschistische Bündnispartei gegründet wurde. Er war allerdings 1992 Vorsitzender und 1993 Mitglied des Kuratoriums des Hoffmann von Fallersleben-Bildungswerks. In dieser Organisation reichen sich Mitglieder der Deutschen Liga, der NPD und unorganisierte Faschos die Hand zu so herzensguten Zwecken wie dem »Förderkreis Gerhard Kaindl«: Einer Stiftung, die das Andenken des 1992 ermordeten Schatzmeisters der Deutschen Liga wahren soll (»Mitglied kann jeder Deutsche werden«). So hat die gute alte kommunistische Bündnispolitik doch noch gelehrige Schüler gefunden.

Ursache für die Einschaltung der Justiz dürfte sein, daß die Informationen, die KONKRET EXTRA (Auflage: 74.000) über die »Junge Freiheit« verbreitet hat, erheblich zum Fehlstart des neuen Nazi-Wochenblatts beigetragen zu haben scheinen. So haben die Pressegrossisten von der ersten wöchentlichen »Jungen Freiheit« statt der angestrebten 100.000 nur 30.000 Exemplare an die Kioske gebracht, wovon in den alten Bundesländern nur 4.000, in den neuen sogar nur 1.100 Stück verkauft werden konnten, obwohl die Verleger ihr neues Naziblatt in der »Frankfurter Allgemeinen« und anderen rechten Publikationen massiv bewerben durften.

Zusätzlich zu »Herrschaftszeiten« (Politik) und »Kunst & Gewerbe« (Kultur), die in der letzten Ausgabe erstmals erschienen, enthält dieses Heft zwei weitere neue Rubriken: den »Tigersprung« (mit dem die Redaktion an Texte erinnern möchte, die mal wieder zu lesen sich lohnt) und ein »Who's left« (mit Kurzporträts jener Gruppen, Parteien, Verlage, Zeitschriften und sonstiger Projekte, die aus der Konkursmasse der ehemaligen deutschen Linken übrig geblieben bzw. neu entstanden sind).

Endlich erschienen: Ab sofort kann gegen Vorkasse (Scheck, Schein, Briefmarken) beim Verlag der Protokollband des KONKRET-Kongresses »Was tun? Möglichkeiten und Bedingungen linker Politik und Gesellschaftskritik« bestellt werden (440 Seiten, 42,80 Mark + 5 Mark Porto).

Bis zum 14. Februar 1994 haben 107 Leserinnen und Leser für 186.000 Mark Kommanditkapital bei der KONKRET Verlags-KG eingelegt. Es fehlen an der angestrebten Summe noch 74.000 Mark, die aber bis zur Schließung der Gesellschaft am 31.3.1994 zusammengebracht werden können. Die Zunahme der Einzahlungssumme hat sich verlangsamt, da sich 6 Interessenten mit jeweils 10.000 Mark nach Prüfung ihrer tatsächlichen persönlichen Möglichkeiten wieder zurückgezogen haben. Die vorläufig letzte Gruppenberatung für KG-Interessentinnen und -Interessenten findet am Samstag, dem 26.2. von 14 bis 16 Uhr in Bochum (im Büro des Café Konkret) statt. Wer mehr als 8.000 Mark einlegen kann und will, sollte einen persönlichen Termin direkt mit dem Verlag (Ansprechpartner: Christoph Speier, Tel. 040/431085) vereinbaren. Folgende Einzahlerinnen bzw. Einzahler sollen sich bitte beim Verlag melden, da ihre Adresse nicht festzustellen ist: M. Klingfuss, Dr. Kerndl, Dr. Gschrey-Düver, K. Enckhausen und Eheleute Bruckmann.

Konkret 03/94, S. 6

an konkret

Dietl-Kaserne

KONKRET 2/94: »Ordnung und Vernichtung« von Kurt Pätzold

Der Historiker Kurt Pätzold erwähnt in seinem Beitrag, daß die Bundeswehrkaserne in Füssen nach Hitlers Lieblingsgeneral, Generaloberst Eduard Dietl, benannt ist.

Ich habe am 21.9.1993 im Auftrag der Landesorganisation der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten, deren Vorsitzender ich bin, dem Verteidigungsminister in einem Brief die Frage gestellt, wann endlich die Kaserne umbenannt wird.

In meinem Brief habe ich darauf aufmerksam gemacht, daß Dietl schon im Jahr 1919, gemeinsam mit Hitler, Mitglied der Vorläuferorganisation der NSDAP war, daß Dietl Träger des »Goldenen Parteiabzeichens« der NSDAP war. Ich habe daran erinnert, daß, als Dietl 1944 in Norwegen tödlich verunglückte, Hitler beim Staatsakt aus Anlaß der Beisetzung die Rede hielt und Dietl seinen »getreuen Gefolgsmann« nannte, der »den Typ des nationalsozialistischen Offiziers geschaffen« habe.

Ich habe schriftlich darauf hingewiesen, daß in der DDR die meisten Kasernen Namen von antifaschistischen Widerstandskämpfern trugen und daß diese Kasernennamen, als die Gebäude unter die Verfügungsgewalt des Bundesverteidigungsministeriums kamen, restlos entfernt wurden. Ist das nicht gerade das Gegenstück dazu, daß an der Bezeichnung »Generaloberst Dietl Kaserne« so hartnäckig festgehalten wird?

Vom Verteidigungsministerium habe ich, nachdem ich es angemahnt habe, erst am 18. 11. 1993 Antwort erhalten. Es wurde mir mitgeteilt, daß das Militärgeschichtliche Forschungsamt den Auftrag habe, eine gründliche Untersuchung zur Gesamtpersönlichkeit Dietls durchzuführen.

Inzwischen hat Verteidigungsminister Rühe erneut zum Ausdruck gebracht, daß er keinen Handlungsbedarf für eine Namensänderung sehe.

Jupp Angenfort

Düsseldorf

Psychogramm

KONKRET 1/94: »Beruf Neonazi« von Ingrid Strobl

Auch in Ingrid Strobls Rezension heißt es, daß »Beruf Neonazi« eine »anderthalbstündige Selbstinszenierung« der Neonazis sei.

Wie so viele in der letzten Zeit bleibt Strobl den Beweis dafür schuldig. Sie verwechselt das Zeigen mit dem Gezeigten, das Thema mit der Haltung. Wenn ein Neonazi braune Parolen schwingt, dann heißt das noch lange nicht, daß der Film ein brauner »Werbefilm« ist. Es heißt aber, daß man über diesen beschämenden Ausschnitt unserer Wirklichkeit nachdenken muß. Ich habe den Eindruck, daß das vielen Leuten schwerfällt, die mit dem Einschlagen auf diesen Film gleichzeitig den Neonazismus in toto bewältigen wollen. Der einzige filmische Beweis, den Strobl anzutreten versucht, ist der Hinweis auf die fehlende »Objektivität« und die »Inszenierung« eines Dokumentarfilmes. Das ist eine Binsenweisheit. Ihre Unterstellung aber, daß die Szenen in »Beruf Neonazi« offenbar stundenlang einstudiert seien, ist perfide und geht auch an der Praxis des dokumentarischen Arbeitens vollkommen vorbei. Sicherlich hat es bei diesem Projekt ein Treatment und Absprachen gegeben, aber weder hat ein Drehbuch dem Protagonisten die Sätze in den Mund gelegt noch ist der Film stundenlang ausgeleuchtet worden. Das sieht man ihm an. Und ob viele Szenen des Films »mehrfach gedreht« wurden, wie Strobl behauptet, wage ich angesichts des niedrigen Budgets des Films zu bezweifeln. Auch die Vermutung, daß das Duzen zwischen Regisseur Bonengel und Neonazi Althans Beweis für eine »Komplizität« sei, halte ich für unseriös. Entscheidend bleibt doch der fertige Film und die Position, die er seinem Gegenstand gegenüber in den Bildern, dem Rhythmus und der Struktur einnimmt. Und dazu braucht man keinen Kommentar. Auch Strobl führt ja z.B. die Auschwitz-Sequenz an, die für mich auch nach mehrmaligem Sehen noch immer ein beeindruckendes Moment der Demaskierung darstellt. Außerhalb der Gaskammmer, in der Konfrontation mit dem jungen Amerikaner, fällt Althans in sich zusammen, er ist unsicher, seine Menschenverachtung und sein Zynismus brechen hervor.

Ein bißchen kommen übrigens auch Sie nicht umhin, die Qualitäten dieses Films zu würdigen, wenn Sie schreiben, daß Althans in diesem Film seine Fähigkeiten vorführen darf, »den netten Jungen von nebenan wie den eiskalten Heydrich-Verschnitt«. Unter uns: genau das ist das Thema dieses Films. Das Psychogramm eines Täters.

Rudolf Worschech

Filmjournalist

Frankfurt/Main

Bißchen dünn

KONKRET 2/94: »Türcke zum letzten« von der KONKRET-Redaktion

Sorry, liebe Konkretler, aber sich auf das Katheder zu setzen, die Beine baumeln zu lassen und mit einem »das haben wir nicht gewollt« eine aus dem Ruder gelaufene Kontroverse plattzubügeln, das scheint es mir auch nur in Deutschland zu geben. Daß H. L. Gremliza Türckes Darlegungen noch vor einem halben Jahr als »...nicht rassistisch, sondern zu größten Teilen richtig...« bezeichnet hat, findet sich in den fünf Thesen der Redaktion nicht wieder, und diese mal so eben en passant mit einem Adorno-Zitat zu kontern, ist ein bißchen dünn, oder?

Schlußfrage: Wenn jetzt wieder geschrieben werden wird, was alle lesen wollen (incl. »Kritik an den Defiziten des Antirassismus«), kommt dann etwa auch der Pohrt wieder?

Farid Mezaber

Milano/Italien

Ich verstehe nicht, wieso die Redakteure nun plötzlich erklären, hätten sie »geahnt, wie diese Debatte verlaufen würde, sie hätte in KONKRET nicht stattgefunden«. Was haben sie erwartet, glaubten sie, durch die Veröffentlichung reaktionärer Inhalte eine fruchtbare und richtungsweisende Auseinandersetzung initiieren zu können? Daß die Debatte sich im wesentlichen um die »Rassenfrage« drehen würde, überrascht die Redaktion nun, die die Frage nach dem »biologischen Substrat« zwar nicht aufgeworfen, aber doch im Vorspann zum Türcke-Referat selbst formuliert hat (und jetzt feststellt, daß die Frage längst beantwortet ist)? Den frappierndsten Aspekt der Debatte erwähnt die Redaktion gar nicht, nämlich die weite Akzeptanz biologistischer Vorstellungen auch in linken Kreisen. Und gerade darüber wäre die Auseinandersetzung nötig. Begraben hilft da nicht weiter.

Toni Menninger

Würzburg

Auf jeden Fall schlecht

KONKRET EXTRA: »Ehrenwerte Leute« von Felix Krebs

Der völkische Ideologe Günther Nenning ist nicht Herausgeber von »profil«, sondern war Herausgeber der Zeitschrift »Neues Forum« (lange Zeit das Zentralorgan der österreichischen Linken). Die österreichischen Journalisten haben ihn über viele Jahre hinweg immer wieder zum Präsidenten der Journalistengewerkschaft gewählt. Nenning war auch einer der prominenten Gründungsväter der Grünen in Österreich, die er mit einem »Schönheitsmanifest« und dem »Konrad Lorenz Volksbegehren« zur politischen Kraft formiert hat. Das rassistische »Menschenrecht auf Heimat« hat er in die grünbraunen Diskurse eingeführt.

Heute schreibt er als Kolumnist in der »Weltwoche«, der »Zeit«, »profil«, und der »Kronen Zeitung«. Aber auch in *Gedanken zu Großdeutschland,* erschienen im rechtsradikalen Arun Verlag, findet sich ein Gespräch mit dem Nationalismusexperten G.N. Seite an Seite mit Alain de Benoist rät er, »sich einmal zu überlegen: Ist alles, was es auf der Rechten gibt, immer und auf jeden Fall schlecht? Oder sind auf der rechten Seite Begriffe aufbewahrt worden, die die Linke weggeworfen hat, und die auch die demokratische Mitte weggeworfen hat: Dinge wie Nation, Heimat, Tradition, Geschichte, Wurzeln und alles das.«

Aber nicht nur die ehrenwerte Fraktion der Rechten findet Gefallen an Nennings Ansichten, sondern auch der Wagenbach Verlag: In *Kopf Nuss. Essays über Kultur und Politik,* einer »Sammlung der uns wichtig erscheinenden Essays über Kultur und Politik« wird auf seinen an Benoist orientierten »Spiegel«-Beitrag »Intellektuelle sind Idioten« Wert gelegt. Seinen Gramsci darf er aber auch bei Podiumsdiskussionen mit Andreas Mölzer aufsagen, für den er wiederum im Jahrbuch des Freiheitlichen Bildungswerks zum 35-Jahr-Jubiläum schreibt usw. usw.

Irmgard Nagele/Matthias Breit

Absam/Österreich

Eine Passage in KONKRET EXTRA zum Thema »Die Nazis kommen« legt die Meinung nahe, daß ich, obwohl »eigentlich als antifaschistischer Autor bekannt«, für die Zeitschrift »wir selbst« Beiträge verfaßt hätte, die der Linken nationale Gefühle beibringen möchten. Dies ist Unsinn. Vor etlichen Jahren, als die erwähnte Zeitschrift den Eindruck erweckte, politischem Lernen offen zu sein, habe ich ihr den Nachdruck von Beiträgen von mir aus dem »Jahrbuch zur Geschichte der Jugendbewegung« gestattet. Selbstverständlich waren dies antifaschistische Texte, und mit »Linksnationalismus« habe ich nichts im Sinn, sondern warne vor solchen Ideen, wie man – wenn man meine Aufsätze liest – leicht feststellen kann.

Arno Klönne

Paderborn

Großer Haufen Kitsch

KONKRET 2/94: »Desinfektion und Correctness« von Dietrich Kuhlbrodt

1951 sah ich als 15jähriger den französischen Film »Unter den Dächern von Paris«: ineinander verschlungene Schicksale, ein streikender Arbeiter, ein Mörder, ein unter Prüfungsangst leidender Student, eine alte Frau mit vielen Katzen... Der Mörder wird gejagt, der Arbeiter fährt Fahrrad, eine streunende Polizeikugel trifft den Arbeiter ins Herz (!), zuständiger Chirurg unauffindbar, Medinzinstudent vollführt komplizierten Eingriff am Herz (!), Arbeiter gerettet, Student ebenso ... Ich war damals hin- und hergerissen. Wenn Altman diesen Film nicht kennt, freß ich ‘ne Kamera. Darf ein alter Mann in tiefer Verbeugung vor »Memphis« und seinem Schöpfer »Short Cuts« als einen großen Haufen Kitsch bezeichnen? Und denn och noch das Erdbeben!!

Peter Meyer

Berlin

Konkret 03/94, S. 9

Hermann L. Gremliza

Wendemantel der Geschichte

Kopfnote: Diese Zeitschrift und ihre Autoren haben sich weder als Anhänger des »jugoslawischen Modells« Namen gemacht noch als Liebhaber der nationalen und sozialen Restauration der diversen Nachfolgestaaten, deren Führungen sich so entschieden an den Staaten und Gesellschaften Westeuropas orientieren, daß Slowenien, Kroatien, Bosnien und Serbien kein schöneres Ziel kennen, als zu werden wie die Bundesrepublik. Das Verhältnis Deutschlands zu Serbien läßt sich dem von Saddams Irak zu Chomeinis Iran vergleichen: Es sind nicht die Charaktere, welche die Parteien trennen, sondern die Interessen. Zu anderer Zeit an anderem Ort, zum Wochenend bei Sonnenschein, hätten Schwarz-Schilling und Miloysevic prima Partner werden können.

Wären die historischen Ereignisse nicht ein wenig aus der Mode gekommen, weil seit dem November 1989 jede Kanzlerrede ein neues markierte, wäre jetzt vielleicht eines aufgefallen: Die letzten Trauerbekundungen für den Aufsichtsrat der IG Farben in jenen Jahren, da die Firma in Auschwitz Häftlinge durch Arbeit vernichtet hat, füllten noch den Anzeigenteil, als die Titelseite schon meldete, die deutsche Justiz habe einen Kriegsverbrecher verhaftet und werde ihn vor Gericht stellen. Stolz vermerkten die Kommentatoren, daß Deutschland der erste Staat sei, der einen Bürger eines anderen Staates für eine in einem anderen Staat an Bürgern eines anderen Staates begangene Tat zur Rechenschaft ziehe, und damit den menschen- wie völkerrechtlich traditionell weniger zuverlässigen Nachbarn, insbesondere den Franzosen und den Briten, gezeigt habe, was ein richtiggehender Rechtsstaat ist.

Mit dem letzten ganz großen deutschen Schreibtischtäter ist der allerletzte ganz kleine Schamrest in die Grube gefahren. Die Deutschen sind rundherum wiedergutgemacht. Den Völkermord, den Genozid, den Holocaust waren sie schon vor Jahren losgeworden, an Afghanen und Iraker die einen, an Türken und Israelis die andern. Hitler ging erst per Enzensberger an Saddam, dann per »Bild-Zeitung« an den »Russen-Hitler« Schirinowskij. Konzentrationslager? Die DDR war ein einziges. Die NSDAP wurde von der SED übernommen, die Gestapo von der Stasi, das Ministerium für Staatssicherheit im Gesetz zur Vermarktung seiner Akten in »Staatssicherheitsdienst« umgetauft, damit es die Erinnerung an den Sicherheitsdienst (SD) der SS ablöse. Mit Beginn des Krieges in Kroatien und Bosnien konnten endlich auch Eichmann und die blutige Brigyda ausgedeutscht werden. »Die Bestie« und »der Schlächter« trugen nun serbische Namen. Sie betrieben »die Vernichtung« in »Konzentrationslagern«, eingerichtet von der »faschistischen Armee« der »faschistischen Diktatur Miloysevic« und des »Pathologen Karadyzic«. Diese letzte Wendung, die den Arzt für eine Krankheit hält, verrät den Autor des Vokabulars: Cohn-Bendit, den Angestellten einer Stadtverwaltung, die um den Hermann Josef Abs gerotzt hat was das Fahnentuch hält, und an irgendwem muß man es austoben, dem Aufsichtsrat von Auschwitz mit dem Hut in der Hand begegnet zu sein.

Alle einmalige und unvergleichliche Vergangenheit war verschoben, abgetreten und übereignet, bis auf die eine, die an ihrem Ende stand, jenes ebenso einmalige wie unvergleichliche Ereignis: das Tribunal von Nürnberg. Dort hatten die Sieger über das Deutsche Reich das Recht reklamiert, die politische, wirtschaftliche und militärische Elite Deutschlands wegen ihrer Verbrechen gegen die Menschheit vor Gericht zu stellen. Die Richter wußten, daß ihr Tun nach allen Regeln auch ihrer eigenen Juristerei außerordentlich prekär und nur durch die unvergleichliche Art und Zahl der begangenen Verbrechen zu legitimieren war. Die Deutschen haben ihnen diese Siegerjustiz nie vergessen, und dies umso weniger, als sie die einzigen waren und bis gestern bleiben sollten, denen im Namen der ganzen Menschheit, ob Jud, ob Christ, ob Kapitalist oder Kommunist, der Prozeß gemacht wurde.

Die Erleichterung, auch diese letzte Schmach endlich losgeworden zu sein, war den Leitartikeln der gesamten deutschen Presse abzulesen. Das Land, dessen Elite wegen Völkermords zur Rechenschaft zu ziehen sich zum ersten Mal in der neueren Geschichte »das Ausland« ermächtigt hatte, ist nun selber das erste, das sich zur Verfolgung eines Ausländers wegen Völkermords ermächtigt hat. Wie sehr sich die deutsche Justiz bewußt ist, mit der Verhaftung des Dusko Tadic eine historische Quittung auszustellen, dokumentiert die Erklärung der Bundesanwaltschaft zur Verhaftung, die direkt aus einem Leitartikel von Reißmüller oder Semler übernommen sein könnte und vielleicht – ich lese das Zeug zu selten – tatsächlich ist:

Aufgrund der bisherigen Ermittlungen ist von folgendem Tatverdacht auszugehen: Erkenntnisse der Vereinten Nationen, des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag und des US-Außenministeriums (!) beinhalten die Feststellung, daß im früheren Jugoslawien, vor allem in Bosnien-Herzegowina, von den Serben eine Politik der »ethnischen Säuberung« gegenüber der muslimischen Bevölkerung betrieben wird. Durch Mord, Vergewaltigung, Auslöschung ganzer Dörfer und Deportation verfolgen die Verantwortlichen in ihrem Eroberungs- und Vernichtungskrieg das Ziel, die nichtserbische

Bevölkerung so zu dezimieren und zu zermürben, daß sie sich gegen die Herrschaftsansprüche der Serben und eine Zurückdrängung in ein oder zwei Provinzen nicht mehr zur Wehr setzt.

Das sind »Ermittlungsergebnisse«: »Herrschaftsansprüche«, »Zermürbung« und »Zurückdrängung« als Straftatbestände, »Erkenntnisse des US-Außenministeriums«, also die Meldungen einer Regierungsbehörde, die von Amts wegen Lügen verbreitet (von Grenada müßte man sogar in Karlsruhe gehört haben), sind Beweismittel. Diese Justiz hat in den letzten 50 Jahren wahrlich nichts verlernt. Und spürt an Gottes Mantelsaum, daß die Geschichte sich gewendet hat. Enger war die Volksgemeinschaft in der Bundesrepublik nie zuvor aufeinandergerückt: strenggläubige Pazifistinnen zu beinharten Militärredakteuren, mittelalte Sozis zu jungen Kameraden, 68er Feministen zu 08/15er Chauvinisten, Exkommunisten zu Neofaschisten und Dissidenten zu Verfassungsschützern. Aus meiner Polemik gegen die »Kinder-FAZ«, welche die »Tageszeitung« sei, ist eine Tautologie geworden, die sich auch noch in der Generation vertut, und wer drei Kolumnen des neuen Hamburger Ehrenbürgers Augstein aus den letzten drei Jahren nennen kann, die nicht mit dem Wahlprogramm der »Reps« vereinbar sind (wobei nicht zählt, daß dieses natürlich besser geschrieben ist), bekommt die Gelegenheit, ein Jahresabonnement der »Jungen Freiheit« zu kündigen.

Nichts hat mehr zur Bildung der neuen Volksgemeinschaft beigetragen als der Krieg im ehemaligen Jugoslawien, den die deutsche Politik von Anfang an nach Kräften geschürt hat. Serbische Untaten oder vielmehr die gleichgetrimmten Nachrichten davon, haben bewirkt, daß es eine Opposition gegen Deutschland als zum Krieg fähige und willige Weltmacht in der Bundesrepublik nicht mehr gibt. Die Bereitschaft, ans erfolgreiche und mächtige Vaterland sich anzuschließen, war schon länger da, gefehlt hatte nur der Anlaß, der geeignet schien, auch heftigste Positionswechsel plausibel zu machen. Die Größe der Verdienste, welche die Propagandakompanie Zülch und der Kronzeuge Stefan Schwarz sich dabei erworben haben, angemessen zu würdigen, bräuchte man ein Ritterkreuz.

Fußnote: Ob es etwa keine Verbrechen im Krieg auf dem Balkan gebe? Ich vermute, es gibt sie, obwohl ich aus einer Sendung mit den Herren Zülch, Schwarz-Schilling und Schwarz die Nachricht erinnere, daß serbische Militärärzte gefangenen Bosnierinnen Tierembryonen implantiert hätten, und sich Fernsehstationen, Zeitungen und Zeitschriften, ohne daß die Beteiligten sich je für dieses Goebbels-Stückchen entschuldigt hätten, weiterhin von diesen Kronzeugen Nachrichten entgegennehmen und ungeprüft verbreitet.

Konkret 03/94, S. 10

Herrschaftszeiten

Führer I

Vor einer vorzeitigen völkerrechtlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze hat der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog, gewarnt. Das Deutsche Reich sei 1945 nicht untergegangen, es sei nie annektiert und von den Siegermächten auch nicht aufgehoben worden. Eine gemeinsame Erklärung der Parlamente der beiden deutschen Staaten könne den juristischen Einwand gegen eine endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze nicht beseitigen. Das sagte Herzog im Januar 1990, drei Jahre bevor die Bürgerpresse ihn als »Mann der Mitte« erkannte.

Führer II

Der sächsische Justizminister Steffen Heitmann hat sich dennoch für die Wahl von Jens Reich zum Bundespräsidenten ausgesprochen. Mit Reich, so Heitmann, »bleibt der Grundsatz meiner Kandidatur erhalten«. Dagegen werde Roman Herzog »nicht das einbringen können in gesamtdeutsche Politik, was wir jetzt brauchen in der nächsten Zeit«.

Perestrojka

Der zweite Bürgermeister von St. Petersburg, Wladimir Putin, hat eine Militärdiktatur nach chilenischem Beispiel eine wünschenswerte Lösung für die politischen Probleme Rußlands genannt. Vor Vertretern der deutschen Wirtschaft unterschied Putin zwischen notwendiger und krimineller Gewalt: »Kriminell« sei politische Gewalt, wenn sie auf die Beseitigung marktwirtschaftlicher Verhältnisse abziele, »notwendig« sei sie, wenn sie private Kapitalinvestitionen fördere oder schütze. Putin, der auch Vorsitzender des St. Petersburger Komitees für Außenbeziehungen ist, billigte im voraus eventuelle Vorbereitungen Präsident Jelzins und russischer Militärs, eine Diktatur nach Pinochet-Vorbild zu errichten.

Kronzeugen

Wenn der staatliche »Deutschlandfunk« den Jahrestag begeht, an dem der erste de-mokratische deutsche Staat sich unter Führung der SPD von den Gründern der KPD, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, befreit hat, hört er dazu zwei Kenner: einen von Liebknechts Nachfolgern verfolgten Dichter und einen sozialdemokratischen Landesminister a.D. Während E. Loest in bekannter DDR-Manier versuchte, an den Toten eine Zwangsadoption durchzuführen, ehrte P. von Oertzen den unterm Schutz seiner Genossen totgeschlagenen Liebknecht mit dem Bonmot, er sei »wohl ein tapferer Mann, aber kein großer Kopf gewesen«, was man weder von von Oertzen noch von Loest sagen kann.

Wegweiser I

In Dresden wurde die Rosa Luxemburg-Straße zur Feier des 75. Todestags in Heinrichstraße umbenannt. Der Karl Marx-Platz heißt dort jetzt Palaisplatz, die Friedrich Engels-Straße Königstraße, Ernst Thälmann, Eugen Leviné, Georgij Dimitroff, Salvador Allende und Julian Grimau wurden in Wilksdruffer, Rosenthaler, Augustus, Münchner und Ostra umgetauft. Die Leningrader Straße aber heißt jetzt St. Petersburger Straße.Vollendet sein wird das Werk der Wende nach Auffassung der ostdeutschen Bürgerbewegung und dem gleichlautenden Wunsch einer linksradikalen Hamburger Redaktion jedoch erst, wenn alle antifaschistisch verordneten Anne Frank-Straßen den Namen der Widerstandskünstlerin Bärbel Bohley tragen und zur Einweihung der Gewendehausdirektor Kurt (»Westauto«) Masur Schostakowitschs Leningrader Symphonie als St. Petersburger Symphonie uraufführt.

Wegweiser II

In Bremen will das zuständige Ortsamt die Bushaltestelle »Lidice-Haus« in »Finkenschlag« umbenennen, zur mahnenden Erinnerung daran, daß die Bewohner des Bremer Ortsteils Finkenschlag 1942 nicht von der SS ausgerottet worden sind.

Wegweiser III

1988 hatten die ehrbaren Bürger von Neuwied dem in ihrer Stadt geborenen Friedrich Wolf seine Emigration vor den Nazis fast schon verziehen, weshalb sie eine Straße und einen Platz nach ihm benannten. Das tut der CDU-Fraktion im Stadtrat von Neuwied so leid, daß sie den Antrag gestellt hat, die Friedrich Wolf-Straße und den Friedrich Wolf-Platz wieder umzubenennen. Der verlorene Sohn der Stadt hat sich nämlich, wie man erst nach der Wende erfuhr, durch Hervorbringung

ziemlich kommunistischer Schriften und Söhne (u.a. eines Markus W.) mehrfach um ein ehrendes Gedenken unverdient gemacht.

Profa

Wie spät es ist, läßt sich an der Länge des braunen Schattens ablesen, den der Johannes Gross in der Anzeigenbeilage der »Frankfurter Allgemeinen« wirft:

Postscriptum zum Historiker-Streit. Man studiert Herkunft und Biografie der Streiter und findet, daß dieTräger eigener oder ererbter brauner Flecken an Hitler-Deutschland als dem von niemandem sonst erreichbaren Tiefpunkt aller denkbaren Geschichte festhalten; und es die Reinlichen sind, die nach gemessener Weile doch wieder nachdenken wollen.

Antifaschisten sind der letzte Dreck. Die nächste nationale Aufgabe wird ihre chemische Grossreinigung sein.

Totalitarismus

Finale Orientierungshilfe für Leute, die darüber klagen, daß sie rechts und links nicht mehr unterscheiden könnten und braun von rot schon gar nicht, enthält eine alltägliche Agenturmeldung:

Ein 38jähriger Obdachloser ist von Unbekannten im Warteraum des Karlsruher Hauptbahnhofs angezündet und dabei schwer verletzt worden. Die Polizei vermutet rechtsextreme Hintergründe.

Dümmer als die Polizei sind nur Totalitarismusforscher.

Geschichte I

»Es gibt sie noch, die eine deutsche Geschichte«.

(Wortlaut der Eintragung Willy Brandts in das Gästebuch des Museums für Deutsche Geschichte in Berlin/DDR,1985, nach Angabe der gelernten Historikerin Brigitte Seebacher-Brandt)

Geschichte II

»Es gibt sie, die deutsche Geschichte«. (Wortlaut der Eintragung Willy Brandts in das Gästebuch des Museums für Deutsche Geschichte in Berlin/DDR, 1985)

Fotos: Poly Press

Buschgeld

ist, noch vor »kollektiver Freizeitpark«, das Wort der vereinigten Jahre. »Buschgeld« nennen westdeutsche Beamte die Zulage, mit der ihr Einsatz für (oder gegen) ihre Landsleute im Osten honoriert wird.

Zivilgesellschafter

Anläßlich der Vernehmung des Zeugen Herbert Mies vor dem Schalck-Ausschuß des Bundestags wurde Isolde Fritsch zufällige Zeugin eines Disputs zweier Herren über den aussageunwilligen früheren DKP-Vorsitzenden, den sie in einem Leserbrief an »Neues Deutschland« so referierte:

Einer, Herr Dr. Heymer, Sekretär des Ausschusses, sagte laut und sehr bestimmt: »Ich hätte den gleich ins Loch geschmissen, aber ich habe ja nicht das Sagen!« Der angesprochene Herr erwiderte: »Ganz so einfach geht das wohl nicht. Es gibt doch einige juristische Probleme und Bedenken.« Dr. Heymer, sehr laut und empört: »Ich kenne den Herz-Eichenrode gut (Staatsanwalt in Bonn). Ein Anruf von mir genügt, und in einer halben Stunde fliegt der Mies ins Loch, der kommt nicht einmal aus dem Haus heraus!«

Laufbahn

Der hessische Umweltminister Josef Fischer begrübelt den Fall, daß seine Partei wieder nicht in den Bundestag kommt: »Wenn es wirklich schiefginge, würde ich die Politik verlassen. Das würde nicht bedeuten, daß ich nie mehr Politik mache. Es würde heißen: So, Fischer, jetzt mußt du mal nachdenken.« (Kleine Interpretationshilfe für Nichtkenner grün-alternativer Rhetorik: »Politik verlassen« = aus der grünen Partei austreten; »nicht nie mehr Politik machen« = zuvor schon Angebote eingeholt haben; »mal nachdenken« = die Angebote von CDU und SPD abwägen und dann doch als Staatssekretär bei einer FDP-Ministerin anfangen.)

Abzählvers

1989 hatte die DKP in der DKP-Hochburg Marburg 468 Mitglieder. Im Sommer 1990 waren es noch 110, heute sind es 15. Die Geschäftsstelle der Partei wurde aufgegeben. Drei von vier ihrer Stadtverordneten verließen die Partei, der sie vorwarfen, »politisch und moralisch bankrott« zu sein. Die Behauptung trägt ihren Beweis in sich.

Konkret 03/94, S. 12

Peter Brock

Bei Andruck Mord

Wer sich nicht dumm machen lassen wollte, konnte längst wissen, welche Rolle die westlichen Medien im jugoslawischen Bürgerkrieg spielen. Denn gelegentlich tauchte selbst hierzulande eine Einzelinformation auf, die nicht zur dominanten antiserbischen Propaganda paßte (und in KONKRET hat Wolfgang Pohrt bereits frühzeitig auf den Kombattantenstatus vor allem der deutschen Presse im ehemaligen Jugoslawien hingewiesen). Aber erst die Recherchen des US-amerikanischen Journalisten Peter Brock machen das ganze Ausmaß der Verzerrungen und Lügen vorstellbar, mit denen die westlichen Medien die Schlächterei auf dem Balkan anheizen

Seit Mitte 1991 ist Bosnien-Herzegowina *das* internationale Nachrichtenthema: die Grausamkeiten, die Flüchtlinge, die Untätigkeit der Welt. In den meisten Berichten ist der Bösewicht ein aggressives Serbien, oder es sind bosnische Serben, denen die schlimmsten Verbrechen auf europäischem Boden seit Adolf Hitlers Tod und Josef Stalins Ableben angelastet werden.

Die Beweise sind denn auch erdrückend, daß die militärischen Kräfte der bosnischen Serben schweres Unrecht begangen haben und begehen. Doch beklagen sich die Serben während der ganzen Krise, sie seien auch Opfer, und viele Tatsachen geben ihnen dabei recht. Die fast einhellige Art, in der die internationalen Nachrichtenmedien serbische Behauptungen abtaten, spielte eine bedenkliche Rolle bei der sich entfaltenden Tragödie im ehemaligen Jugoslawien. Jetzt, da sich die erste Phase der Krise möglicherweise ihrem Ende zuneigt, ist es an der Zeit, einen forschenden Blick auf die Leistung der internationalen Medien zu werfen.

Der Befund ist alles andere als positiv. Wie einer der prominentesten Journalisten der Vereinigten Staaten in der renommiertesten Zeitung der USA letzten Sommer in einem gewagt aufrichtigen Moment schrieb: »Ich verzweifle an meinem Beruf, und ich verzweifle an meiner Zeitung.« Als die routinierten, manchmal auch eifrigen Träger schlechter Nachrichten, besonders im Krieg, tun Reporter Kritik mit zynischem Achselzucken (und Selbstkritik voller Abscheu) ab und trollen sich in die Schützengräben zurück. Im jugoslawischen Bürgerkrieg indessen bildete die Presse selbst einen großen Teil der schlechten Nachrichten. Berechtigte Sorge um die persönliche Sicherheit beeinträchtigte zweifellos die Berichterstattung. Viele Stories, denen man hätte nachgehen müssen, blieben unklar, weil die Journalisten nicht an den Ort des Geschehens gelangen konnten und sich auf sehr unvollkommene Quellen verlassen mußten. Aber wenn man genau betrachtet, was sich seit Beginn des Krieges am 27. Juni 1991 getan hat, zeigt sich eine vermeidbare Nachlässigkeit der Medien und eine Art Meutenjournalismus, der im letzten Winter und Frühling seinen Höhepunkt erreichte.

In jener Periode bekamen Leser und Zuschauer die lebhaftesten Berichte über Grausamkeiten, Tragödien und Barbarei seit dem zweiten Weltkrieg zu lesen und zu sehen. Es war ein beispielloser, unablässiger Ansturm, in dem sich moderne Medientechnik mit anwaltschaftlichem Journalismus verband. Dabei wurden die Medien zu einer Bewegung, zu Mitkriegführenden, die sich gar nicht mehr als nichtkämpferisch und unparteiisch tarnten. Die Nachrichten kamen im vollen Kampfanzug der knalligen Schlagzeilen, der seitenweise ausgebreiteten bluttriefenden Fotos und grausigen Videofilme daher. Dahinter steckte die klare Absicht, Regierungen zu militärischem Eingreifen zu bewegen. Die Wirkung war unwiderstehlich – aber war das Bild vollständig? In Wirklichkeit waren die Mißgriffe eklatant:

· Straßenszenen aus dem 1991 verwüsteten Vukovar wurden später in westlichen Fernsehreportagen als Kampfbilder aus dem nur minimal beschädigten Dubrovnik präsentiert.

· Am 17. August 1992 veröffentlichte »Newsweek« das Bild eines zum Skelett abgemagerten Mannes, der in der Fotolegende als Gefangener »in einem serbischen Lager in Trnopolje« vorgestellt wurde. Der Kontext, in dem das Foto erschien, erweckte den Eindruck, als handele es sich bei dem Abgebildeten um einen Muslim. In Wirklichkeit war es ein Serbe: Slobodan Konjevic, 37, der zusammen mit seinem Bruder Zoran wegen Plünderung festgenommen worden war. Konjevic, dramatisch ausgemergelt wirkend, war seit zehn Jahren tuberkulosekrank; das sagte seine Schwester in Wien, die ihre beiden Brüder auf dem Bild identifizierte.

· Ein leidender älterer »bosnisch-muslimischer Kriegsgefangener in einem serbischen Konzentrationslager« in einer BBC-Filmaufnahme von 1992 erwies sich bei seiner späteren Identifikation durch Verwandte als der pensionierte Offizier der jugoslawischen Armee Branko Velec, der in einem muslimischen Lager festgehalten wurde.

· Unter den verwundeten »muslimischen Kleinkindern« in einem Bus aus Sarajevo, der von Heckenschützen im August 1992 beschossen wurde, befand sich eine Anzahl serbischer Kinder – was erst viel spä-ter enthüllt wurde. Eines der dabei getöteten Kinder wurde bei der Beerdigung von den Fernsehreportern als muslimisch bezeichnet. Aber das unmißverständlich serbisch-orthodoxe Begräbnisritual sagte etwas anderes aus.

· In seiner Ausgabe vom 4. Januar 1993 veröffentliche »Newsweek« ein Foto von mehreren Leichen mit einem Begleittext, der mit den Worten begann: »Gibt es keine Möglichkeit, die serbischen Greuel in Bosnien zu stoppen?« Tatsächlich zeigte

das Bild serbische Opfer, darunter einen deutlich erkennbaren Mann in roter Jacke. Das Foto mit dem Mann in seiner roten Jacke ist identisch mit einer Szene aus einem Fernsehbericht aus Vukovar ein Jahr zuvor.

· CNN strahlte im März und Mai 1993 Berichte über ein Massaker an 14 Muslimen und anschließend Bilder von zehn Muslimen aus, die angeblich von Serben getötet worden waren. Die Opfer stellten sich später als Serben heraus. Eine Richtigstellung erfolgte nicht.

· Anfang August 1993 zeigte ein Bild in der »New York Times« laut Legende eine kroatische Frau aus Posusje, die um ihren kurz zuvor bei serbischen Angriffen getöteten Sohn weinte. In Wirklichkeit war das kroatische Dorf Posusje in Bosnien nahe der dalmatinischen Küste Schauplatz blutiger Kämpfe zwischen Muslimen und Kroaten gewesen, bei denen 34 bosnische Kroaten ums Leben gekommen waren, darunter der Sohn jener Frau auf dem Foto.

Im Mai 1993 tadelte UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali die Medien wegen Übertretung des obersten Gebots der Objektivität, als er sich an die Fourth World Report Contributors Conference der CNN in Atlanta wandte: »Die Medien geben heute nicht einfach die Nachrichten wieder. Das Fernsehen ist ein Teil der Ereignisse geworden, über die es berichtet. Es hat die Art und Weise verändert, wie die Welt auf Krisen reagiert.« Boutros-Ghali schilderte die Routine und die Konsequenzen der Berichterstattung aus dem jugoslawischen Bürgerkrieg treffend: »Die Emotion der Öffentlichkeit wird so intensiv, daß sie die Arbeit der Vereinten Nationen untergräbt. Im Fernsehen kann das Problem vereinfacht und übertrieben werden.«

Drei Monate zuvor hatten mehrere hochrangige Uno-Beamte in Belgrad, die sich mit Kritik normalerweise sehr zurückhalten, untereinander ausgetauscht, was ihnen von Journalisten anvertraut worden war – und in anschließenden Gesprächen in Belgrad mit den Korrespondenten selbst verifiziert. Die Korrespondenten berichteten, daß Redaktionen ihnen Steine in den Weg gelegt hatten. Sie erzählten von Artikeln, die ohne Rücksprache mit ihnen verändert und in gewissen Fällen total umgeschrieben worden waren, um sie der meutejournalistischen Voreingenommenheit, die in westlichen Nachrichtenbüros herrscht, anzupassen. »Die amerikanische Presse ist sehr parteiisch und serbenfeindlich geworden. Sie geht mit der verwendeten Information sehr selektiv und manipulativ um«, sagte einer der Uno-Beamten. »Die Reporter hier hatten ihre eigenen Kriege mit ihren Redaktionen auszufechten. Eine Reporterin wurde buchstäblich verrückt, bis sie schließlich verlangte, versetzt zu werden.«

»Ich habe lange Zeit mit der Presse zusammengearbeitet, aber einen solchen Mangel an Professionalität und Ethik in der Presse habe ich noch nie erlebt«, sagte ein anderer. »Besonders bei der amerikanischen Presse herrscht ein äußerst feindseliger Stil der Berichterstattung.« – »Eine Art Nihilismus hat sich breitgemacht«, fügte ein dritter Uno-Mitarbeiter hinzu. – »Ich war schockiert, als ein Verwandter mir am Telefon meinen Bericht vorlas«, gestand ein amerikanischer Korrespondent in Belgrad. »Meine Verfasserzeile stand zwar obenan, aber sonst konnte ich rein gar nichts wiedererkennen.« Ein anderer Reporter in Belgrad, den eine Gruppe von Amerikaserben zuvor als besonders einseitig herausgehoben hatte, erzählte, daß er mit seiner Redaktion in der »New York Times« gestritten hatte, bis »sie schließlich sagten, ich könne schreiben, wie die Sache wirklich gewesen sei. Ich schrieb den Bericht zu Ende und gab ihn ab. Und nachdem sie ihn gelesen hatten, versenkten sie ihn.«

Dürftige Quellen

Ebenfalls versenkt wurde im jugoslawischen Krieg der professionelle Auftrag, alle Seiten einer Geschichte zu erfassen und ihr nachzugehen – trotz Hindernissen. Eine britische Journalistin erinnerte sich wütend daran, wie sie im Mai 1992 in Belgrad einen wichtigen Hinweis bekommen hatte. Mehr als tausend serbische Zivilisten – Männer, Frauen, Kinder und viele Alte – aus Dörfern rund um die bosnische Stadt Bradina im Südwesten wurden von Muslimen und Kroaten in einem teilweise zerstörten Eisenbahntunnel in Konjic in der Nähe von Sarajevo gefangengehalten. »Meine Redaktion sagte, sie sei an der Geschichte interessiert. Aber ich erklärte, ich würde drei Tage brauchen, um dort hinzugelangen, etwa einen Tag, um den Bericht zu machen, und weitere drei Tage, um zurückzukehren. Da sagten sie, das würde zu lange dauern.« Monate später arbeitete sie in der Nähe von Konjic an einer anderen Sache, und es gelang ihr, Einzelheiten über jenen früheren Zwischenfall in Erfahrung zu bringen, obwohl die serbischen Gefangenen inzwischen nicht mehr dort waren. »Die Geschichte stimmte, nur waren seither einige Monate vergangen. Ich schrieb den Bericht dennoch, aber wegen des späten Zeitpunkts wurde er nicht gerade gut plaziert.«

Gegen Ende 1992 war die Mehrheit der Medien vor lauter Konzentration auf serbische Aggression und Grausamkeiten schon so konditioniert, daß manche gar nicht mehr fähig waren, zahlreiche Episoden des Grauens und der Feindseligkeiten gegen Serben in Kroatien und später in Bosnien-Herzegowina zu studieren oder weiterzuverfolgen.

Das Ungleichgewicht der Berichterstattung begann während des Krieges in Kroatien. Trotz anhaltender Berichte über Greueltaten von kroatischen Soldaten und paramilitärischen Einheiten gegen Serben, die einige Belgrader Korrespondenten später bestätigen konnten, war in den Geschichten, die die Welt erreichten, nur von serbischen Übergriffen die Rede. Über die anderen Dinge wurde nicht berichtet, »weil es schwierig war, in die unmittelbare Nähe jener Dörfer in Kroatien zu

gelangen. Und verdammt gefährlich war es auch«, sagte ein Belgrader Korrespondent. Die Reporter blieben lieber in ihrem Bau in Sarajevo, Zagreb oder Belgrad und verließen sich auf ihre Netze von Zuträgern und Außenkontakten. Die meisten anreisenden Korrespondenten sprachen kein Serbokroatisch, und die Dolmetscher waren oft einheimische Journalisten oder Kontaktleute, die sowohl ihre festgefügten Loyalitäten als auch ein feines Gespür dafür hatten, was die postkommunistischen Zensoren in den »neuen Demokratien« in Zagreb und Sarajevo hören und lesen wollten. So begannen sich die Reporter auf aggressive Regierungssprecher zu stützen – das Informationsministerium in Zagreb stellte bald Dutzende von fließend Englisch sprechenden Publizisten ein, und auch die bosnische Regierung mobilisierte Dutzende von Betreuern für die westlichen Medien. In diesem Ringen um Medienaufmerksamkeit waren die Serben im Hintertreffen wegen der Überzeugung der Medien, »die Story« liege im Leiden der Muslime, und wegen der Isolation Serbiens infolge der Uno-Sanktionen sowie seiner eigenen Politik, die an der früheren offiziellen kommunistischen Verachtung ausländischer Medien festhielt.

Medienschaffende, die neu nach Belgrad kamen – wo dem Informationsministerium der jugoslawischen Föderation gerade ein halbes Dutzend Publizisten angehörten – , waren daher im Nachteil. Aus dem westlichen Kulturkreis kommend, waren sie an Betreuung, Kooperation, Zugang und Antworten gewöhnt. Die Belgrader Regierung aber, isoliert und öffentlich angeprangert, ignorierte ihr Drängen einfach. Wie einige Reporter im Februar 1993 freimütig zugaben, schrieben sie also einfach, was sie wollten. Oft in feindlichem Ton. Wenn das offizielle Belgrad dann las, was dabei herauskam, fühlte es sich in seinem Argwohn bestätigt und blieb bei seiner passiven Medienpolitik. Bald setzten sich Widerstände auf allen Seiten fest. Trotzdem war es – im Gegensatz zur kontrollierten Presse in Zagreb – bemerkenswert, wie in- und ausländische Medien bis Mitte 1993 die serbische Regierung heruntermachten. Vielleicht hätte Belgrad eine legitime Geschichte zu erzählen gehabt, die über das Getöse aus Sarajevo und Zagreb, wo Ausdauer, Intensität und Lautstärke die Ohren des Westens gewonnen hatten, hinausgereicht hätte. Aber wenn es sie gab, dann blieb sie wegen offizieller Nachlässigkeit, internationaler Sanktionen und Mangel an Professionalität unerzählt.

Vor dem Sommer 1991 arbeitete nur eine Handvoll westlicher Korrespondenten von Belgrad aus. Die Mehrheit wanderte zusammen mit den neuen Reportern, die Ende 1991 und Anfang 1992 eintrafen, nach Sarajevo oder Zagreb ab, wo sich die technischen Verbindungsmöglichkeiten mit dem Westen konzentrierten – besonders in der Folge der am 30. Mai 1992 gegen Serbien erlassenen Uno-Sanktionen. Daß Zagreb sich seit Ende 1992 als Kommunikations- und Medienmittelpunkt etablierte, ist besonders verwunderlich angesichts der kroatischen Unterdrückung der einheimischen Medien, zu der auch die Neubelebung eines Gesetzes aus der kommunistischen Zeit gehört, das jedem Medienschaffenden – des In- oder Auslands – , der die Regierung kritisiert, fünf Jahre Gefängnis androht.

Es überrascht nicht, daß es westliche Journalisten versäumten, bedeutsame Artikel mit Zagreber Datumszeile oder hart zupackende Berichte zu erstellen, die ein unvorteilhaftes Licht auf Persönlichkeiten der kroatischen Regierung oder auf die dunkleren Seiten dieser »neuen« Balkan-Demokratie werfen könnten, wo Bibliotheken von Büchern gesäubert wurden, die der offiziellen Politik keinen Beifall zollten. Ein paar Reportagen wurden zwar gemacht, aber die ausländischen Journalisten schauten doch eher weg, als die Regierung die Anforderungen für das kroatische Bürgerrecht neu klassifizierte, neue Anweisungen für den Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen herausgab und Boulevards und große Plätze ohne Scham nach Ustascha-Helden des zweiten Weltkriegs umbenannte.

Der kroatische Publicity-Apparat

Zwischenzeitlich waren ab Ende 1991 die in Belgrad stationierten Journalisten und Korrespondenten irritierenderweise mit dem Eintreffen von 60.000 serbischen Flüchtlingen aus Kroatien konfrontiert, die Haarsträubendes von Greueln und von der Zerstörung von Dutzenden serbischer Dörfer berichteten. Fast 100 der 156 verbliebenen serbisch-orthodoxen Kirchen in Kroatien waren nach Angaben des Patriarchats in Belgrad dem Erdboden gleichgemacht worden. (Mehr als 800 serbische Kirchen standen vor dem zweiten Weltkrieg in Kroatien.) Die Skepsis der Medien gegenüber den Erzählungen von Flüchtlingen und serbischen Beamten setzte jeder Berichterstattung über »Konzentrationslager« mit serbischen Insassen Grenzen, wie über dasjenige in Suhopolje inmitten von 18 zerstörten serbischen Dörfern im Bezirk Grubisno Polje, von dem berichtet wurde. Ein anderes, dessen Existenz später bestätigt worden ist, befand sich in Stara Lipa in den Trümmern von 24 serbischen Dörfern im Bezirk Slavonska Pozega, wo die Serben aus ihren Häusern vertrieben worden waren.

Im Januar 1992 aber war es bereits zu spät, über die serbische Seite des Krieges in Kroatien zu berichten, weil dieser Krieg zu Ende war. Der Ausbruch des Krieges in Bosnien stand unmittelbar bevor, und mit ihm eine Unmenge neuer Komplikationen. Nur wenige vermochten den verwirrenden, abrupten Bündnissen und Gegenbündnissen zu folgen, in denen bosnische Serben und kroatische Streitkräfte die bosnische Regierung angriffen und muslimische Truppen gegen bosnisch-kroatische Soldaten kämpften.

Als der jugoslawische Bürgerkrieg nahezu ein Jahr alt war, diagnostizierte der Schriftsteller Slavko Curuvija die Ursache der Desorientiertheit der Medien, nämlich die Rolle der westlichen Journalisten, die nur minimale Fähigkeiten besäßen,

über einen Bürgerkrieg unter südslawischen Kulturen und Nationalitäten zu berichten. »Die größte Schwierigkeit für westeuropäische Politiker und Kommentatoren, die sich mit Jugoslawien befassen, ist, daß die meisten so gut wie nichts über das Land wußten, als sie sich in dessen Krise zu vertiefen begannen«, schrieb er in »The European«. »Jetzt, da alles aus dem Ruder gelaufen ist, sind sie entrüstet über das Chaos und ihre Machtlosigkeit, über Nacht etwas daran zu ändern.«

»Fingerabdrücke« im Medienkrieg führten auf die Spur von PR-Spezialisten, darunter mehreren dynamischen, finanziell hochdotierten US-Firmen und ihren Klienten in staatlichen Informationsministerien. Die Washingtoner PR-Firmen Ruder Finn und Hill & Knowlton waren als erste Agenten hinter den Linien am Werk; sie feuerten Medien- und politische Salven ab und kassierten Hunderttausende, vielleicht gar Millionen von Dollars, wenn sie die feindlichen Republiken – manchmal zwei gleichzeitig – im jugoslawischen Krieg vertraten. Hill & Knowlton hatte seit Jahren Agenturen in der früheren Bundesrepublik Jugoslawien vertreten, bevor diese sich auflöste. Ruder Finn, der die Regierungen von Kroatien und Bosnien gleichzeitig vertreten hatte, bis die beiden Mitte 1993 die ethnische Säuberung bosnischer Dörfer von Bürgern der jeweils anderen Seite in die Hand nahmen, ließ schließlichdas finanziell ausgepumpte Kroatien fallen und heuerte exklusiv bei Bosnien mit seinen großzügigen Spenden aus islamischen Ländern an. Bald danach landete Ruder Finn einen Public-Relations-Treffer, als er seinen bosnisch-muslimischen Klienten half, die Menschenrechtskonferenz vom Juni 1993 in Wien zu dominieren und die zweiwöchige Agenda praktisch in Beschlag zu nehmen, die in einer Abstimmung gipfelte: Mit 88:1 Stimmen wurde die Unfähigkeit der Uno, den Krieg zu beenden, bedauert und die Aufhebung des Waffenembargos gegen Bosnien verlangt.

Besonders in der ersten Zeit des Krieges in Kroatien waren nur wenige Journalisten in der Lage, einen klaren Blick auf die Bilder zu werfen, die manipuliert wurden, um ihre Berichte in Form zu bringen. Viele Neulinge unter den Balkanreportern konnten zunächst gar nichts anderes tun, als brav den Nonstop-Pressekonferenzen beizuwohnen. Steve Crawshaw berichtete im »London Independent«: »Eins ist sicher: Niemand kann sich beklagen, daß der kroatische Publicity-Apparat in bezug auf unbewiesene Behauptungen übervorsichtig sei. Wenn man auf eindrückliche Geschichten aus ist, kann einem Kroatien immer den Gefallen tun ... Es scheint zuweilen, als lebten die Minister, die bei den Pressekonferenzen erscheinen, in einem an Rhetorik reichen, tatsachenfreien Märchenland.« Die »London Times« stellte am 18. November 1991 fest: »Klarheit war ein frühes Opfer des Kriegs in Jugoslawien, und die Realität hüllt sich immer mehr in eine Nebeldecke ... Während die verzweifelten Bemühungen, die Herzen und Köpfe Europas für sich zu gewinnen, zunehmen, werden die Behauptungen wilder, die Beweise dürftiger. Aber die (von der Regierung kontrollierten) kroatischen Medien sind überzeugt, daß sich die Behörden in London und Washington mit Gewalt zur Ergebenheit zwingen lassen, weshalb sie unablässig weiterstürmen.«

Es besteht kaum ein Zweifel, daß die Medienanwaltschaft aus dem Felde die Reaktionen der Herausgeber zu Hause bestimmte. Eine typische »Time«-Titelgeschichte (15. März 1993) begann mit der Einleitung: »Die Agonie Jugoslawiens geht ständig weiter mit neuen Bomben, Massakern, Vergewaltigungen und ›ethnischen Säuberungen‹. Bei jedem dieser furchtbaren Ereignisse ist die Weltmeinung empört, und die Meinungsbildner fordern ein Ende der Barbarei.« Weit rarer war die Klarsicht in bezug auf die Kriegsberichterstattung, wie sie Charles Lane in »Newsweek« sieben Monate zuvor geäußert hatte: »Es steckt zweifellos ein Element der Übertreibung – und auch der Heuchelei – in der gegenwärtigen Entrüstung der westlichen Journalisten, Politiker und Wähler. Und vielleicht sogar ein Anflug von Rassismus.«

Zwei fragwürdige Pulitzer-Preise

Ein symptomatischer Fall von Übertreibung war die merkwürdige Erklärung, die in der Titelgeschichte vom 15. März in der »Time« erschien. In diesem Artikel wurde Sadako Ogata, die Uno-Hochkommissarin für Flüchtlinge, zitiert. Sie habe zu Mitgliedern des Uno-Sicherheitsrates gesagt, daß »Zivilisten, Frauen, Kinder und alte Leute getötet werden, gewöhnlich indem man ihnen die Kehle durchschneidet«. Frau Ogata fügte hinzu, ihre Information stamme aus unbestätigten Sendungen unidentifizierter Radioleute in Ostbosnien. Solche Übermittlungen aber, eine stetig reichlicher sprudelnde Quelle der Propaganda vor Ort, sind schon häufig nach dem Eintreffen von Uno-Truppen Lügen gestraft worden. Dennoch fügte Frau Ogata hinzu: »Wenn nur zehn Prozent der Information wahr sind, sind wir Zeugen eines Massakers.« »Time« zog daraus den Schluß: »Ogata hatte also, ebenso wie andere Uno-Mitarbeiter und ausländische Journalisten, keine Kenntnisse aus erster Hand über das Geschehen.«

»Time« wiederholte auch, es existierten immer noch 70.000 »Gefangenenlager-Insassen«. Das war das Echo einer übertriebenen, unbelegten Statistik einer Sprecherin des (US-)Außenministeriums, deren Fehler die Associated Press und die »New York Times« im Januar 1993 öffentlich machten. Eine Angestellte hatte zugegeben, daß es sich bei der Zahl 70.000 um einen Tippfehler gehandelt habe. Die korrekte Schätzung des State Department, erklärte sie, betrage weniger als 7.000.

Aus Reportagen selbst ging hervor, daß die bosnischen Serben bei internationalen Inspektionen ihrer Lager ungewöhnlich kooperativ waren, während bosnische Muslime und Kroaten die Besichtigung ihrer Lager entweder verweigerten oder

behinderten – aber auch diese Tatsache nahm die Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis.

In einem dreimonatigen Studium von Nachrichtenreportagen spürte Nikolaos Stavrou, Professor für internationale Beziehungen an der Howard-Universität, »ein störendes Muster in der Berichterstattung« auf. Er machte geltend, die meisten der Berichte basierten auf »Hörensagen«, wobei wenig unternommen werde, die Gesichtspunkte der »anderen Seite« zu zeigen. Neunzig Prozent der Reportagen stammten aus Sarajevo, aber nur fünf Prozent aus Belgrad. In Stavrous Analyse wurden ethnische Stereotype zitiert, in denen die Serben als primitive »Überbleibsel des Ottomanischen Reiches« und jugoslawische Armeeoffiziere als »orthodoxe kommunistische Generäle« bezeichnet wurden. In Reportagen über Serben wurden diese immer wieder »östlich«, »byzantinisch« und »orthodox« genannt – das alles »wiederholt in einem abwertenden Kontext verwendet«. Die Kroaten wurden, wie Stavrou herausfand, als »westlich«, »nationalistisch«, »am wohlhabendsten«, »verwestlicht« und in der Entwicklung ihrer »Demokratie westlichen Stils« am weitesten fortgeschritten geschildert, während Zeitungsfotos es unterließen, leidende oder tote Serben oder zerstörte serbische Kirchen und Dörfer zu zeigen.

Der doppelte Pulitzer-Preis 1993 für internationale Berichterstattung, den sich Roy Gutman von »Newsday« und der »New York Times«-Korrespondent John Burns teilten, trieb wenigstens ein paar Augenbrauen in die Höhe. Burns bekam seine Auszeichnung in erster Linie für seinen Bericht über ein siebenstündiges Interview mit einem gefangenen bosnisch-serbischen Soldaten, Borislav Herak. Heraks Geständnis vielfacher Vergewaltigungen und Morde kam unter den zustimmenden Blicken seiner bosnisch-muslimischen Häscher zustande. Als man ihm zusicherte, er habe als Gefangener keine Brutalitäten zu befürchten, deutete Herak auch an, daß der damals kommandierende General der Uno-Schutztruppen (Unprofor), Lewis MacKenzie, zahlreiche junge Muslimfrauen vergewaltigt habe. Trotz ihrer heiklen Natur ging die lange Geschichte über das Geständnis – ohne Erwähnung der bizarren Anschuldigungen gegen MacKenzie – am 26. November 1992 über das Nachrichtenbüro der »New York Times«, für die Veröffentlichung in großen Sonntagszeitungen bestimmt und fast ohne die Chance für einen Protest oder eine rechtzeitige Widerlegung. Offizielle Stellen in Belgrad äußerten ernsthafte Zweifel an Heraks geistiger Zurechnungsfähigkeit, aber während seines Prozesses wurde diese Frage ignoriert, und die Staatsanwälte legten über Heraks ursprüngliches Geständnis hinaus kaum zusätzliche Beweise vor. In einem nachfolgenden Inserat in der Mai-Ausgabe 1993 der »American Journalism Review« benutzte die »Times« seltsame Worte, um Burns' Leistung zu würdigen: »Er hat über die Zerstörung einer bedeutenden europäischen Stadt und die Beraubung der Menschen von Sarajevo geschrieben. Er entdeckte praktisch diese Ereignisse für die Welt außerhalb, während sie geschahen.« Wie in der »Washington Post« zu lesen war, hat die Geschichte über Herak »alle]in der Pulitzer-Jury umgeworfen«.

Einer der ersten Berichte Burns' nach seiner Rückkehr nach Sarajevo im Juli 1993 enthielt einen Hinweis auf das berüchtigte »Brot-Warteschlangenmassaker« des Vorjahres, das von bosnischen Muslimen benutzt wurde, um den Uno-Sicherheitsrat im Hinblick auf die Abstimmung über Sanktionen gegen Serbien unter Druck zu setzen. Ein Jahr nachdem einige Uno-Mitarbeiter öffentlich eingestanden hatten, daß Muslime – und nicht bosnische Serben – die Sprengstoffe in Brand gesetzt hatten, die 22 Zivilisten vor einer Bäckerei in Sarajevo töteten, gaben Burns und die »Times« immer noch die Behauptung wieder, ein serbischer Mörser habe die Tragödie verursacht. Ironischerweise konzentrierte sich ebendieser Burns-Bericht vom 5. Juli auf die bosnische paramilitärische Polizei in Sarajevo, die mit Mörsern bosnische Armee-Einheiten in der Nähe beschoß.

Auch Roy Gutmans pulitzerpreiswürdige Knüller vom August 1992 über zwei serbische »Todeslager« warfen Fragen auf. Gutman stellte seine Berichte – erklärtermaßen, das sei zu seiner Ehre gesagt – nach Aussagen von angeblichen Überlebenden aus Manjaca und Trnopolje zusammen. Aber, wie die britische Journalistin Joan Phillips betonte: »Die Todeslager-Stories haben sehr dürftige Quellen. Sie fußen auf sehr wenigen Berichten von angeblichen Überlebenden. Sie stützen sich auf Hörensagen und doppeltes Hörensagen. Den Stempel der Glaubwürdigkeit verleihen ihnen Spekulation und Mutmaßung von offiziellen Stellen. Gutman macht sich nicht der Lüge schuldig.]Er hat nicht versucht, die Tatsache zu verheimlichen, daß seine Berichte nur dürftig belegt sind.«

Es stimmt aber auch, wie Phillips bemerkte, daß Gutmans Vorbehalte ziemlich am Ende des Artikels plaziert waren. Immerhin glaubte die ganze Welt hauptsächlich aufgrund dieser Stories, daß die Serben nicht einfach Muslime gefangenhielten, sondern Todeslager in Bosnien betrieben. Phillips machte auch auf Gutmans Besuch im September 1992 am Tatort eines Massakers an 17 Serben in der Nähe von Banja Luka aufmerksam, über den er erst am 13. Dezember berichtet hatte – drei Monate danach. In einem Interview in der »American Journalism Review« vom Juli 1993 erklärte Gutman dann, er habe die strenge Objektivität in seiner Berichterstattung fallengelassen, um Regierungen zum Handeln zu drängen.

Die gesamte Reaktion der Medien auf das Thema der Grausamkeiten gegenüber Serben wirft eine beunruhigende Frage auf: Warum zeigte die Presse ein derart minimales Interesse an serbischen Berichten über Todeslager, in denen Serben interniert waren? Dokumente, die von bosnischen Serben dem Europäischen Parlament und der Uno vorgelegt wurden, enthielten furchtbare Anschuldigungen:

· Ende März 1992: In Breza gefangengehaltene Serbinnen wurden von Muslimen vergewaltigt und dann ermordet; ihre Leichen wurden später eingeäschert.

· 27. Mai 1992: Weibliche Gefangene aus Bradina wurden ins Lager von Celebici verbracht und dort wiederholt vergewaltigt.

· 26. Juli 1992: Ein aus Gorazde entflohener Gefangener berichtete, daß Muslime serbische Väter zwangen, ihre eigenen Töchter zu vergewaltigen, bevor sie beide umbrachten.

· 27. August 1992: Eine eidesstattliche Erklärung von Dr. Olga Drasko, einer früheren Insassin eines Ustascha-Lagers in Dretelj, schilderte die Vergewaltigung und Verstümmelung von Frauen, einschließlich ihrer selbst, während ihrer dreimonatigen Gefangenschaft.

· November 1992: Eine Gruppe aus Tuzla freigelassener serbischer Frauen ersuchte um späten Schwangerschaftsabbruch, nachdem sie während ihrer längeren Gefangenschaft wiederholt von Muslimen vergewaltigt worden war.

· 10. Dezember 1992: In Belgrad berichtete der serbisch-orthodoxe Patriarch Pavle Mitgliedern des schweizerischen Parlaments und Vertretern europäischer ökumenischer Bewegungen, daß 800 serbische Frauen als wiederholte Vergewaltigungsopfer in 20 von Muslimen und Kroaten betriebenen Lagern dokumentiert seien. Der Patriarch zitierte auch Teile eines Berichts des staatlichen Zentrums für die Untersuchung von Kriegsverbrechen (Serbische Republik Bosnien-Herzegowina) vom 2. August 1992. Dieser war für die Uno-Versammlung vom November 1992 erstellt worden und bezeichnete Orte in Sarajevo, Tuzla, Bugojno, Konjic, Bihac und Slavonski Brod, wo serbische Frauen angeblich gefangengehalten und von kroatischen und muslimischen Soldaten vergewaltigt wurden.

Ebenso unbeachtet von den Medien blieb die Übergabe des langen Berichts (S/24991) des Uno-Sicherheitsrates an die Uno-Vollversammlung. Der Bericht umfaßt einige der unter Eid abgegebenen Aussagen serbischer Vergewaltigungsopfer aus der oben aufgeführten Liste. Niemand von der Uno hat je erklärt, weshalb dieser Bericht erst am 5. Januar 1993 öffentlich zugänglich gemacht worden ist, obwohl es der einzige bis dahin von einer internationalen Agentur erstellte Bericht war, der überhaupt dokumentierte Zeugenaussagen von Vergewaltigungsopfern enthielt. Während aber dieser Report in der Uno nur spärliche Verbreitung fand, konzentrierten sich die Nachrichtenmedien auf nicht belegte Behauptungen bosnischer Regierungsbeamter, denenzufolge serbische Soldaten nicht weniger als 60.000 muslimische Frauen vergewaltigt hätten.

Vom Beginn des bosnischen Krieges im April 1992 bis zum November desselben Jahres flüchteten Tausende nach Kroatien und in andere Länder. Dort ist es in ausgedehnten Gesprächen nicht gelungen, die behaupteten »systematischen Vergewaltigungen« aufzudecken. Dann, Ende November und Anfang Dezember, brach plötzlich eine Flut von Berichten über Vergewaltigungen muslimischer Frauen über die Welt herein. Die Erzählungen stammten aus den Informationsministerien der Regierungen von Kroatien und Bosnien-Herzegowina.

Wie viele Vergewaltigungen?

Eine Delegation der EG unter Leitung von Dame Anne Warburton führte während zweier Kurzbesuche in der Region im Dezember 1992 und Januar 1993 eine eilige Nachforschung durch. Sie berichtete, sie habe in erster Linie Zagreb besucht, aber nur in geringem Maße Zutritt zu angeblichen muslimischen Opfern oder Flüchtlingslagern, in denen sich angeblich Opfer befänden, erlangt. Obwohl sie die Quelle »der begründetsten Schätzungen, die an die Mission herangetragen wurden«, nicht näher benennen wollte, entschloß sich die Warburton-Gruppe, »die Zahl der Opfer bei ungefähr 20.000« zu akzeptieren und weiterzugeben. Eine Untersuchung der Uno-Menschenrechtskommission legte jedoch bald darauf eine gemäßigtere Schätzung vor. Ihre Nachforscher besuchten vom 12. bis 23. Januar 1993 Bosnien, Kroatien und Serbien. In ihrem Bericht vom 10. Februar enthielt sich die Kommission einer offiziellen Schätzung, erwähnte hingegen eine Zahl von 2.400 Opfern. Diese Schätzung ging von 119 dokumentierten Fällen aus. Der Bericht kam zu dem Schluß, daß Musliminnen, Kroatinnen und Serbinnen vergewaltigt worden waren, wobei die Musliminnen die größte Zahl ausmachten.

Schließlich führte der EG-Ausschuß für Frauenrechte am 17. und 18. Februar Hearings über die Erhebungen der Warburton-Delegation durch und wies am Ende die geschätzte Zahl von 20.000 muslimischen Vergewaltigungsopfern wegen fehlender Belege und Zeugenaussagen zurück. Bei diesem Hearing erklärte der Vorsitzende der Uno-Kommission für Kriegsverbrechen, Frits Kalshoven, daß die bis dahin gesammelten Angaben als Beweismaterial vor Gericht nicht standzuhalten vermöchten. Auch Vertreter des Uno-Hochkommissariats für Flüchtlinge befanden, es könne nicht genügend unabhängiges Beweismaterial gefunden werden, während Amnesty International und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz übereinstimmend erklärten, daß alle Seiten Greueltaten und Vergewaltigungen begingen. Die wenigen Geburten in der Folge von Vergewaltigungen widersprechen ebenfalls klar den Behauptungen von ganzen Wellen durch

systematische Vergewaltigung herbeigeführter Schwangerschaften, die angeblich in bosnischen Spitälern behandelt werden und über die bosnische Regierungsstellen und westliche Journalisten berichten.

Das allgemein fehlende Aufarbeiten der Vergewaltigungsgerüchte steht in starkem Kontrast zum einsamen Bericht des französischen Journalisten Jérome Bony, der in einer am 4. Februar 1993 im französischen Fernsehprogramm »Envoyé Spécial« ausgestrahlten Sendung seine Reise nach Tuzla schilderte, das für seine Konzentration muslimischer Vergewaltigungsopfer bekannt ist: »Als ich 50 Kilometer von Tuzla entfernt war, sagte man mir: ›Gehen Sie zum Mittelschulgelände von Tuzla, dort gibt es 4.000 vergewaltigte Frauen.‹ Bei 20 Kilometern sank die Zahl auf 400. Bei 10 Kilometern waren nur noch 40 übrig. Und als ich an Ort und Stelle war, fand ich gerade vier Frauen, die zu einer Aussage bereit waren.«

Auf dem Höhepunkt der Berichterstattung über die Vergewaltigungen erreichte die Leichtgläubigkeit der Medien ganz neue Dimensionen. Mitte Februar 1993 berichtete Associated Press, lediglich auf eine bosnische Regierungsquelle gestützt, von angeblichem Kannibalismus unter verhungernden Muslimen in Ostbosnien. Die Geschichte machte in den Vereinigten Staaten sogleich Schlagzeilen. Wenig bis gar keine Aufmerksamkeit wurde dagegen dem nachfolgenden heftigen Dementi von Uno-Mitarbeitern in Bosnien geschenkt, die zu den angeblich Hungers sterbenden Dorfbewohnern geeilt waren und diese noch im Besitz von Vieh und Hühnern vorgefunden hatten.

In ihrem Bemühen, eine militärische Intervention des Westens herbeizuzwingen, unterließen es die Medien auch sträflich, wesentliche Einzelheiten über die 17stündige Debatte im vergangenen Mai mitzuteilen, die zur Ablehnung des Vance-Owen-Plans durch das Parlament der bosnischen Serben führte. Nicht weniger als 50 Berichte wurden den Nachrichtenbüros von Associated Press und »New York Times« in den 18 Stunden nach der Schlußabstimmung des Parlaments übermittelt, aber nur einer davon unternahm den Versuch einer wenigstens knappen Beschreibung der eigentlichen Debatte. So haben die westlichen Leser nie erfahren, warum sich die bosnischen Serben dem Plan so heftig widersetzten. Ihre Einwände waren unter anderem:

· Die vom Plan vorgesehene dünne Nabelschnur zwischen Serbien und den von Serben bevölkerten Gebieten, die an Kroatien stoßen und innerhalb von Bosnien liegen, war keine haltbare langfristige Löung.

· Rund 460.000 bosnische Serben würden danach in muslimischen Provinzen leben und 160.000 bosnische Serben in kroatischen Provinzen zu Hause sein.

· Von identifizierten Vermögenswerten von insgesamt 31,4 Milliarden Dollar in Bosnien-Herzegowina wies der Vance-Owen-Plan 18 Milliarden den Muslimen, 7,3 Milliarden den Kroaten und 6,1 Milliarden den Serben zu.

· Kein einziges der bekannten Bauxit-, Blei-, Zink-, Salz- oder Eisenerzvorkommen sollte den bosnischen Serben gegeben werden.

· Von 3.900 Megawatt Stromerzeugungskapazität würden die Muslime 1.765 Megawatt erhalten, die Kroaten 1.220 Megawatt und die Serben 905. (Alle zehn Wasserkraftwerke würden im Endeffekt den bosnischen Kroaten unterstehen.)

· Von den insgesamt 920 Kilometern Eisenbahnlinie würden 500 durch muslimische Provinzen, 260 durch kroatische Gebiete und 160 durch von Serben beherrschtes Land führen.

· Nur gerade 200 von 1.200 Kilometern ausgebauter Straßen lägen innerhalb der serbisch-bosnischen Gerichtsbarkeiten.

· Die bosnischen Serben hätten fast 24 Prozent des Bodens, den sie seit Generationen besaßen, aufgeben müssen oder auf andere Art verloren.

Meutenjournalismus

Der Zerstörung von Sarajevo – dem schlimmsten einzelnen Verbrechen gegen eine Gemeinschaft in Europa seit Auschwitz – kann man nicht ungerührt Nacht um Nacht im Fernsehen zuschauen«, schrieb Robert Fox vom »London Daily Telegraph«. Das war der allgemeine Eindruck. Aber eine andere Seite der Geschichte würde mehr Aufmerksamkeit verdienen.

Schon im Juli 1992 hatten hohe westliche Diplomaten öffentlich erklärt, daß bosnisch-muslimische Streitkräfte in Sarajevo wiederholt den serbischen Beschuß der Stadt provozierten, um ein militärisches Eingreifen des Westens auszulösen. Aber kaum eine Reportage aus Sarajevo nahm sich die Mühe, festzuhalten, daß die fast täglichen Artillerie-Sperrfeuer keineswegs immer von den bosnischen Serben ausgingen, die oftmals, wie offizielle Stellen immer wieder erklärten, nur das Feuer von Muslimen auf serbische Ziele und Nachbarorte erwiderten. Ohne diese Unterscheidung zu machen, erweckten die Berichte den Eindruck, daß allein den Serben die »Belagerung Sarajevos« anzulasten sei. Auch Uno-Beobachter wurden so postiert, daß sie vorwiegend serbische Artillerieaktionen entdecken mußten, während man oft genug beobachten konnte, daß das nichtserbische Feuer fast ebenso intensiv war.

Das Kosevo-Hospital in Sarajevo war ein beliebter Hintergrund für Fernsehjournalisten, die, wenn wegen des Granatenbeschusses die Wasserzufuhr unterbrochen war, auf der Entbindungsstation gierig auf die erste Geburt ohne Wasser warteten. Kaum hatten sie ihre Bilder, zerlegten die westlichen Filmcrews ihre Kameras und kehrten ins nahe »Holiday Inn« zurück, wo reichlich heißes Wasser vorhanden war. In keinem Bericht wurde erwähnt, daß sie beim Verlassen des Spitals aufpassen mußten, um nicht über eine abgeschirmte bosnische Armeegeschützstellung zu stolpern, die nie als wahrscheinlicher Grund dafür bezeichnet wurde, daß die Serben sporadisch das Spital beschossen.

Zahllose Berichte schenkten den Erklärungen von Uno-Mitarbeitern kaum je Beachtung, daß bosnisch-muslimische Einheiten häufig selbst mit dem Beschuß nicht nur serbischer Nachbarorte, sondern auch muslimischer Viertel der Stadt begannen. Am 23. März 1993 zum Beispiel zählte Major Pepe Gallegos von Unprofor die Schußwechsel des vorhergegangenen Tages auf: »Es wurden 341 Einschläge gezählt – 133 serbischer- und 208 bosnischerseits, wobei 82 Artilleriesalven, 29 Mörsersalven und 22 Panzersalven die Serben und 115 Artillerie-, 73 Mörser- und 20 Panzersalven die Bosnier trafen.«

Es war eine seltene Ausnahme von der üblichen Einseitigkeit der Medien, als am 22. Juli 1992 der »Guardian« die Reaktion des Uno-Kommandanten MacKenzie auf Angriffe gegen zivile Ziele in Sarajevo wiedergab: »Mörser werden neben Spitälern aufgestellt, Artilleriegeschütze neben Schulen, Mörser und andere Waffen werden in Ambulanzen transportiert. Ich habe noch nie das Rote Kreuz auf diese Weise mißbraucht gesehen auf beiden Seiten.«

Der französische General Philippe Morillon gab nach seiner Ablösung als Unprofor-Kommandant Ende Juni 1993 nachdrücklich der bosnisch-muslimischen Regierung die Schuld, daß es nicht gelungen war, die Belagerung Sarajevos zu beenden. In einem Interview mit der Prager Tageszeitung »Lidove Noviny« sagte Morillon, die bosnische Regierung wolle Sarajevo als Brennpunkt für weltweite Sympathie behalten und habe es wiederholt abgelehnt, Unprofor einen Waffenstillstand erreichen zu lassen.

Nach all der Fahrlässigkeit und dem Meutenjournalismus, die das Bild des jugoslawischen Bürgerkrieges bis heute verzerrt haben, wären die Medien gut beraten, in ihren eigenen Spiegel zu schauen und über ihre zweifelhaften Leistungen nachzudenken. Irgendwann werden Historiker oder eine offizielle internationale Untersuchung die wahre Schuld aller Mitspieler in der jugoslawischen Tragödie feststellen. Aber einer dieser Akteure ist die Presse selbst. In Bosnien, wo wichtige Regierungen nur wenige nachrichtendienstliche Quellen hatten und wo die internationale öffentliche Meinung eine Schlüsselrolle spielte, wäre es entscheidend gewesen, wenn die Nachrichtenmedien mit Präzision und Professionalität berichtet hätten. Statt dessen wird die Inschrift auf dem Grab der objektiven und fairen Berichterstattung im Jugoslawienkrieg wahrscheinlich so zynisch abgefaßt sein wie ein internes Memorandum vom 19. April 1993, das ein Karikaturist den Titelseitenredakteuren seines Syndikats schickte: »Ich wurde heute um eine Karikatur zum Rodney-King-Urteil gebeten, die diesen Nachmittag hinausgefaxt werden sollte. Angesichts der rassischen und juristischen Komplexitäten des Falles haben wir jedoch entschieden, daß man sich einem solchen Thema in der kompromißlosen Sprache einer redaktionellen Karikatur am besten nicht zuwendet. Ich werde statt dessen eine Karikatur über den Krieg in Bosnien schicken.«

Copyright »Foreign Policy« (Nr. 93, Winter 1993-94);

aus dem Amerikanischen von Rosmarie Winterberg

Einer der von Peter Brock attackierten Journalisten, Roy Gutman, hat Brocks Beitrag in einer ausführlichen Entgegnung scharf kritisiert und Brock unsaubere Recherche vorgeworfen. In seiner Duplik, die, anders als Gutmans Entgegnung, von der »Weltwoche« nicht veröffentlicht worden ist, räumt Brock einen Irrtum ein, der aus der Verwechslung zweier US-amerikanischer Wochenmagazine resultierte. Wir haben diese Korrektur in den vorliegenden Text eingearbeitet. – Red.

Peter Brock ist Kolumnist und politischer Kommentator der amerikanischen Zeitung »El Paso Herald-Post«. Er wird demnächst ein Buch über die Rolle der westlichen Medien im jugoslawischen Bürgerkrieg veröffentlichen

Konkret 03/94, S. 14

Wolfgang Schneider

As usual

Hamburg, 12. Februar 1994: aus Bosnien nichts Neues. Vor wenigen Tagen hat Staatspräsident Izetbegovic vor Mitgliedern seiner Partei Muslimische Demokratische Aktion erklärt, daß die militärische Lage sich zugunsten seiner Regierung verändert habe – er verfüge nunmehr über 200.000 Soldaten und strebe die Rückeroberung sämtlicher im Verlaufe des Krieges verlorenen Territorien an; Mitglieder der UN-Friedenstruppen haben nach eingehender Untersuchung des Dorfes Here in Zentralbosnien keinerlei Anhaltspunkte für ein von der bosnisch-muslimischen Führung einige Tage zuvor behauptetes Massaker kroatischer Truppen an der Zivilbevölkerung gefunden; als »Mission von Müttern mit humanitären Zielen« vermarkten die internationalen Medien den Propagandaauftritt der Ministerpräsidentinnen zweier Folterstaaten in Sarajevo; zwei Wochen nachdem die Bundesregierung erklärt hat, auch ihr falle es »immer schwerer, noch zwischen den drei Kriegsparteien zu differenzieren«, reklamiert Bundeskanzler Kohl während seines Besuches in Washington erstmals offen ein »besonderes deutsches Interesse« an der Entwicklung Sloweniens und Kroatiens – ein Vorgang, den das »Hamburger Abendblatt« mit den Worten kommentiert: »Noch deutlicher sollte ein Bonner Regierungschef (beim Reden über »Einflußsphären«, W.S.) nicht werden«, schließlich jähre sich im April »die deutsche Besetzung Jugoslawiens zum 53. Male«; von derlei Skrupeln völlig frei zieht die »taz« am 27. Januar gegen »die Unterstützung Serbiens in den internationalen Gremien und der Nato durch Briten, Franzosen und Russen, die auf die Sicherung von Einflußsphären aus sind«, vom Leder und verteidigt »die deutsche Politik«, die sich leider »seit der völlig zu Recht erfolgten Anerkennung Kroatiens nicht einmal mehr auf das diplomatische Parkett« gewagt habe – eine Woche später wirbt das Blatt unter der Schlagzeile »Moralisch geboten, politisch zweckmäßig« für das Konzept einer Militärintervention in Bosnien-Herzegowina durch Uno/Nato/WEU, das der Bundeswehrgeneral a. D. Graf Hanno von Kielmansegg angefertigt hat.

So ist es kein Wunder, daß – wie ausnahmslos sämtliche deutschen Medien – auch die »taz« im Granatenangriff auf den Zentralmarkt von Sarajevo lediglich eine günstige Gelegenheit sah, auf eine möglichst rasche Erfüllung längst erhobener Forderungen zu drängen und die unverzügliche Bombardierung serbischer Stellungen zu verlangen. Zwar ist eine Woche nach dem Massaker noch immer unklar, wer dafür verantwortlich ist; zwar weisen Uno-Sprecher wiederholt darauf hin, daß nach vorläufigen Erkenntnissen der Anschlag auch aufs Konto einer muslimischen Einheit gehen könnte; zwar hat die Uno auf massives Drängen der bosnischen Serben eine internationale Kommission mit der Untersuchung des Anschlags beauftragt – die »taz« aber, die nur mehr deutschen Expertisen glaubt, setzt die »›unabhängige‹ Untersuchung« in ironisierende Gänsefüßchen und erklärt, es gebe auch ohne Klärung der Schuldfrage »längst Anlaß genug für Luftangriffe« gegen die Serben.

Einige Wochen bevor sich so wieder einmal die lumpenjournalistische Front von »FAZ« bis »taz«, von Reißmüller bis Rathfelder, schloß, hatte Peter Brock seinen Beitrag über die einseitige und systematisch fälschende Bosnien-Berichterstattung der westlichen Medien in der angesehenen US-amerikanischen Vierteljahresschrift »Foreign Policy« veröffentlicht. Unter dem Titel »Bosnien: So logen Fernsehen und Presse uns an« brachte die Züricher Wochenzeitung »Die Weltwoche« in ihrer Ausgabe Nr. 3/94 die nur unwesentlich gekürzte deutschsprachige Fassung dieses Textes heraus, die auch dem Abdruck in KONKRET zugrundeliegt.Die Reaktion kam prompt, und sie war heftig. Zwar druckte die ebenfalls in Zürich ansässige linke »WochenZeitung« (»WoZ«) noch in der folgenden Woche einen Kommentar, der Brocks Thesen positiv aufgriff und sogar noch radikalisierte – dann aber schlugen »Abscheu & Empörung« auch über ihr zusammen: Gruppen bosnischer Muslime und ihrer Schweizer Unterstützer organisierten vor dem Redaktionsgebäude der »Weltwoche« eine Protestwache und suchten auch die Redaktion der »WoZ« heim; die zuständigen Redakteure erhielten wütende Leserbriefe gleich kübelweise; die ehrenwerte Gesellschaft der Schweizer Presse zeigte sich entsetzt über die Beschmutzung ihres Nestes durch ein international besonders geschätztes Familienmitglied. Die Angegriffenen reagierten in gleicher Weise: Sowohl »Weltwoche« als auch »WoZ« veröffentlichten in ihrer Ausgabe 6/94 neben ausführlichen Entgegnungen auf Brocks Text eine redaktionelle Erklärung, in der sie sich einerseits von ihm distanzierten und andererseits darauf beharrten, daß es möglich sein müsse, »einmal eine Stimme zu Gehör zu bringen, die der über den Krieg in Bosnien gemachten Weltmeinung widerspricht« (»Weltwoche«).Mit einiger Verzögerung hatte man mittlerweile auch hierzulande begonnen, sich für die Thesen des amerikanischen Journalisten zu interessieren: Kurz nachdem KONKRET das Recht erworben hatte, Brocks Aufsatz in der Bundesrepublik zu publizieren, versuchten »taz«, »Tagesspiegel« und »Die Woche«, den Text bei der zuständigen Agentur in Paris zu kaufen. Am 10. Februar erschienen dann sowohl in der »taz« als auch in der »Woche« Beiträge, die sich mit Brocks Kritik an der westlichen Balkankriegsberichterstattung beschäftigten. Während die »taz« jene als »billiges Machwerk« abtat (und dabei fälschlicherweise behauptete, der amerikanische Journalist Roy Gutman habe in seiner für die »Weltwoche« formulierten Replik Brock mehr als »ein halbes Dutzend« Unwahrheiten »nachgewiesen«), bemühte sich »Die Woche« um »Ausgewogenheit«: Neben einer knappen Charakterisierung der Brockschen Vorwürfe als vielfach »schlicht falsch«, die

sich lediglich auf eine Verwechslung der amerikanischen Nachrichtenmagazine »Time« und »Newsweek« stützte, die Brock in seiner von der »Weltwoche« nicht gedruckten Duplik auf Gutman inzwischen selbst eingeräumt hatte, veröffentlichte sie zwei Beiträge, die deutlich machten, wie berechtigt Brocks Attacken gegen die westlichen Medien sind: ein Interview mit dem stellvertretenden Chefredakteur des französischen Fernsehsenders France 2, Jacques Merlino, über die »Verdrehung der Tatsachen zu Lasten der Serben« und die Ergebnisse einer Nachfrage unter deutschen Balkankorrespondenten.

Diese Nachfrage förderte verblüffende Bekenntnisse zutage. Die Befragten distanzierten sich zwar in der Regel ganz allgemein von Brocks Analyse – um sie dann aber Stück für Stück zu bestätigen: »Total über sein Ziel hinausgeschossen« sei Brock, meinte Jens Schneider von der »SZ« – am Vorwurf des »Meutenjournalismus« aber sei etwas Wahres dran; »Vollkommenen Unsinn« habe Brock geschrieben, urteilte der »FAZ«-Auslandskorrespondent Viktor Meier – allerdings gebe es da einen »Konformitätsdruck«, den die Zentralredaktionen auf ihre Berichterstatter ausüben: »Es gab Versuche von einzelnen Leuten, manchen meiner Aussagen die Spitze zu nehmen«; ausgerechnet der ARD-Korrespondent in Sarajevo, Friedhelm Brebeck, bestätigte, daß »die bosnische Seite« den Gegner systematisch provoziere: »Die Bosnier donnern Granaten raus, wenn zwei Tage lang Ruhe ist, denn sie wissen, für jede ihrer Granaten kommen zehn bis fünfzig zurück. Die Regierung braucht die tägliche Blutspur in Sarajevo. Sonst ist die Stadt uninteressant«; der dpa-Korrespondent in Belgrad hält Brocks »Kernthese für richtig« und vermutet »eine Koordinierung in den großen Medien« mit dem Ziel, »die serbische Seite« zu diskreditieren; und ein Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes, der die Lage im ehemaligen Jugoslawien beobachtet, erklärte, was die Dämonisierung der Serben angehe, sei Brocks Kritik »absolut berechtigt«.

Was also ist das vorläufige Fazit der Aufregung um Brocks Text? Seine ursprüngliche Version enthält mindestens einen sachlichen Fehler (den wir in Übereinstimmung mit Brocks eigener Revision korrigiert haben). Sie enthält darüber hinaus eine offensichtlich falsche Wiedergabe des Inhalts eines Uno-Berichts über Vergewaltigungen und möglicherweise die Verwechslung zweier Ortsnamen (das Letztere ist ein Versehen, das auch Brocks Kritikern gelegentlich unterläuft, wie der Versuch des Bonner »Time«-Korrepondenten zeigte, der KONKRET-Redaktion die Veröffentlichung des Brock-Beitrags mit der Behauptung auszureden, weder gebe es in El Paso eine »Herald Post« noch sei den ortsansässigen Journalisten ein Kollege namens Peter Brock bekannt – der gute Mann hatte einfach El Paso/New Mexico mit El Paso/Texas verwechselt). Alle übrigen Vorwürfe betreffen Sachverhalte, die nach wie vor strittig sind – von der Urheberschaft des »Brot-Warteschlangenmassakers« vom Mai 1992 bis zum Ausmaß der Vergewaltigungen im Kriegsgebiet.

Setzt man sie mit der Vielzahl unbestrittener Informationen, die er enthält, und mit der Bedeutung seiner zentralen Thesen ins Verhältnis, so fällt die berechtigte Kritik an einigen Ungenauigkeiten und absichtsvollen Retuschen im Detail, die gegen Brocks Text bislang vorgebracht worden ist, nicht sonderlich ins Gewicht. Sie durfte KONKRET jedenfalls nicht davon abhalten, in einer Situation, in der die Lumpenjournalisten der westlichen Welt einer Eskalation der Schlächterei auf dem Balkan entgegenfiebern, »einmal eine Stimme zu Gehör zu bringen, die der über den Krieg in Bosnien gemachten Weltmeinung widerspricht«.

Konkret 03/94, S. 21

Werner Pirker

Raserei der Abstraktion

Mit den beiden Chefreformern<< Gaidar und Fjodorow haben auch die wichtigsten ausl ndischen Wirtschaftsberater Boris Jelzin im Stich gelassen. Was nun?

Mit dem Rücktritt der beiden »Chefreformer« Jegor Gaidar und Boris Fjodorow sehen sich die westlichen Sponsoren des russischen Transformationsprozesses ihrer »wichtigsten Ansprechpartner« beraubt. Gaidar und Fjodorow gestalteten ihren Abgang entsprechend melodramatisch: »Hinter uns die Sintflut.« Der Hyperinflation sei nun Tür und Tor geöffnet, der Wert des Dollars werde von gegenwärtig 1.500 Rubel binnen Jahresfrist auf 12.000 klettern, prophezeite Fjodorow und sprach von einem »Triumph der leblosen Ideologie der roten Direktoren«.

Mit den russischen-»Radikalreformern« nahmen auch deren wichtigste ausländische Ratgeber, der Havard-Professor Jeffrey Sachs sowie Anders Aslund aus Stockholm, ihren Abschied von der Moskauer Bühne, nicht weil, wie Sachs der »Zeit« anvertraute, die seiner Autorenschaft zugeschriebene »Schocktherapie« versagt, sondern weil man dieser nie eine wirkliche Chance gegeben habe. Versagt habe der Westen, indem er dem monetaristischen Großexperiment die nötigen Moneten verweigerte. Ausschließlich auf das russische Haushaltsdefizit fixiert, das mit acht Prozent des Bruttosozialprodukts gar nicht einmal so hoch gewesen sei, habe der IWF kategorisch dessen Ausgleich verlangt, anstatt es finanzieren zu helfen, was dann, samt Hyperinflation, eben die russische Notenpresse besorgt habe. Sinngemäßes Fazit des glücklosen Therapeuten: An abendländischer Ignoranz sei die Jahrhundertchance zunichte geworden.

So wurden die flotten Jungs von der Moskwa im Regen stehen gelassen und bekamen am 12. Dezember von den Schockbehandelten auch noch die Rechnung präsentiert. Wenig Aufmunterndes kam dazu aus Übersee. Der US-Sonderbotschafter für die GUS, Strobe Talbott, meinte vielmehr, weniger Schock und mehr Therapie wäre wohl besser gewesen. Von diesem Statement schwer getroffen, warfen Gaidar und Fjodorow das Handtuch. Als dann aber Tschernomyrdin das »Ende der romantischen Etappe der Reformen« verkündete, waren Rußlands junge Wilde und der westliche »Ältestenrat« plötzlich wieder ein Schock und eine Therapie. Der gleiche Talbott erklärte, daß eine Verlangsamung der Reform, der er im Grunde eben noch das Wort geredet hatte, gleichbedeutend mit Hyperinflation und wirtschaftlichem Zusammenbruch wäre. Denn das Grundgesetz der Schocktherapie ist die Beschleunigung - die beschleunigte und simultane Umsetzung aller kapitalistischen Reformelemente. Der Verzicht auf eines dieser Elemente bzw. dessen Zurückbleiben stellen dieser Theorie zufolge den Gesamterfolg der Transformation in Frage. Von wegen Pluralismus und Öffnung. Der Kapitalismus hat als geschlossenes System zu funktionieren, als Einheit von Wirtschafts- und sozialdarwinistischer Politik. Aus dieser Sicht erscheint jeder vom neoklassischen Modell nur im geringsten abweichende Denkansatz suspekt, weil die »kommunistische Mentalität« begünstigend. Suggeriert wird eine idealtypische Marktwirtschaft, welche die Eigeninteressen der Wirtschaftsakteure gesellschaftlich vermittelt und so das ökonomische Gleichgewicht herstellt, für Effizienz sorgt und damit auch die allgemeine Wohlfahrt garantiert.

Man braucht kein Marxist zu sein, um die innere Brüchigkeit dieses Modells und die darin zum Ausdruck kommende Raserei der Abstraktion zu erkennen, vor allem seine völlige Untauglichkeit zur Lösung der postsozialistischen Krise. Denn die wirkliche Spontaneität der Prozesse, nicht die theoretisch gedachte, blamiert alle bisher dagewesenen Theorien, die neoklassische freilich am meisten - nicht zuletzt deshalb, weil sie von falschen Annahmen ausgeht, von Theorien, welche die auf so tragikomische Weise gescheiterten Perestroikisten den Monetaristen vorgehüpft hatten. Die von Gorbatschow gegründete Schule des »neuen Denkens« hatte nämlich, wenn überhaupt, dann nur auf eine sehr unzulängliche Weise erkannt, daß dieses fürchterliche »administrative Kommandosystem«, das sie überwinden wollte, längst nicht mehr auf seinen eigenen Grundlagen funktionierte, sondern bloß noch jene berühmte Hülle darstellte, unter der sich eine spontane Ökonomie herausgebildet hatte, so spontan, daß jeder Apologet der kapitalistischen Marktökonomie vor Neid erblassen müßte, sollte ihm je der Sinn danach gestanden haben. Mit jeder Maßnahme zur »Befreiung der ökonomischen Akteure von staatlicher Bevormundung« förderte das letzte Politbüro der KPdSU bewußt (Jakolew) oder unbewußt die Schattenwirtschaft und führte die Gesellschaft an jene Grenze heran, hinter der der konterrevolutionäre Umsturz der Eigentumsverhältnisse begann.

Die private Aneignung von Volkseigentum war längst zur »sozialistischen« Praxis geworden, doch erst die Perestroika bot den parasitären Interessen eine politische Plattform. Das verselbständigte Gesellschaftseigentum konstituierte sich zur besitzenden Klasse. Transformation po russki, aber wie hatte man sich diese denn anders vorgestellt? Die Schocktherapie erwies sich jedenfalls als die beste aller nur denkbaren Voraussetzungen für den ökonomischen Putsch der bürokratisch-mafiosen Strukturen. Wer jetzt immer noch die Selbstheilungskräfte des Marktes herbeireden will, verkennt die Situation gründlich.

Die Aggression des »marktkonformen« Propagandaapparates richtet sich gegen den industriellen Sektor, dem praktisch jegliche Existenzberechtigung abgesprochen wird. Allein die Ankündigung des neuen Wirtschaftsministers Alexander

Schochin, den staatlichen Großbetrieben eine selektive Förderung zukommen zu lassen, um den Produktionsrückgang aufzuhalten, genügte der »Neuen Zürcher Zeitung« bereits, um auf gut schwyzerdeutsch ein »Nachlassen des Reformeifers« zu konstatieren. Der alten Formel verpflichtet, daß die materielle Produktion die Baustelle des Kommunismus sei, soll der realen Daseinsform der »leblosen Ideologie der roten Direktoren« der Hahn abgedreht werden. Die von der Gaidar-Regierung betriebene Aushungerung der industriellen Großproduktion überforderte zwar die »Selbstregulierungskräfte des Marktes«, die sich an den gesellschaftlichen Verhältnissen festliefen, machte aber die strategische Orientierung an den parasitären Interessen eines im Milieu des »Business« gedeihenden verselbständigten Bank- und Finanzkapitals überdeutlich.

Die neue russische Regierung, die in ihrer Zusammensetzung ziemlich exakt das gesellschaftliche Kräfteverhältnis wiedergibt, verfolgt andere strategische Ziele. Sie kann das, weil der »zweifache Sieger über den Kommunismus«, Boris Jelzin, eine »Willenskrise« durchmacht, jedenfalls wenig Lust auf einen dritten Sieg zu verspüren scheint. Damit wären eigentlich die Voraussetzungen gegeben, jene seit langem schon versprochene Gesellschaftsreform in Angriff zu nehmen, um sich nicht länger in der Gefangenschaft einer von der legalisierten Schattenwirtschaft bestimmten Situation zu bewegen und von Prozessen treiben zu lassen, die ein Sozialismus, der die Gesellschaft deformierte, selbst ausgelöst hatte. Was daraus wird, ist noch völlig offen, eine Neuauflage von Lenins »Drohender Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll« ist jedoch nicht ausgeschlossen.

Und deswegen mögen sie den »Genossen Tschernomyrdin« im Westen nicht. Wie sie auch die russischen Kollektivbauern und Industriearbeiter nicht mögen. Das ganze Rußland mögen sie nicht. Sie wollten es ja mögen, aber es ging nicht. Man wartete schließlich nur darauf, daß sich das Imperium zurückmeldet. Und da brachte Rußlands Außenminister Kosyrew doch tatsächlich wieder diese unseligen »russischen Interessen« ins Spiel. Hat sich der Kreis damit geschlossen?

Konkret 03/94, S. 22

Conrad Schuhler

»Einfach großartig«

Im Zweifel mit den Mördern: Die im letzten Jahr zu Ende gegangene Friedensmission der UN in Kambodscha war – wie ihre Ergebnisse zeigen – ein Musterbeispiel des »humanitären Interventionismus«

»Da sind diese zarten Geschöpfe, die sich von ihrer Mentalität her alles gefallen lassen, und dann kommen da solche baumlangen, kräftigen Kerle her.« Der Leitende Polizeidirektor beim Bundesgrenzschutz, Detlef Buwitt, selbst solch ein baumlanger, kräftiger Kerl, erklärt auf seine einfühlsame Art, warum es bei der Friedensmission der UN in Kambodscha nicht ohne Vergewaltigung eines Teils der weiblichen Bevölkerung durch Angehörige der 22.000 Mann starken UN-Friedenstruppe abgehen konnte.

Buwitt muß es wissen, denn er war der erste oberste Polizeichef der Untac, der United Nations Transitional Authority in Cambodia, die vom März 1992 bis zum November 1993 die Exekutivgewalt, d.h. die wesentlichen staatlichen Funktionen in Kambodscha ausübte. Obwohl der Leitende Polizeidirektor also nicht behaupten will, daß die UN-Leute »sich da nun etwa wie der Papst in Rom verhalten haben«, sondern vielmehr beklagt, daß manch einer »geschlechtskrank zurückgekommen ist«, muß er doch darauf bestehen, daß die Kambodscha-Mission der UN ein Riesenerfolg gewesen ist. Es sei doch eine Riesensache, sagt Buwitt, der nach seinen Leistungen in Kambodscha als Leiter einer neu zu schaffenden UN-Polizeiabteilung vorgesehen ist, die bei künftigen UN-Missionen in aller Welt die »innere Sicherheit« des jeweiligen Missionsgebietes übernehmen wird, »4,7 Millionen Menschen aus dem Busch zu locken«. So viele Kambodschaner waren als Wähler registriert worden, und 90 Prozent von ihnen sind zwischen dem 23. und 28. Mai 1993 zur Wahl gegangen, die von den UN als Höhepunkt ihres Einsatzes organisiert worden war.

So wie Buwitt tuten alle höheren UN-Beamten die Siegesfanfare. Untac-General Sanderson will nicht mehr sagen, als »daß Untac seine Mission einfach großartig erfüllt hat«. Und der oberste Untac-Chef, der Japaner Yasushi Akashi, hat erfahren dürfen, wie die Kambodschaner durch die Mission der UN gelernt haben, »ein Kambodscha zu erbauen, das vereint ist in der Achtung vor den Unterschieden, ein Kambodscha, in dem Männer und Frauen, alle politischen Richtungen in Harmonie und Toleranz miteinander leben«.

Das ist natürlich Quatsch. Zwar trifft zu, wie der scheidende deutsche Geschäftsträger in Phnom Penh, Wolfgang Lerke, einräumt, daß der UN-Koloß mit seinen 22.000 Mann, 12.000 Fahrzeugen und drei Milliarden Dollar den Kambodschanern als alles beherrschende Besatzungsmacht vorkommen mußte. Auch hat die Untac in der Besatzungszeit in 3.300 registrierten Verkehrsunfällen mit über 100 Todesopfern mehr Kambodschaner umgebracht, als in derselben Zeit in Kampfhandlungen zu Tode kamen. Aber die allgemeine Bluternte der Roten Khmer während der UN-Friedensmission war noch höher: Hunderte Menschen wurden von ihr vor wie nach der Wahl umgebracht, Straßen, Brücken und Dörfer in die Luft gesprengt, Zehntausende Minen den zehn Millionen, die nach 25 Jahren Krieg überall in kambodschanischer Erde stecken, noch hinzugefügt.

Die »humanitäre Intervention« ist zu Ende und das Land der Khmer steht schlechter da als zuvor. Die Reisernte und die Lebenserwartung sind gegenüber den achtziger Jahren gesunken, Kriminalität und Inflation sind gestiegen. Außerhalb der Städte macht sich wieder die Anarchie der Banden breit. In einem Fünftel des Landes herrschen die Roten Khmer; sie terrorisieren die Bevölkerung und brandschatzen bis in die Nähe der Hauptstadt. Aber die UN-Mission, sagen die UN-Missionschefs, war ein Riesenerfolg. Stephen Solarz, der Vertreter der US-Regierung, der 1991 beim Pariser Abkommen über die UN-Mission die Feder führte, erläutert, warum es sich hier um einen Riesenerfolg handeln muß: »Die Mission half, die Glaubwürdigkeit der UN zu sichern in einer Zeit, da schwere Zweifel an ihrer Fähigkeit geäußert wurden, mit Konflikten in der Ära nach dem Kalten Krieg effektiv umzugehen.«

Dies ist der Klartext, ohne den man das bislang letzte Kapitel der kambodschanischen Tragödie nicht verstehen kann. Die UN hatten zu beweisen, daß sie dazu taugten, »in der Ära nach dem Kalten Krieg« für die Aufrechterhaltung der neuen Weltordnung zu sorgen. Insbesondere gegenüber einem Land wie Kambodscha, das auch nach der völkerrechtlichen Beerdigung des realen Sozialismus 1989 nicht vom sozialistischen Regime der Cambodian Peoples Party (CPP) lassen wollte, die seit 1979 die Regierung stellte. Kambodscha war, wie heute nur noch Kuba und Vietnam, ein häßlicher, ein Schandfleck auf der neuen Weltkarte. Und nachdem weder die Guerilla der Roten Khmer noch die von Peking aus angestimmten Siegesgesänge des Ex-Königs Sihanouk die Wende näher brachten, nahmen die UN die Sache selbst in die Hand.

Es stieg eine Friedensmission, wie sie die Welt noch nicht gesehen hatte. Die Regierung in Phnom Penh, ihrer realsozialistischen Helfer ledig, wurde gezwungen, am 23. Oktober 1991 in Paris ein »Abkommen für eine umfassende politische Beilegung des Kambodschakonfliktes« zu unterzeichnen, das nicht nur einen »Obersten Nationalrat« vorsah, in dem die CPP in der Minderheit war, sondern gleich auch die gesamte staatliche Verwaltung Kambodschas auflöste und ihre Aufgaben den UN übertrug. Bislang hatten die UN, wie in Jerusalem, einen Waffenstillstand überwacht oder, wie in El

Salvador, Wahlen organisiert oder, wie im Irak, ein unbotmäßiges Regime zusammengebombt. Aber eine ganze staatliche Verwaltung gegen einen UN-Apparat auszutauschen, das war neu. Allerdings bewiesen die UN bei der Bewältigung der staatlichen Aufgaben in Kambodscha einen beeindruckenden Mut zur Lücke. Unter den 22.000 UN-»Experten« waren 16.000 Soldaten und 4.000 Angehörige der Civpol, der Civilian Police. Die 991 UN-Funktionäre kümmerten sich in erster Linie um die Bedienung der eigenen Bürokratiemaschine, und die 630 zivilen Freiwilligen hatten vor allem die Aufgabe, 52.000 Wahlhelfer für den Tag X auszubilden, wenn die ersten freien und friedlichen Wahlen das neue, postkommunistische Kambodscha gebären würden.

Die UN haben sich also bei der Übernahme des Staates Kambodscha Max Webers Definition zu Herzen genommen, wonach der Staat durch das Gewaltmonopol gekennzeichnet sei. Dieses sicherten sie sich, bei den zweitrangigen Fragen von Wirtschaftsentwicklung, Gesundheit, Bildung, Verkehr, Kultur begnügte sich die Weltorganisation damit, die kambodschanischen Organe, wie bescheiden auch immer sie waren, zu zerschlagen oder unter Verschluß zu nehmen. Auch den UN eigentlich wohlgesonnene Kambodscha-Kenner, wie die Korrespondenten der westlichen Presseagenturen in Phnom Penh, sind übereinstimmend der Ansicht, daß sich das zivile Leben im Land der UN-Herrschaft drastisch verschlechtert habe. Das verträgt sich schlecht mit den Beteuerungen der UN, es handele sich bei ihren Missionen um »humanitären Interventionismus«, um die Durchsetzung der Menschenrechte. Es paßt allerdings vollkommen zur politischen Natur der Pariser Verhandlungen, zu denen die UN im Schlepptau der USA Kambodscha gezwungen hatten. Das Pariser Abkommen war nämlich nicht nur von den Chefstaaten der neuen Weltordnung unterzeichnet worden, sondern u.a. auch vonden sogenannten »vier kambodschanischen Konfliktparteien«. Zu solchen waren von der UN erklärt worden: die CPP, vertreten durch den kambodschanischen Premier Hun Sen, die FUNCINPEC (Front Uni National Pour Un Cambodge Indépendent, Neutre, Pacifique et Coopératif, seit 1981 die Sammlungsbewegung Sihanouks), die BLDP (The Buddhist Liberal Democratic Party, 1979 von Son Lann gegründet) und – die Roten Khmer.

Unterstützt von Sihanouk bestanden die UN darauf, daß die Roten Khmer als gleichberechtigte Partei an den Verhandlungen teilnehmen und im Abkommen als legitime Kraft der politischen Zukunft Kambodschas behandelt werden. Vergleichbares für die Menschenrechte hätten die Vereinten Nationen 1945 tun können, wenn sie auf dem Höhepunkt der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse verkündet hätten, die Verfahren gegen Göring und Co. würden eingestellt, und die NSDAP würde an den nächsten Bundestagswahlen als eine der deutschen Konfliktparteien teilnehmen.

Der Völkermord der Roten Khmer ist international wohlbekannt. Mit »Killing Fields« hat Hollywood einen Kassenschlager daraus gemacht. Ebenso bekannt war, daß die sich »Demokratisches Kampuchea« nennende Bande, nun als Guerilla, ihr terroristisches Geschäft weiter betrieb. Für Rußland war dies laut Nikolai Isakin, dem russischen Geschäftsträger in Kambodscha, der Grund, sich 1991 in Paris gegen ihre Rückkehr an die Macht auszusprechen. Aber, sagt Isakin und tut so, als sei er immer noch verwundert, »es war der Wille der internationalen Gemeinschaft, daß sie einbezogen werden«.

Zum Wundern bestand kein Anlaß. Die internationale Gemeinschaft, die in der neuen Ära auch den rückständigsten Völkern per UN-Mission Frieden und Demokratie beschert, ist seit jeher der Schutzpatron der Roten Khmer gewesen. Als 1979 die Terrorherrschaft mit Hilfe der Vietnamesen endlich beendet wurde, weigerten sich die UN, die neue Regierung anzuerkennen. Die Kambodschanische Befreiungsbewegung sei nur Fassade, dahinter stünde Vietnam als wahrer Machthaber. Rechtmäßiges Staatsoberhaupt sei nach wie vor Pol Pot. Die »Süddeutsche Zeitung« bemerkte dazu im November 1979: »Als Souveräne genießen die Völkermörder bei ihnen (den UN) Mitgliederrechte – manchmal noch über ihren Sturz hinaus wie Pol Pot ... Dem Regime des ›Steinzeitkommunismus‹ Pol Pots ist nach vorsichtigen Schätzungen knapp die Hälfte der 7,5 Millionen Kambodschaner zum Opfer gefallen.« Hinzuzufügen wäre, daß die erfolgreiche Kampagne zugunsten Pol Pots von den USA und China angeführt und von solch gestandenen Demokratien wie der Bundesrepublik Deutschland selbstverständlich unterstützt wurde. Der neue Staat Kambodscha ist von den UN nie anerkannt worden, sondern zunächst das nicht mehr vorhandene Pol-Pot-Regime und ab 1982 eine in Peking residierende Exilregierung Sihanouks, dessen stärkste Stütze wiederum die Roten Khmer waren.

Die USA und die Roten Khmer sind natürliche Verbündete. Sie eint die bodenlose Verachtung des Lebens und der Kultur der Kambodschaner. Schon in den fünfziger Jahren gründete der US-Geheimdienst an der Grenze zu Thailand eine eigene Terrorgruppe, »Khmer Serei«, die Freien Khmer, die fortan auf das Kommando von Washington stets zur Stelle waren. 1959 und 1963 unternahm die CIA in Zusammenarbeit mit Thailand und Südvietnam Attentatsversuche auf Sihanouk, den die Franzosen als Achtzehnjährigen 1941 auf den Thron gesetzt hatten. Sihanouk, mittlerweile Premierminister, hatte angefangen, einen neutralen Kurs einzuschlagen, der ihn in immer schärferen Widerspruch zur Annektionspolitik der USA in Südostasien brachte. 1965 bricht Sihanouk die Beziehungen zu den USA ab und konstatiert: »Die USA sind unser Feind Nummer Eins.«

Die Unterstützung der vietnamesischen Befreiungsfront mußte Kambodscha teuer bezahlen. 1968 begannen die USA mit einer 14monatigen großflächigen Bombardierung des Landes, um angebliche kommunistische Stützpunkte auszulöschen.

Da auch der Bombenterror Sihanouk nicht recht auf Linie bringen konnte, putschte die CIA 1970, während Sihanouk im Ausland weilte, ihre Marionette Lon Nol an die Macht. Die US-Armee und die von ihr kontrollierten Südvietnamesen rückten mit 30.000 Mann ins Land. Das reichte indes nicht aus, um den nun erst recht aufflammenden Widerstand der Kambodschaner zu ersticken. Im März 1973 begannen die Amerikaner mit ihrer »Operation der 150 Tage« und warfen in fünf Monaten eine Bombenlast auf Kambodscha ab, die das Zweieinhalbfache des Sprengstoffs ausmachte, den die Hitler-Luftwaffe im gesamten zweiten Weltkrieg über England abgeladen hatte. Allein bei dieser »Operation« kamen 500.000 Kambodschaner ums Leben.

Den Roten Khmer als politischem Partner in Paris die Hand zu schütteln, konnte den Amerikanern mithin nicht schwerfallen. Sie hatten sie stets als skrupellose Sturmtruppe gegen die Kommunisten in Phnom Penh gepflegt und gestützt. An ihren barbarischen Methoden stießen sie sich schon deshalb nicht, weil sie den eigenen entsprachen. Nun sollten die Roten Khmer ein weiteres Mal zum Einsatz kommen, um im Verein mit den übrigen antikommunistischen Konfliktparteien die CPP aus der Regierung zu vertreiben, um das Land mit den von den UN organisierten Wahlen endlich für »Freiheit und Democracy« zu öffnen.

Sihanouks Motiv, auf einer gleichberechtigten Rolle der Roten Khmer zu bestehen, war ähnlich gelagert. Seit jeher hatte er sich für die Terroristen starkgemacht, wenn er sich davon versprechen konnte, die eigene Machtposition auszubauen. 1978, auf dem Höhepunkt des Terrors, lobte er im staatlichen Rundfunk »Stimme des demokratischen Kampucheas«, die Roten Khmer seien dabei, eine »reine, gesunde, demokratische und gerechte Gesellschaft« aufzubauen. Damals befand sich Sihanouk schon seit langem unter Hausarrest, und dennoch standen ihm Pol Pot und Konsorten näher als die von Vietnam unterstützten Kommunisten. Folgerichtig verwandte sich der »kleine Prinz« vor den UN 1979 für das von seinem Volk vertrienene Staatsoberhaupt Pol Pot.

Sihanouks Rechnung ist simpel: Wenn und soweit sich CPP und Rote Khmer gegenseitig blockieren, gewinnen er und seine FUNCINPEC an politischem Spielraum. Je aggressiver die Antipoden einander gegenüberstehen, umso glaubhafter kann sich die Sihanouk-Partei den kriegsgeplagten Kambodschanern als die einzige relevante Kraft darstellen, die den ersehnten Frieden herzustellen vermag. Nach diesem Muster hat die FUNCINPEC den UN-Wahlkampf geführt und gewonnen: Die Monarchie ist wiedereingeführt, Sihanouk ist König, sein Sohn Ranariddh, zuvor Professor für Staatsrecht in Frankreich, ist erster Premierminister, alle Ministerposten, die mit Wirtschaft und Finanzen zu tun haben, sind in Händen von im Westen ausgebildeten FUNCINPEC-Spezialisten. Vielleicht haben die UN-Bosse doch recht, wenn sie ihre Mission als grandiosen Erfog preisen?

Fragt man den deutschen Botschafter in Phnom Penh, was eigentlich die Kambodschaner von dem teuersten UN-Einsatz aller Zeiten gehabt haben, wird der sonst so verbindliche Diplomat ganz unwirsch. Dies sei, bescheidet Herr Lerke, eine völlig falsche Fragestellung. Die UN seien nicht hier gewesen, um allgemein Gutes zu tun, sondern um die Wahlen durchzuführen. Diesen Auftrag hätten sie erfüllt, also sei die Mission erfolgreich gewesen, was immer auch sonst an negativen Entwicklungen stattgefunden haben möge.

Johannes Wortel, der aus Holland stammende Chef des Untac-Abwicklungskommandos in Kambodscha, vertritt dieselbe Linie. Die UN hätten nicht das Mandat gehabt, die Leute zu füttern, sondern sie an die Wahlurnen zu führen. Der große Erfolg liege darin, daß die Wahlen überhaupt hätten stattfinden können. Über irgendwelche anderen Ziele könne er als UN-Beamter nicht räsonnieren.

Die beiden Herren sagen die Unwahrheit. Das Pariser Abkommen übertrug den UN keineswegs das Mandat, lediglich Wahlen durchzuführen. Vielmehr legte das Abkommen folgende wesentliche Aufgaben der UN fest:

· eine friedliche, neutrale Umgebung zu schaffen, um allgemeine, freie und gleiche Wahlen abhalten zu können;

· die Truppen der kambodschanischen Konfliktparteien zu entwaffnen und zu demobilisieren, die Einhaltung des Waffenstillstandes zu überwachen, alle Arten von Waffen im Lande zu konfiszieren und die Minenfelder zu räumen;

· die kambodschanische Wirtschaft wiederaufzubauen, wofür sofort ein »Internationales Komitee für den Wiederaufbau Kambodschas« zu gründen war;

· die Übernahme aller Organe und Einrichtungen der Bereiche Außenpolitik, nationale Verteidigung, Finanzen, öffentliche Sicherheit und Information durch die Untac.

Das Pariser Abkommen hat die Untac mithin sehr wohl verpflichtet, »Gutes zu tun«. Doch von den 16.000 Untac-Soldaten hat keiner je Befehl erhalten, mit der Räumung der Minenfelder zu beginnen. Das beschlossene »Internationale Komitee für den Wiederaufbau Kambodschas« wurde nie gebildet. Die von einer Ministerkonferenz im Juni 1992 in Tokio zugesagten 880 Millionen Dollar wurden bis auf wenige Millionen nicht freigegeben. Sihanouk selbst, verrät ein französischer Diplomat in Phnom Penh, habe darauf gedrängt, das Geld nicht vor den Wahlen auszuzahlen, da kurzfristige positive Entwicklungen möglicherweise der CPP gutgeschrieben würden.

Doch auch in der Wahlfrage haben die UN, legt man die Pariser Vorgaben zugrunde, versagt. »Die ganze Mission«, faßt Mark Dodd, der als »Reuters«-Korrespondent den Untac-Einsatz vom ersten Tag an beobachtet hat, »war ein Fehlschlag. Die Konfliktparteien sollten sich den Wahlen stellen. Doch die Roten Khmer haben nicht teilgenommen. Die Parteien sollten ihre Waffen abgeben und ihre bewaffneten Einheiten auflösen. Doch die Roten Khmer haben das nicht getan, sondern statt dessen ihre Überfälle und Sabotageakte fortgesetzt. Es sollte ein friedliches Umfeld für die Wahlen hergestellt werden, statt dessen haben die Roten Khmer unter anderen 20 Untac-Leute umgebracht; dazu allein über hundert Kambodschaner vietnamesischer Abstammung – und die Untac mit ihrem doppelt so großen Militärpotential hat nichts unternommen, um die Menschen zu schützen. Diese Toten gehen auf das Konto der Untac.«

Dodds Kollege von der »Far Eastern Economic Review« bestätigt die Untätigkeit der Untac gegenüber den Roten Khmer, die sich nie an das von ihnen unterschriebene Pariser Abkommen gehalten haben: Wochenlang ist der amerikanische Journalist im Gebiet der Roten Khmer herumgereist, hat dort zwar mehrere thailändische Generäle angetroffen, die unter anderem den Abtransport von Tropenhölzern und Edelsteinen organisierten, aber nie ist er auf einen Untac-Soldaten gestoßen. Die Untac hatte Polizei und Armee des alten Regimes außer Kraft gesetzt, aber selbst kaum etwas getan, um den Sabotageakten und Mordüberfällen der Roten Khmer zu wehren.

Ein westlicher Kollege, der damals fast täglich mit dem deutschen Botschafter Lerke und den Vertretern der übrigen UN-Großmächte zusammentraf, bestätigt mit anhaltendem Groll, daß die Deutschen zur Zeit der Wahlen überaus nervös waren. Einerseits hätten sie aller Welt demonstrieren wollen, wie großartig sie ihren UN-Auftrag erfüllen würden, weil sie ja bekanntlich ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat werden wollen. Andererseits hätten sie im eigenen Land eine kontroverse Diskussion über den Einsatz ihrer Soldaten in Kambodscha gehabt, weshalb sie immer darauf gedrängt hätten, daß alles nach humanitären Maßnahmen ausschauen müsse und vor allem keiner ihrer Soldaten zu Schaden kommen dürfe. Sie hätten denn auch völlig verrückt gespielt, als ihr Sanitäts-Soldat Arndt in Phnom Penh erschossen worden war. Und so hätten Untac und deutsche Botschaft die Version, Arndt sei von Kambodschanern ermordet worden, nur weil er sie mit seinem Wagen naßgespritzt habe, in die Welt gesetzt, um das Bild vom bis zuletzt pflichtgetreuen und makellosen UN-Soldaten aufrechtzuerhalten.

Tatsächlich war die Bonner Propaganda darauf gerichtet, die »ausschließlich humanitäre Qualität« des deutschen Beitrags herauszustellen. Dies war schon deshalb fragwürdig, weil die BRD nicht nur 450 Sanitäts-Soldaten, sondern auch 160 Angehörige von Bundesgrenzschutz und Bundeskriminalamt geschickt hatte, darunter auch den Chef aller 4.000 UN-Polizisten. Sodann trifft zwar zu, daß das deutsche Hospital gegen den Widerstand der Untac-Bürokratie seine Pforten auch für Kambodschaner öffnete, wofür es in deutschen Zeitungen zum »Haus der Engel« avancierte. Aber leider ist auch wahr, daß die Deutschen ihr Hospital gleich nach den Wahlen abbrachen und nach Deutschland zurückschafften, obwohl Kambodscha bar jeder nennenswerten medizinischen Einrichtung ist. Botschafter Lerke erklärte dies damit, daß das Hospital eben ein mobiles, es also widersinnig sei, es irgendwo fest zu stationieren. Im übrigen habe es kein medizinisches Team gegeben, das die Arbeit hätte fortführen können.

Über diese Behauptung ist der amtierende Untac-Chef Wortel, der bei der Darstellung des Todes des Sani-Soldaten noch mitzog, geradezu wütend. Er selbst habe die Deutschen aufgefordert, das Hospital hierzulassen, und er habe auch darüber informiert, daß medizinisches Personal aus Singapur bereitstünde. Die Deutschen hätten die Bitte abgeschlagen. Im Gegensatz zu den Australiern beispielsweise, die ihre Ponton-Brücken und ihr Telefonsystem in Kambodscha gelassen hätten – Gegenstände übrigens, fügt Herr Wortel sachlich hinzu, die durchaus mobiler seien als ein Krankenhaus.

Das Krankenhaus ist abgebaut, zerlegt und eingemottet zurück in Deutschland. Die 22.000 UN-Männer und -Frauen sind verschwunden und mit ihnen das Geld, das in den letzten beiden Jahren zumindest in der Hauptstadt für die Simulation eines funktionierenden gesellschaftlichen Systems sorgte. Geblieben ist das zerstörte Land mit den alten Problemen und einer neuen Regierung. Für eine eigenständige Entwicklung hat das dem Weltmarkt geöffnete Kambodscha nicht die Spur einer Chance. Das jährliche Bruttosozialprodukt soll bei zwei Milliarden Dollar liegen, 70 Prozent davon entfallen auf Importe, was wahrscheinlich Weltrekord ist. Die Exporte sind minimal. Tropenhölzer und Edelsteine werden von Joint-Ventures zwischen Roten Khmer und Thais aus dem Land geschafft, wodurch dem Staat Kambodscha jährlich rund 500 Millionen Dollar entgehen. Ihm selbst bleibt nur Kautschuk als Exportgut übrig, dessen Produktion aber wegen der zerstörten Pflanzungen, der verminten Felder und Wege, der zerstörten Straßen und Brücken kaum ins Gewicht fällt. Zwei Drittel der Waren kommen derzeit aus dem Ausland, ohne daß Kambodscha dafür bezahlen könnte. In den letzten beiden Jahren sorgte die UN-Mission für den Ausgleich – die Untac-Milliarden entsprechen ziemlich exakt der Höhe der Importe im selben Zeitraum.

Was aber soll nun, nach dem Abzug der Untac, werden? Die wenigen lukrativen Möglichkeiten in Industrie, Landwirtschaft, Handel und Tourismus sind längst von Thais, Singapur-Chinesen, Japanern, Franzosen und Amerikanern genutzt. Manche Länder, zum Beispiel Japan, hatten ihre UN-Kontingente mit Industrie- und Handelsfachleuten besetzt,

die sich vor allem um eventuelle Anlagemöglichkeiten für Investoren des eigenen Landes kümmerten. Was wird aus den Khmer?

Von der eigenen Regierung können weder die nötigsten sozialen Ausgaben geleistet werden noch gar irgendwelche Impulse für wirtschaftliches Wachstum ausgehen. Die Staatseinnahmen reichen knapp, um die 300.000 Staatsdiener zu bezahlen, deren bereits hohe Zahl durch die ins Land zurückströmenden Angehörigen des Adels und der Hofschranzen noch ansteigt. Auch muß an dem unbedingten Willen der neuen Mehrheit zur sozialen Gerechtigkeit gezweifelt werden. Zu den ersten Maßnahmen des neuen Parlaments gehörte der Beschluß, jedem Abgeordneten monatlich 1.800 Dollar Gehalt und Aufwandsentschädigung zu zahlen, das Neunzigfache dessen, was ein mittlerer Beamter erhält. Um an diesen Standard heranzukommen, müßten unsere Bundestagsabgeordneten sich stolze 300.000 DM im Monat bewilligen. Die BRD hat allerdings eine zum neuen Parlament passende Entwicklungshilfe gewährt – im Rahmen der »Demokratisierungshilfe« finanziert sie den Neubau des Parlamentsgebäudes.

Wie also kommen die Khmer zu den Krankenhäusern und Schulen, zu den Straßen und Bahnstrecken, zur Entgiftung ihres Wassers und zur Räumung der Minenfelder, zu Wohnungen für Hunderttausende Obdachlose, zu Milch und Reis und Arbeitsplätzen? Sie selbst haben eine einfache Antwort: Wir hoffen auf das Ausland. Man werde sie nicht hängenlassen, kalkulieren sie mit angemessenem Zynismus, denn wenn die westorientierte Regierung in den Bankrott steuert oder auch nur eine weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen zuläßt, dann würden sich die Khmer von ihr abwenden, und die gewaltige UN-Investition wäre für die Katz. Das würden die Industriestaaten nicht zulassen, dazu sei der Standort Kambodscha im Herzen Südostasiens, der Wachstumsregion des 21. Jahrhunderts, von zu großer strategischer Bedeutung. Auf dieses Argu-ment verlassen sich Journalisten und Minister, die Fahrer der Fahrradrikschas und die Nutten.

Auch die Diplomaten der USA und Frankreichs, die Spielführer der Ordnungsmächte in diesem Teil der Welt, anerkennen diese Erwägung. Unbedingt müsse man jetzt weiter Geld in das Land pumpen, die Leute müßten sehen, daß sich die neuen Allianzen lohnten, und immerhin säßen ja überall dort, wo es um Geld gehe, FUNCINPEC-Leute. Aber, gibt der amtierende französische Missionschef zu bedenken, sosehr wir die Wahlen auch öffentlich loben, sowenig können wir übersehen, daß die CPP in allem, was die konkrete Machtausübung anlangt, nach wie vor ein wichtiges Wort mitspricht. Sie kontrolliere die Polizei, und mit Hun Sen stelle sie den zweiten Premierminister, der zwar hinter Ranariddh rangiere, sich aber im Gegensatz zu diesem auf die Verwaltungskader stützen könne. Sam Rainsky, FUNCINPEC-Wunderkind der Chicago-Schule und Minister für Wirtschaft und Finanzen, bestätigt den pessimistischen Befund. Nicht mal in der Regierung könne die FUNCINPEC gegen den Juniorpartner CPP agieren, noch weniger habe sie draußen im Lande zu sagen. Der FUNCINPEC-Teil der Regierung habe nicht mal Kenntnis von den Provinzen, geschweige denn irgendeine Kontrolle über sie. Dort walteten die alten Zirkel der Kommunisten.

Die freie Welt hat bei den Wahlen in der Tat nicht vollständig triumphiert. Zwar erhielt Sihanouks Front 45 Prozent der Stimmen, aber die alten kommunistischen Sünder der CPP kamen ihrerseits auf 38 Prozent. Die Folge war eine Koalitionsregierung der beiden Großen, die auch noch die kleinen buddhistischen Liberaldemokraten mit an Bord nahmen. Da die CPP an der Basis und in der Regierung stark ist, die neue Verfassung zudem in allen wichtigen Fragen eine Zweidrittelmehrheit vorschreibt, müssen sich die Gestalter der neuen Weltordnung nun Gedanken machen, wie sie die CPP zukünftig kleinkriegen.

Natürlich, sagt ein US-Diplomat, sei Hun Sen der beste Mann. Aber er sei eben nicht »unser Mann« und im übrigen korrupt. Wahrscheinlich seien die FUNCINPEC-Leute auch korrupt. Aber das wären dann »unsere Korrupten«. Wie aber den eigenen Korrupten zur Macht verhelfen? Die UN im allgemeinen und die Friedensmächte im besonderen setzen auf ihre alten Trumpfkarten – die Roten Khmer. Untac-Chef Akashi mahnte schon beim Abschied zur Zusammenarbeit aller Kräfte, einschließlich der Roten Khmer. Frankreichs Botschafter Philippe Coste macht, nach den Roten Khmer gefragt, zunächst einen Ausflug in die Geschichte: »Man konnte die Roten Khmer 1991 vom Gestaltungsprozeß nicht ausschließen, weil man einfach realistisch sein muß: Sie existieren.« Muß man sie jetzt wieder beteiligen, da sie ja immer noch existieren? Coste: »Das letzte Wort sprechen die Kambodschaner.«

Damit ist natürlich König Sihanouk gemeint. Im November 1993 hat der König in einem Brief an Kieu Samphan, den Chef der Roten Khmer, ausgeführt, wie er nun »die Sache« sieht: »Seit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens haben die Roten Khmer nichts anderes getan, als Brücken, Straßen und Bahnstrecken zu zerstören, neue Minen zu legen, Dörfer anzuzünden, Vieh und andere Güter zu stehlen, die alle dem Volk der Khmer gehören, das heute ruinierter und verwundeter dasteht als je zuvor.« Eine traurige, eine ehrliche Bilanz. »Jeder muß nun«, fährt der König fort, »vor der Geschichte, vor der Nation und vor dem Volk seiner eigenen Verantwortung gerecht werden.« Doch dann folgt keineswegs der fällige Schuldspruch, sondern die vertraute Sihanouk-Volte. Der König lädt die Roten Khmer zu Verhandlungen über ihren Eintritt in die Regierung ein, vorausgesetzt, sie öffnen die von ihnen besetzten Gebiete und unterstellen ihre Truppen dem staatlichen Oberkommando.

Ein Vorschlag, den auch die staatstragenden deutschen Fachleute unterstützen. Die Regierungsbeteiligung der Roten Khmer, heißt es in einer Analyse der UN-Mission in den »Südostasien-Informationen«, »könnte sich als unabdingbar

erweisen, da sie in jeder Hinsicht einen Machtfaktor darstellen«.

Der Machtfaktor hat ein eigenes Museum in Phnom Penh, das Tuol Sleng. Die Roten Khmer hatten die frühere Schule zu ihrem Folterzentrum gemacht. Wer die Folter überlebte, kam ins Vernichtungslager Choeung Ek, wo man in der 80er Jahren 129 Massengräber mit 8.895 Leichen fand. In einer der Folterkammern hängt ein Foto Kieu Samphans. Vielleicht kann der heutige Vorsitzende der Roten Khmer bald als Minister der Regierung Seiner Majestät für die Entfernung seines Bildes sorgen. Jedenfalls sind, seit Sihanouk wieder an der Macht ist, Veranstaltungen zum Gedenken der Opfer des Pol Pot-Regimes in Tuol Sleng verboten.

Conrad Schuhler verteidigte in KONKRET 11/93 die Legalisierung des Dollars in Kuba

Konkret 03/94, S. 27

Otto Köhler

»Von Anfang an...«

Am 5. Februar ist der Bankier Hermann Josef Abs gestorben. Und die Seiten der »FAZ« fassen kaum die hymnischen Nachrufe, mit denen deutsche Politiker und Industrielle den Aufsichtsrat von Auschwitz ehren

Dieser Nach-Ruf scheint infam. Aber er ist ehrlich, und er ist gut gemeint: »Ihm ein ehrendes Gedenken« bewahren die Herren Dr. Ulf R. Siebel und Dr. Ludolf von Wartenberg von der »Gesellschaft zur Förderung des Schutzes von Auslandsinvestitionen« mit dieser wahren Anzeige in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«: »Dem Gedanken der Freiheit privaten Kapitals war Herr Abs mit hohem persönlichen Engagement verpflichtet.« Sogar als Aufsichtsrat von Auschwitz.

Der Bankier Kurt Freiherr von Schröder, in dessen Haus sich Papen und Hitler zur Vorbereitung der Machtübergabe trafen, würdigte den teuren Verstorbenen schon vor einem halben Jahrhundert so: »De facto waren die Großbanken fast eine zweite Regierung. Die Partei und die von der Partei beherrschte Regierung konsultierten die Großbanken bei jeder wirtschaftlichen und finanziellen Frage, die auftauchte. Die Vertreter der Großbanken wurden von der Reichsbank und anderen Regierungsstellen praktisch bei allen Entscheidungen konsultiert, und sehr oft wurde das, was sie sagten, als letztes Wort in der Angelegenheit gewertet. Männer wie Abs, Rösler, Kimmich und Urbig von der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft wurden von der Regierung und Parteiführern ständig zu Rate gezogen.«

Auf Nachfrage präzisierte Bankier von Schröder – und es ist ungerecht, daß dieser rühmende Text in keinem der Nachrufe zitiert wird: »Abs hatte sich als sehr wertvoll für die Partei und die Regierung erwiesen, indem er mit seiner Bank der Regierung half, Geschäfte in den besetzten Ländern und in anderen ausländischen Staaten zu machen. Abs erfreute sich ausgezeichneter Verbindungen zu Funk, der in den letzten Jahren sowohl Reichsbankpräsident als auch Leiter des Wirtschaftsministeriums war.«

Der Vizekanzler-Kandidat Rudolf Scharping gehörte neben der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu den Schnellsten beim Inserieren seiner großen Trauer um den verstorbenen »Kunstfreund« Abs, der – wie es im redaktionellen »FAZ«-Umfeld hieß – »für den Erwerb von Beckmanns ›Synagoge‹ bettelnd auf die Straße« ging. Scharping inserierte: »Hier bleiben spektakuläre Unternehmungen für immer mit seinem Namen verbunden, darunter die Erwerbung von bedeutenden mittelalterlichen Werken der Sammlung von Hirsch ...«

Die Abs-Verdienste um die Sammlung des Jüdischen Bankiers Robert von Hirsch hatte schon Johannes Rau gerühmt, als er 1992 dem »Europäer, Weltbürger und Patrioten« den nordrhein-westfälischen Staatspreis verlieh. Da erinnerte die Abgeordnete Hürten im Landtag: »Nun handelt es sich bei dieser Sammlung um das ehemalige Eigentum des Bankiers Robert von Hirsch, das er 1933 auf seiner Flucht mitnehmen und somit vor der Arisierung, an der auch die Deutsche Bank und im Auftrag der Deutschen Bank auch Hermann Josef Abs beteiligt waren, retten konnte.« Und zu Johannes Rau sprach sie: »Sie haben also einen Staatspreis verliehen für das, was 1933 eben nicht in deutschem Eigentum gehalten werden konnte.«

Die Abgeordnete sagte das, obwohl der Ministerpräsident feststellte, dies zu sagen sei »wirklich nicht erlaubt«. Der Präsidentschaftskandidat erlaubte sich daher zwecks Ausgleichs in seiner Beileidsanzeige zum Tod des Arisierers den Satz, Abs habe die Einbindung der Bundesrepublik in die internationale Gemeinschaft gefördert, und zwar »in den Anfangsjahren nach der Katastrophe 1945«. Hitlers Ende – Raus Katastrophe?

Die Solvay Deutschland GmbH trauerte um den »Ratgeber, Weggefährten und Freund des Hauses Solvay in sechs Jahrzehnten«. Wie war das im zweiten Jahrzehnt, Anfang der vierziger Jahre? Richtig, Abs ließ 1970 vor Gericht erklären – und kam damit durch – , daß auf »die Beschäftigung« von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen selbst der Vorstand keinen Einfluß gehabt habe, und er dort als Aufsichtsrat schon gar nicht, weil »diese von staatswegen zugewiesen worden seien«. Und dann ließ er – 1970! – hinzufügen: Im übrigen sei »die Beschäftigung von Zwangsarbeitern als solche nicht zu beanstanden« – das wußte er wohl noch vom Auschwitz-Konzern IG Farben, wo er am 30. Mai 1942 als Aufsichtsrat dem Einsatz von Frauen Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen zugestimmt hatte.

Aber auch die Dahlbusch Verwaltungs-AG gönnte sich in ihrer Todesanzeige historische Reminiszenzen. Dem Mann, der seit 1938 ihrem Aufsichtsrat vorstand, rief sie nach: »Sein Rat und seine Hilfe waren für uns und unsere belgischen Aktionäre sowohl während des Krieges als auch in den schwierigen Nachkriegsjahren von entscheidender Bedeutung.«

Die belgischen Aktionäre während des Krieges? »In Belgien wurde die Deutsche Bank ... begünstigt«, plauderte nach 1945 der Vizepräsident der Reichsbank Emil Puhl aus. Er wußte auch wer mit wem: »Die Übertragung belgischer Anteile an die Deutsche Bank entsprang einem gemeinsamen Handel der Deutschen Bank (Abs) und der Finanzabteilung der Deutschen Militäregierung in Belgien.«

Polen war längst überrannt, Norwegen, Dänemark überfallen, die Niederlande, Frankreich, ja auch Belgien hatten kapituliert, der Antikominternpakt mit Italien und Japan war vier Wochen alt, Hitler hatte zwei Tage zuvor Franco getroffen und am Tage vorher Petain – da ergriff am 25. Oktober 1940 Hermann Josef Abs auf einer Veranstaltung des Deutschen Instituts für Bankwissenschaft und Bankwesen e.V. das Wort, das den weiteren Weg Deutschlands in die Welt wies. »Meine Herren«, so unterstrich Abs völlig zu Recht, »die Zukunftsaufgaben aktiver deutscher Kapitalpolitik, auf die unsere Betrachtungen Ausblicke eröffnet haben, sind von ungeheurem Reiz und größter Spannweite.«

Genau dreißig Jahre – nur zehn Tage fehlen – nach seiner Rede über die Zukunftsaufgaben deutscher Kapitalpolitik formulierte Abs am 15. Oktober 1970 vor der Mitgliederversammlung der Fondation Européenne pour L'Economie in Frankfurt »Strategische Überlegungen« zur »Rolle der Unternehmer in Europa«. Er kritisierte, daß »wir in unseren Beziehungen zur Sowjetunion getrennt und nicht gemeinsam« auftreten. In den Augen der europäischen Jugend zählten nur »die Gedanken Marcuses, Maos und, bestenfalls, Dom Helder Camaras«. Hier müsse Europa »seinen Rückstand aufholen und die Botschaften der Gesellschaft von morgen in einer Verschmelzung von lateinischem Denken, germanischer Besonnenheit und angelsächsischem Empirismus heraushören«. Er stellte fest: »Die Industrie hat heute in den meisten Staaten das Bedürfnis, freier zu werden.« Er verlangte »Anstrengungen in der ideologischen Ausrichtung der Geschäftswelt«. Er forderte »eine europäische Struktur des Arbeitgebertums zu verstärken, welche die industrielle Politik Europas bestimmen und lenken könnte«. Er entdeckte in der Krise der Universitäten »präzise Subversionspläne«. Und er war darum dankbar, daß »wir uns heute in Frankfurt in einem Kreis von Unternehmensführern absprechen können, die für einen Großteil der europäischen Wirtschaft die Verantwortung tragen«. Es sollte möglich sein, so sprach Abs, »dem Unverständnis der marxistischen Doktrinäre mit einer regelrecht militanten Unternehmensart zu begegnen«.

Es gelang. In der Mitternacht vom 30. Juni zum 1. Juli 1990 drängten sich jubelnde Neudeutsche in die frischeröffnete Filiale der Deutschen Bank am Alexanderplatz in Ostberlin und nahmen das ihnen zugeteilte Quantum echter Deutscher Mark in Empfang. Dazu gab es Luftballons. Aufschrift: »Von Anfang an Deutsche Bank«.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 1/94 über den Bundespräsidentschaftskandidaten Roman Herzog

Konkret 03/94, S. 28

Thomas Ebermann

Gebt uns vier Jahre Zeit!
Vollmers Volk und Vaterland

In atemberaubendem Tempo bewegen sich mittelständische Protestparteien und ihre grünen Konkurrenten nach rechts. Thomas Ebermann hat Antje Vollmer und Daniel Cohn-Bendit allerlei Programmatisches abgelauscht. Heiner Möller hat Manfred Brunners »Bund Freier Bürger« und seine Stichwortgeber unter die Lupe genommen

Helmut Schmidt wurde im Dezember letzten Jahres 75 und veranstaltete sich zu Ehren ein Symposium, beidem der erlauchte Kreis der Geladenen variieren, vertiefen, weiterentwickeln und übertreiben durfte, was im »Manifest für Deutschland« schon zu lesen war. Zwei Grüne waren dabei: Antje Vollmer und Daniel Cohn-Bendit. Vielleicht läßt sich an dem Part, den sie übernahmen, erkennen, wo ihrePartei ihr zukünftiges Plätzchen suchen wird.

Die »Junge Freiheit« hat die Stimmung der Geburtstags-Party (die die »Zeit« in einem 100seitigen Sonderdruck dokumentiert hat) präzise nachgezeichnet: »Man traut seinen Augen und Ohren nicht: In vielen Diskussionsbeiträgen wimmelt es nur so von konservativen Topoi, als ob sie aus Gerd-Klaus Kaltenbrunners Herder-Initiative der 70er und 80er Jahre stammten: Tugend, Anstand, Sitte, Werteverwirrung, klare Maßstäbe für Recht und Unrecht.«

Nach durchaus korrekt zusammengestellten Belegen kommt der Autor Klaus Hornung zum ebenso korrekten Resümee: »Man sieht: ›Konservativ‹ ist wieder ›in‹, das zeigt die Hamburger Debatte aus dem intellektuellen Umfeld der ›linken Mitte‹ ganz deutlich. ... ›Konservative‹ Denkfabriken wie die Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung oder das ›Studienzentrum Weikersheim‹ erörtern die Themen und Probleme kaum anders als das Hamburger Symposium. Freilich auch mit einem ›kleinen Unterschied‹. Als freiheitlich-konservative Autoren von Gerd-Klaus Kaltenbrunner bis Karl Steinbuch, von Günter Rohrmoser bis Caspar Schrenck-Notzing, von ›Mut‹ bis ›Criticón‹ diese Fragen schon vor Jahren stellten und Antworten zu geben versuchten, wurden sie oft als ›Rechte‹, Rechtsradikale, wenn nicht Faschistoide verketzert, auch von manchen, die jetzt im Hamburger ›Zeit‹-Symposium dabei waren.« Hornung rät, bei allem diesbezüglichen Unrecht, das geschah, nicht nachtragend zu sein, »da die alten Frontstellungen und Klischees ... wahrlich Schnee von gestern« geworden sind. Schließlich haben Schmidts Geburtstagsgäste »einen beachtlichen Beitrag geleistet« für die notwendige Erkenntnis, »daß wir unsere Probleme nur zu lösen vermögen, wenn wir die intellektuelle und ideologische Verfassung der (alten) Bundesrepublik überwinden«.

Wenn die Grünen für dieses Unterfangen geeignet sein wollen, müssen sie die Etappe ihrer Entwicklung, in der sie sich sozialdemokratisierten, also ihr Einverständnis mit den bestehenden Verhältnissen ausdrückten, zugunsten einer Haltung überwinden, der das, was sie als Erfolg ihrer Generation – der 68er – gerade erst gefeiert haben, als besonders eklig und bekämpfenswert erscheint.

Der »konsumfreudige Citoyen«, das noch kürzlich hochgelobte Ideal des erfolgreichen Menschen der Marktwirtschaft, der mit hedonistischen Anwandlungen und liberalem Gestus seinen Reichtum genießen will, muß ausrangiert werden. Ausradiert gehört, daß man »Juniorpartner« der Partei sein wollte, die den »Sozialstaat«, die »Sozialpartnerschaft«, das System von Tarifverträgen und Absicherungen im Falle von Krankheit und Alter auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Beerdigt werden muß aber auch der Gedanke von der Zivilisierung Deutschlands durch die Apo, denn wer zukünftig zur »Mitte« gehören will, wird nicht behaupten können, Deutschland sei unzivilisiert gewesen, bevor die 68er kamen, im Gegenteil: Er wird nicht umhinkommen, der Apo die Zerstörung der Tugenden und die Propagierung der Selbstverwirklichung anzulasten.

Es müssen also die Grünen von Bord kippen, was unsereiner an ihnen kritisierte, nun aber auf Druck von rechts, als Vollzug von Notwendigkeiten, die eine Zeit der Deregulierung, der Standortsicherung und der Kriegsvorbereitung so mit sich bringt. Die Aufgabe ist groß, aber immer noch kleiner als die Angst, noch einmal zu spät zu kommen und ein »Erfordernis« zu verpassen, wie die Wiedervereinigung eines war. Die Furcht, noch einmal als Letzter den Arsch hochzukriegen, wenn die Nationalhymne gesungen und dem Vaterland gedient werden muß, prägte das Auftreten der grünen Gäste der Geburtstagsfeier.

So machten sie sich unauffällig, indem sie nicht auf ihrer Vergangenheit, sondern auf der »intellektuellen und ideologischen Verfassung der (alten) Bundesrepublik« rumhackten. Antje Vollmer: »In der Bundesrepublik haben wir das Experiment mit der Egalität bis zum Äußersten getrieben. Das hat mit der Sozialdemokratie zu tun, die ein bürgerliches Bewußtsein per Programm gar nicht erzeugen wollte.« Leistung lohnte sich nicht, Arbeiterkinder wie Börner und in seinem Gefolge ein Heer der Mittelmäßigen okkupierten sogar höchste Staatsämter, die ökonomisch mächtige Klasse war ihrer natürlichen Aufgabe, auch politisch zu führen, beraubt: »Die Schwäche der bundesrepublikanischen Nachkriegsdemokratie ist die, daß sie kein Bürgertum hervorgebracht hat, und zwar ein Bürgertum, das sich auch als solches versteht.« Unterdrückt war der Bourgeois, dabei hätte er so viel leisten können: »Zu dieser bürgerlichen Kultur gehört, ... daß sich daraus bestimmte Aufgaben und Verantwortlichkeiten gegenüber dem Gemeinwesen ergeben. Man darf also nicht nur die

Führung haben wollen, man muß auch Schulen gründen, Universitäten gründen, für ein Theater zuständig sein. Und man muß, wenn das Vaterland in Not ist ..., eben wissen, daß einen das etwas angeht.« Der Bürger durfte keine privaten Schulen, Unis und Theater gründen, der Burschenschafter mußte in der Mensa hinter (ja, hinter!) dem Bafög-Empfänger in der Warteschlange stehen – eine egalitäre Zumutung, die geeignet ist, die Vaterlandsliebe zu zerstören. Damit muß ebenso Schluß sein wie mit dem Vorwurf der unteren Klassen, »daß etwas elitär ist oder daß das bloß wieder die ›Herren von und zu‹ sind«. Es gelte zu begreifen, »daß es auf die Dauer nicht ohne eine Elite geht«. Die Zeit der Gleichmacherei sei zu beenden. »Jetzt muß, jedenfalls für eine begrenzte Phase, Vorrang auf die Existenzmöglichkeiten und die Entfaltungsmöglichkeiten der Kreativität von Eliten gelegt werden.« Der nachrangig zu behandelnde Rest merkt doch ohnehin, »daß es (für ihn) um Reduzierung geht. Da muß man sie psychologisch stabilisieren« (!), mit einer »minimalen Sicherung«. – »Was einer darüber hinaus will, das ist dann individuelle Leistung.«

Die Zeiten, als oben noch oben und unten noch unten, als die Werte fest gefügt und der göttliche Wille Gesetz auf Erden war, als man als Kaiser geboren wurde und kein Untertan den Führer und seinen Kreis als bloß »die Herren von und zu« titulieren durfte, sondern sich zu verneigen hatte, als Aufklärung und Moderne noch nicht ihre Verwüstungen angerichtet hatten – da war noch ehern, was nun zur Neige geht. Antje Vollmer ist tief besorgt: »Diese ganze Moderne der Aufklärung hat auf einem dicken Polster von vorher gewachsenen Werten gelebt – und davon gelebt ... Wie wir die Energieressourcen, die in Milliarden Jahren gewachsen sind, verbraucht haben, so haben wir auch dieses Vorpolster an Werten verbraucht.« Klaus Hornung fragt die gebildeten Nazis, die die »Junge Freiheit« lesen, »was ist hier noch Habermas, was Rohrmoser« – und alle feiern den Triumph ihres Matadoren.

Läßt Frau Pastorin denn kein gutes Haar an der (alten) Bundesrepublik? Doch. Unmittelbar nachdem Bernd Guggenberger die »geradezu konservativ-revolutionäre Frage« (»Junge Freiheit«) gestellt hat: »Gibt es Demokratie auf Dauer ohne wachsenden Massenwohlstand ... Funktioniert sie auch als politischer Solidarverband zur Organisation des Verzichts?« findet Antje eine Episode, die ganz passabel war: »Die Politik in der Bundesrepublik hat am Anfang eine besondere Aura gehabt ... die Führungsschicht des Neuanfangs war aus ... glücklichen Pionieren zusammengesetzt. Da mischte sich ein bißchen 20. Juli, ein bißchen Bekennende Kirche und ein bißchen junge Leute, die voller Tatendrang waren.« So gut waren die Zeiten Konrad Adenauers – und daß die Mehrheit dieser Führungsschicht gerade erst die Mitgliedschaft in der NSDAP unfreiwillig beendet hatte, soll dem Vergessen anheimgegeben sein, schließlich war ihre Liebe zu »Ordnung, Pünktlichkeit, Pflicht« (Vollmer) bei aller demokratischen Kostümierung über jeden Zweifel erhaben.

Cohn-Bendit, auf der Geburtstagsfeier etwas weniger visionär gestimmt als seine Parteifreundin, macht noch eine andere Phase der (alten) Bundesrepublik aus, die Respekt verdient: die Politik Helmut Schmidts, »die gar nicht einmal so falsch war, wie wir es gesagt haben«. (Gesagt hatten »wir«, genauer: die Realos bei den Grünen durch Joschka Fischer 1984: »Das Modell Deutschland verschanzte sich endgültig hinter Anti-Terror-Gesetzen, Stacheldraht, Schützenpanzern, Computern, Sondergerichten und Isolationsknästen.« Aber das ist schon so lange her wie: »Der verschwiegene Konsens der westdeutschen Nachkriegsdemokratie hatte etwas mit dem Einverständnis von Ganoven zu tun, die seriös geworden waren ... aber die fettfeiste Großmäuligkeit der entnazifizierten Musterdemokraten vermochte die Berge ausgemergelter Leichen in den KZs der Nazis nicht vergessen zu machen.« In zehn Jahren wurde die »fettfeiste Großmäuligkeit« zur »besonderen Aura« und das Modell Deutschland »gar nicht einmal so falsch«. Wenn die Grünen dieses Tempo halten ...)

Bei aller Wertschätzung für Helmut Schmidt kommt auch Cohn-Bendit nicht ohne einen kräftigen Hieb gegen die Sozialdemokratie über die Runden. Die mangelnde Unterstützung der deutschen Entspannungspolitik für die osteuropäische Opposition beklagend, findet er einen, der diesen Makel nicht hat: »Der einzige, der das durchgehalten hat, war Reagan ... Es gefällt mir auch nicht. Mir wäre lieber gewesen, es wäre Willy Brandt gewesen.« So waren die Sozialdemokraten (derVergangenheit) nicht nur Schuld am Experiment der Egalität, sondern auch Handlanger des Kommunismus – viel mehr war ihnen von rechtsaußen auch nie vorgeworfen worden.

»Ehrlich« soll die Politik sein, meint Cohn-Bendit, den unteren Klassen soll man offen sagen, daß sie zum Zwecke der Standortsicherung geschröpft werden – und in der Außenpolitik soll das »nationale Interesse« der Maßstab sein, ohne Menschenrechts-Ideologisierung: »Es mag sein, daß der Kanzler wegen der ökonomischen Krise in Deutschland nach China fahren muß. Dann soll er aber nicht so tun, als ob man gleichzeitig die Menschenrechte verteidigt ... Man muß dann vielmehr sagen: In dieser historischen Situation sind wir gezwungen (!), etwas eigentlich Unmoralisches zu machen.« Erst kommt Deutschland, dann kommt die Moral, eine taugliche Formel des Übergangs – bis Deutschland dienen das Moralische schlechthin ist. Das macht zwar praktischkeinen Unterschied, aber ein besseres Gefühl.

Die Grünen rasen nach rechts, aber nicht an den rechten Rand des politischen Spektrums, denn wo gestern rechts war, ist heute die Mitte. Sie wollen »hin zu einer Mittelpartei« (Raschke), denn die kommenden Wahlen werden »im wesentlichen in der Mitte der Gesellschaft entschieden« (Kuhn), weswegen man »Volkspartei« (Sager) sein und der Versuchung, »lediglich das linke Vakuum zu besetzen« (Fücks), widerstehen müsse.

Wer in der Mitte sein will, muß sozialdemokratisches »Anspruchsdenken« (auch in den eigenen Reihen) abstreifen, muß den Wunsch nach einer Grundsicherung von 1.500 Mark und jede Vorstellung einer Umverteilungspolitik von oben nach unten mit dem Hinweis, welch scheues Reh das Kapital doch sei, kontern: »Kursverfall, Bundesbank, Investitionseinbrüche etc.« würden jede Umverteilung »schneller beenden, als sie zu Papier gebracht wurde« (Fischer). Jede realistische Politik beweist sich an der »Frage des internationalen Standortwettbewerbs, also der Akzeptanz bei Steuerbürgern und Unternehmen, denen alternative Anlagemöglichkeiten rund um die Welt offenstehen« (Fücks). Es sei schon ein Trauerspiel, so der grüne Wirtschaftsexperte, wie nicht nur Automobilindustrie und Maschinenbau in Deutschland in den Keller gehen, sondern auch »in der Luft- und Raumfahrtbranche« die Produktion rückläufig ist, weil »Politik und Industrie es versäumt haben, die Produktionsabläufe zu modernisieren und zukunftsfähige Technologien, Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln«. Das wird sich mit den Grünen »in Verantwortung« ändern, denn erstens versprechen sie, Subventionen für überholte Industriestrukturen, wie den Steinkohle-Bergbau, konsequenter abzuschaffen, als Lambsdorff es je wollte; zweitens werden sie »wettbewerbsfähige Produktlinien über eine großangelegte Innovationsoffensive gewinnen; und drittens dienen sie sich als diejenigen an, die wirkliche Standortvorteile schaffen: »Die Finanzierung staatlicher Zuschüsse zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung durch Öko-Abgaben wäre sogar durchaus wünschenswert: sie senkt die Lohnnebenkosten.«

Kombiniert man das alles mit einer »neuen Sozialpolitik, die wieder stärker auf gesellschaftliche Eigenverantwortung und Selbsthilfe setzt«, nimmt man also Abschied vom »sozialdemokratischen Modell des Wohlfahrtsstaats, das vom Anspruch umfassender staatlicher Sozialleistungen von der Wiege bis zur Bahre ausging«, dann ist schon richtig, daß man für diese Deregulierung Manager braucht, »aber keine Sozialarbeiter«, wie Tom Koenigs erklärte.

Der grüne Stadtkämmerer von Frankfurt hat feinsinnig die Zeichen der Zeit erkannt und sein Bekenntnis, der »Haushalt müsse endlich unternehmerisch gestaltet werden«, eng an das erfolgsträchtige Konzept von Ross Perot (»Ich werde den Staat führen wie mein Unternehmen«), aber auch der Statt-Partei angelehnt. Die Berufung des Bankers Nierhaus (Deutsche Bank) zum »Referenten« und ein Beraterkreis, in dem ein Deutsche-Bank-Direktor, ein Aufsichtsratsvorsitzender des größten deutschen Bauunternehmens (Holzmann AG), ein ehemaliger Präsident der Bundesbahn und heutiger Banker sowie der Ex-Präsident des Bundesrechnungshofes sitzen, suggeriert geradezu idealtypisch, daß hier nicht (Partei-)Politik getrieben, sondern »objektive Notwendigkeiten« exekutiert werden. Graf Waldersdorff, der Deutsche-Bank-Direktor, betrachtet seine Mitarbeit »als Bürger- und Patriotenpflicht«.

Da haben wir ihn doch, den Bourgeois mit Citoyen-Bewußtsein, den Antje Vollmer sich so sehr wünscht. Und man muß noch nicht einmal fordern, daß er Tom Koenigs aus dem Amt verdrängt – der ist schließlich selbst Bankiers-Sohn und hat nach einigen Umwegen dorthin zurückgefunden, wo er hingehört: in die Mitte.

Thomas Ebermann schrieb zusammen mit Rainer Trampert in KONKRET 9/93 über die Restauration Deutschlands

Konkret 03/94, S. 30

Heiner Möller

Gebt uns vier Jahre Zeit!
Brunner Statt Schönhuber

In atemberaubendem Tempo bewegen sich mittelständische Protestparteien und ihre grünen Konkurrenten nach rechts. Thomas Ebermann hat Antje Vollmer und Daniel Cohn-Bendit allerlei Programmatisches abgelauscht. Heiner Möller hat Manfred Brunners »Bund Freier Bürger« und seine Stichwortgeber unter die Lupe genommen

Überwiegend der Parteipolitik überdrüssige, demokratisch gesonnene Bürger sollen es sein, die in den letzten Monaten aufgebrochen sind, die Bonzen der etablierten Parteien das Fürchten zu lehren. Von der »Ost-Partei Deutsche Einheit (OPDE)« bis zur »Deutschen Mitte (DM)« reichen die Neugründungen der Antiparteien des aufgebrochenen Mittelstands. Ihre derzeitigen Prachtexemplare sind Markus Wegners Statt-Partei und Manfred Brunners »Bund Freier Bürger (BFB)«, die ihre reichsweite Ausdehnung beschlossen haben.

Ob sie 1994 ernsthafte Wahlkonkurrenten nicht nur auf kommunaler, sondern auch auf Länder- und Reichsebene werden können, ist angesichts ihrer Zersplitterung offen. Ein deutscher Ross Perot, Jörg Haider oder Silvio Berlusconi ist zur Zeit nicht auszumachen. Doch deren Programm sieht dem der deutschen Kritiker des »Parteienstaats« zum Verwechseln ähnlich: »Zu Felde zieht jetzt das Italien, das arbeitet, gegen jenes, das nur schwatzt, das sparsame gegen das diebische, das Italien der Bürger gegen das der alten Parteien« (Berlusconi zum Start seiner »Forza Italia«).

Daß sie den Prozeß der rechten Parteibildung und Radikalisierung des deutschen Bürgertums forcieren und möglicherweise das Schmuddelimage der REPs aufpolieren können, ist ein durchaus wahrscheinlicher Effekt ihrer Sammlungsbemühungen, der es verbieten sollte, sie zu »spießigen Konservativen« und »sich aus der Welt der politischen Absichten und Inhalte völlig verabschiedenden« bürgerlichen Basisdemokraten zu verharmlosen, wie G. Kolodziej dies in KONKRET (12/93) mit der Statt-Partei getan hat.

Sicher, die Statt-Partei fordert nicht »Ausländer raus«. Regiert wird von Fall zu Fall: Das kommunale Wahlrecht für Nichtbesitzer deutscher Pässe wird in internen Verhandlungen gestrichen; die Verweigerung der Parteimitgliedschaft für Ausländer treuherzig damit begründet, daß der Verein halt Wahlverein sei und wahlberechtigt nun einmal nur Deutsche seien (Wegner). Und der Vorstoß des 1. Bürgermeisters der Stadt Hamburg, Henning Voscherau, gegen die »Überfremdung« einiger Hamburger Stadtteile fand allemal den Beifall seines Regierungspartners.

Brunners BFB, potentieller Statt-Partner und bürgerlicher Konkurrent, ist in seiner Begründung ideologiefreier Politik ideologischer und REP-kompatibler. »Jede Nation hat ein angeborenes Bedürfnis nach Identität«, naturalisiert Brunner den BFB-Kampf gegen Maastricht und für »die nationale Eigenständigkeit unseres Landes« (der Ex-FDP-Europaabgeordnete Thiez). Die Programmforderung, den »unkontrollierten und dem Gemeinwohl schädlichen Zustrom aus Drittstaaten nachhaltig zu beschränken«, ist deutlich, aber in diesem Land kaum besonders rechts, wie die Zustimmung zur Abschaffung des Individualrechts auf Asyl bis weit in die SPD hinein gezeigt hat.

Möglicherweise hat Brunners BFB deswegen mehr Chancen als die Statt-Partei, weil sie programmatisch Expansionsziele deutscher Politik aufgenommen hat, die seit der DDR-Übernahme bei den politischen Eliten und in allen Parteien Befürworter finden: die (West-)Europakritik der Maastricht-Gegner, die Öffnung der Europäischen Union nach Osten, Plädoyers für weltweite Bundeswehreinsätze, Beibehaltung der D-Mark und eine neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Stärker als bei der Statt-Partei sind im BFB die Übergänge zu den parteimäßig organisierten Altkonservativen und den Jungkonservativen, die Weimarer Traditionen wiederbeleben wollen. Die Orientierung Brunners an Haider (»mein Freund«) und seiner FPÖ signalisiert die Kopie des Versuchs, die Konservativen »moderner, zeitgemäßer, beweglicher« zu organisieren, wie das rechte, strategisch diskutierende Organ »Nation und Europa« seine Sympathie für Brunners freien Bürgerversuch bekundete. Haiders Bemühen um eine »Freiheitliche Union« rechter Parteien in Westeuropa wird im deutschen und österreichischen Wahljahr 1994 seit Januar von einem eigenen Privatsender – »Radio Freies Europa« – , der von Italien aus täglich mehrstündig sendet, unterstützt. Brunner selbst und sein Militärexperte General a.D. Kießling publizieren in der »Jungen Freiheit«. Ihren Start zur Wochenzeitung unterstützte auch der unvermeidliche Peter Gauweiler, Erfinder der Wortschöpfung »Esperantogeld« (für den Ecu). Er hat Brunners ersten Anlauf zur Sammlung der Maastricht-Kritiker Ende 1992 in der Stiftung »Demokratie und Marktwirtschaft (DM)« begleitet, zusammen mit Hubert Weinzierl vom BUND und dem Historiker Arnulf Baring, dem Propagandisten der Umwandlung Deutschlands von einem westeuropäischen zu einem mitteleuropäischen Führungsstaat. Daß der frühere bayerische Innenminister Seidl (CSU) Brunners Maastrichtklage unterstützt hat, bekommt nachträglich noch eine besonders pikante Note, weil der Fürst des Presseimperiums der faschistischen DVU, Frey, Seidl nach dessen Tod im letzten Jahr als »Freund und Berater« geoutet hat. Mit Regina Freifrau von Schrenck-Notzing sitzt zudem die Ehefrau des Herausgebers der rechten Monatsschrift »Criticón« im Bundesgremium des BFB.

Katalysator für die rechtskonservativen Sammlungsbewegungen mit Reichweite bis ins faschistische Lager ist die Parteienkritik. Stichwortgeber und Gauck-Behörde der Parteienkritik ist Hans Herbert von Arnim, dessen Bücher ebenso wie die Pamphlete des rechtskonservativen Kölner Klüngelautors Erwin K. Scheuch die Programme der Bürgerparteien inspiriert haben. Titel wie »Der Staat als Beute«, »Demokratie ohne Volk«, »Staat ohne Diener«, so die Bücher von Arnims, kennzeichnen exakt das politische Grunddenken: für das Gemeinwohl statt Kampf der Interessen; das Volk, nicht Parteien sollen entscheiden; das Ideal des Politikers als demütiger Diener seines Volkes – all dies bedient das verbreitete rechte Vorurteil über die Politik als schmutziges Geschäft der »politischen Klasse«. Von Arnim will, wie er vor wenigen Wochen erklärte, die »gedankliche Grundlage mitliefern« für eine »neue Partei der Bundesrepublik«, deren Probelauf er sich bei der Europawahl wünscht. Seine Intention: die »Plebiphobie«, das »unwürdige Mißtrauen gegenüber dem Volk«, zu überwinden, die das Grundgesetz der postfaschistischen BRD geprägt habe.

»Entparteilichung des öffentlichen Lebens«, »Stärkung plebiszitärer Elemente« heißt die programmatische Umsetzung dieses Ziels in Brunners Bürgerbund. Die Plebs als ressentimentgeladene nationale Gemeinschaft, die die D-Mark als deutsches Erbgut gegen die schwindsüchtigen Währungen der europäischen Partner verteidigt – darauf spekuliert die Volksabstimmung fordernde Anti-Maastricht-Fronde der Brunner & Co. Daß es den Filzgegnern nicht um das gemeine Volk, sondern um eine andere Form der Elitenbildung gegen die »Negativauslese« des »Parteienstaats« geht, machte Scheuch in seiner Parteienstudie 1992 deutlich: Unter 600 einflußreichen politischen Persönlichkeiten befänden sich in Deutschland nur 20 Prozent Wirtschaftsvertreter, weswegen die Wirtschaft auch eine »zu vernachlässigende Größe« der Parteipolitik sei.

Was »Sachkompetenz« und die Installierung »berufserfahrener und unabhängiger Bürger« (Programm des BFB) in Führungspositionen meint, hat die Statt-Partei in Hamburg vorgemacht. Ihre Programmforderung nach »ideologiefreier Politik«, die sich »auf das Gemeinwohl« ausrichten soll, brachte »die Wirtschaft« pur auf einen Senatorenposten: Wirtschaftssenator wurde ein Mitglied der Hamburger Handelskammer. In Wirtschafts- und Finanzfragen muß die Wirtschaft selbst etwas unternehmen. Davon verstehen weder Volk noch Politiker genug, was das Volk auch glaubt, wie der »Spiegel« berichtet: Mehr als die Hälfte der Wähler hält die Chefs der deutschen Wirtschaft für klüger als die Politiker.

In modernisierter Form aufersteht so die Kritik der antidemokratischen deutschen Rechten der Weimarer Republik am politischen Liberalismus, die der Faschismus dann zur totalitären Staatsidee geformt hat – »im Ganzen das Gleichgewicht der wirtschaftlichen Interessen und Kräfte« herzustellen, nahm Mussolini sich vor. »Der charismatisch-autoritäre Führergedanke ist schon präformiert in der liberalistischen Feier des genialen Wirtschaftsführers, des ›geborenen‹ Chefs«, schrieb Herbert Marcuse 1934 und fügte hinzu: »Die Wendung vom liberalistischen zum total-autoritären Staat vollzieht sich auf dem Boden derselben Gesellschaftsordnung.« Die politische Krise als Überformung der wirtschaftlichen brachte in Weimar eine nationalistisch und völkisch geprägte Parteienkritik hervor, die die Begleiterscheinung jeder Krise, den Machtkampf von Parteien und Verbänden und den darauf basierenden Kompromißcharakter von Politik, zum Feind erkor. Nicht die Klassengesellschaft, sondern deren politische Repräsentanten als Schädiger eines nur im Metabereich aufzufindenden Ganzen, das Volk (oder später Volksgemeinschaft) genannt wurde, sind zum Gegenstand der Kritik der »Jungkonservativen« geworden.

Alle Muster der gegenwärtigen Parteienkritik von rechts waren in Weimar lebendig: Korruption, Skandale, der Staat als »Beutesystem nach amerikanischem Muster«, schließlich der Vorrang des plebiszitären Gedankens vor der repräsentativen Demokratie – all diese Stereotypen wurden herangezogen, um die Ablehnung des Weimarer »Parteienstaats« zu begründen und die »Herrschaft der Minderwertigen« (Edgar Julius Jung) anzuprangern, die er hervorbringe.

Heutige Rechtskonservative und ihre Sympathisanten aus der Linken, die ihre Kritik »ideologiefrei« verstanden wissen wollen, meiden offenen Rassismus und Nationalismus, mühen sich, Parteienkritik und die Diskussion um eine neue »nationale Identität« voneinander zu trennen bzw. das »Schmuddelige« der Wahrnehmung zu entziehen. Von Arnim erkennt in Italien »Aufbruchsstimmung und Geist der Erneuerung« (1993) und nicht Faschisierung. Der »taz«-Italien-Korrespondent Werner Raith sortiert noch: »Abscheu« vor dem Lega-Rassismus, der »xenophoben Selbstdarstellung des ›Liga‹-Volkes«, »Anerkennung, daß eine einigermaßen wirkungsvolle Kraft zur Zerstörung des bisherigen versumpften, korrupten, ausbeuterischen und in großen Teilen mafiosen Machtapparates außerhalb der ›Ligen‹ nicht vorhanden ist«.

Die »taz«, eifrig bemüht, die verfilzte Hamburger SPD als Modernisierungshemmnis zu entlarven, hat nach anfänglicher Sympathie für den »Erneuerer« und »CDU-Rebellen« Wegner (wegen dessen Nähe zum ökolibertär-realpolitischen Flügel der GAL) auf das heftige Klagen des enttäuschten Liebhabers umgeschaltet. Auch Wegner habe sich nicht als besserer Mensch, sondern als Machtpolitiker erwiesen, der nicht über den Parteien, sondern »nur« für seine eigene stehe. Immer noch sind sie auf der Suche nach einer Partei, die nicht links, nicht rechts, sondern vorn ist. Etwas Besseres als bei ihren dezidiert nationalistischen Vorläufern wird dabei kaum herauskommen.

Heiner Möller schrieb in KONKRET 10/93 über die »Unschuld der Begriffe« in der Rassismus-Debatte

Konkret 03/94, S. 32

ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

jeder ist uns der nächste 24

Donnerstag, 2.12. –

Die Bundesregierung antwortet auf eine kleine Anfrage, daß die Zahl der gegen türkische Einrichtungen oder Staatsbürger gerichteten Anschläge und Angriffe in den vergangenen zwei Jahren sprunghaft gestiegen ist. Das Bundeskriminalamt registrierte 1991 insgesamt 129 Brandanschläge oder Angriffe auf Personen, 1992 waren es 219. 1993 wurden bis zum 10. November bereits 317 gegen Türken gerichtete Taten registriert.

Sonntag, 5.12. –

Der CSU-Parteivorsitzende Theo Waigel erklärt zum Abschluß einer zweitägigen Klausursitzung des CSU-Vorstandes in Wildbad Kreuth, daß die CSU in den Wahlkämpfen des Jahres 1994 das »Ausländer- und Asylproblem« in den Mittelpunkt stellen will. Zu den »harten Themen«, die herausgearbeitet werden sollen, gehöre auch die Frage der nationalen Identität und die »Angst vor Überfremdung«.

Montag, 6.12. –

In Berlin Mitte wird das Haus, in dem sich ein sorbisches Kultur- und Informationszentrum befindet, mit Hakenkreuzen beschmiert. Dies ist bereits der fünfte Vorfall dieser Art seit 1992. –

In Griesheim/Hessen werfen sechs oder sieben dunkel gekleidete, unbekannte Täter mit Flaschen fünf Fensterscheiben eines Asylbewerberheims ein. Nach Angaben der Polizei könnte es sich bei den Tätern um Skinheads handeln, die wenige Stunden zuvor einen aus Afghanistan stammenden Asylbewerber in einem Lokal angepöbelt hatten. –

82 Prozent der Jugendlichen in den neuen Bundesländern haben kein Verständnis für Gewalt gegen Ausländer und Asylbewerber. Dies ist das Ergebnis einer Studie des Bundesministeriums für Frauen und Jugend. Danach empfinden 58 Prozent Scham über das ausländerfeindliche Verhalten ihrer Mitbürger. –

Das Landgericht Mannheim verurteilt fünf rechtsradikale Angeklagte im Alter zwischen 20 und 31 Jahren wegen Gewalttaten gegen afrikanische Asylbewerber im Oktober 1991 zu Freiheitsstrafen zwischen neun Monaten und mehr als drei Jahren.

Dienstag, 7.12. –

Ein sowjetischer Ehrenfriedhof in Leipzig wird zum dritten Mal geschändet. In der Ehrenanlage für Soldaten der Roten Armee werden 48 Steine umgestürzt, auf dem angrenzenden Teil des Friedhofs weitere 80. Bereits am vergangenen Wochenende waren auf dem Ehrenfriedhof 100 Gräber geschändet worden. –

Unbekannte Täter beschmieren das Mahnmal für die während der NS-Zeit deportierten Sinti und Roma in Wiesbaden mit rechtsradikalen Symbolen und einem Schriftzug. –

In Berlin drangsalieren fünf Skinheads einen 21jährigen Liberianer mit Tritten, beschimpfen ihn mit ausländerfeindlichen Parolen und versuchen, ihn aus der fahrenden U-Bahn zu werfen.

Mittwoch, 8.12. –

Wie das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln mitteilt, ist die Zahl rechtsextremer Gewalttaten in den ersten elf Monaten des Jahres 1993 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 28 Prozent von 2.366 auf 1.699 zurückgegangen. Durch rechtsextreme Gewalttaten wurden 1993 acht Menschen getötet, 1992 gab es nach Erkenntnis der Behörden 17 Todesopfer. –

Ein Berliner Schöffengericht verurteilt zwei 22 und 26 Jahre alte Männer wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Volksverhetzung zu acht und sechs Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung. Die Männer hatten am 16. Oktober 1992 in angetrunkenem Zustand auf der Straße den Hitlergruß gezeigt und ausländerfeindliche Parolen gerufen. –

Der Zweite Strafsenat des Oberlandesgerichts Schleswig verurteilt die wegen der Morde von Mölln angeklagten Lars Christiansen, 20, und Michael Peters, 26, zu Höchststrafen. Peters wird zu lebenslänglich verurteilt, Christiansen erhält als Heranwachsender zehn Jahre, die Höchststrafe nach dem Jugendrecht. –

Das Schöffengericht Berlin-Moabit verurteilt zwei 22 und 26 Jahre alte Betonbauer zu sechs und acht Monaten Haft auf Bewährung. Die beiden Männer hatten im Oktober 1992 nach einem gemeinsamen Zechgelage auf offener Straße in Schöneberg ausländerfeindliche Parolen gebrüllt und dabei den Hitlergruß gezeigt.

Donnerstag, 9.12. –

Wie die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS mitteilt, registrierte das Bundeskriminalamt im Oktober insgesamt 267 fremdenfeindlich motivierte Straftaten. Dabei handelt es sich um 18 Brandanschläge, 42 Angriffe gegen Personen sowie 207 »sonstige Straftaten«. Insgesamt wurden 46 verletzte Personen registriert.

Samstag, 11.12. –

Die Dresdner Ausländerbeauftragte Maria Schieferdecker-Adolph wird bei einer Diskussion im Jugendclub »Espe« von Düsseldorfer Rechtsextremen als »Judensau« und »Türkenweib« beschimpft. Eine Jugendliche drückt eine Zigarette am Hals der Ausländerbeauftragten aus, nachdem ihr andere zuvor Bier ins Gesicht geschüttet haben.

Montag, 13.12. –

Hamburgs Bürgermeister Voscherau spricht sich in der »Bild«-Zeitung für einen Zuzugsstop für Ausländer in einzelne Stadtteile von Großstädten aus. Er wünsche sich, um Ghettobildung zu verhindern, »kommunale Instrumente zur Steuerung der Binnenwanderung in Hamburg«. Dazu sei er auch zu einer Grundgesetzänderung bereit. Zwei Tage später entschuldigt sich Voscherau für seine Äußerungen. –

Die nordrhein-westfälische Gleichstellungsministerin Ilse Ridder-Melchers, SPD, legt die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage unter 1.045 Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren vor. Danach neigen junge Frauen mit rechtsextremem Gedankengut weniger zu Gewalt als ihre männlichen Gesinnungsgenossen gleichen Alters. Allerdings sei die Forderung nach einer »starken Hand« bei Mädchen und jungen Frauen weit verbreitet. Rechtsautoritäres Denken, dem 15 bis 20 Prozent der Mädchen anhängen, sei offenbar »die weibliche Variante des Rechtsextremismus«. –

Das Jugendschöffengericht in Berlin-Moabit verurteilt Lars S., 20, wegen gefährlicher Körperverletzung, Verwendens von NS-Kennzeichen sowie Diebstahls zu einer Jugendstrafe von zehn Monaten. Lars S. war an wiederholten Übergriffen und Überfällen auf einen türkischen Imbißbudenbesitzer beteiligt. Da er sich von der rechtsradikalen Szene losgesagt haben will, setzen die Richter die Strafe zur Bewährung aus.

Donnerstag, 16.12. –

Ein Mitglied des baden-württembergischen Landtags, der Republikaner Richard Eckert, bezeichnet gegenüber einem Schüler Brandanschläge auf Ausländer als eine Art »Selbsthilfe des Bürgers«. Innenminister Birzele (SPD) fordert die Republikaner auf, ihren Abgeordneten Richard Eckert wegen dieser »neonazistischen« Äußerungen auszuschließen. Dies wird von Fraktionschef Schlierer abgelehnt.

Samstag, 18.12. –

Bei der Explosion einer Paketbombe in Melle/Niedersachsen werden vier Kosovo-Albaner verletzt. Der Mann, 32, seine Frau, 23, und zwei Kinder müssen in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Der Mann ist lebensgefährlich verletzt. Das in Frankfurt/Main aufgegebene Paket enthielt ein präpariertes Kofferradio, das beim Einschalten explodierte. –

Nach einer Befragung des Offenbacher Marplan-Instituts unter 3.100 in Deutschland lebenden Ausländern aus der Türkei, Italien und dem früheren Jugoslawien ist jeder zweite schon einmal von Deutschen beschimpft, jeder fünfte sogar tätlich angegriffen worden. 32 Prozent der Befragten halten die Deutschen für »eher ausländerfeindlich«. –

Rechtsextreme Täter schänden den Fried-hof von Groß Leuthen im Spreewald südlich von Berlin. 15 Gräber werden stark beschädigt, auf den Erdboden zeichnen die Täter SS-Runen.

Sonntag, 19.12. –

Brandanschlag auf eine türkische Gaststätte und einen nahegelegenen Kebab-Stand in Darmstadt. Es entsteht ein Sachschaden von 20.000 Mark. –

In der Grenzstadt Forst werden mehrere Hauswände in der Nähe eines Wahllokals mit SS-Runen beschmiert.

Montag, 20.12. –

Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Griesheim/Hessen. Die frühzeitig ausgelöste Alarmanlage führt zur Flucht des Täters. Der brennende Brandsatz vor der Haustür kann gelöscht werden. –

Die CDU im Römer in Frankfurt/Main fordert in einem Antrag an die Stadtverordnetenversammlung, Sozialleistungen für Flüchtlinge so weit wie möglich nur noch in Form von Wertgutscheinen zu gewähren.

Dienstag, 21.12. –

Das Kieler Landgericht verurteilt neun 16 bis 25 Jahre alte Skinheads, die im Oktober 1992 in Borgstedt/Schleswig-Holstein einen Brandanschlag auf ein Obdachlosenheim verübt haben, zu Haft- und Jugendstrafen zwischen 18 und 39 Monaten. –

An der Duisburger Universität verteilt ein »Nationaler Studentenbund Deutschland« (NSBD) Flugblätter, in denen zur Jagd auf »Volksschädlinge« aufgerufen wird. Zu diesen zählen die Verfasser der Flugblätter »Kanaken, Schwule, Lesben, Abtreiberinnen und Emanzen«.

Mittwoch, 22.12. –

Das Landgericht Potsdam verurteilt vier 17 bis 19 Jahre alte rechtsradikale Jugendliche wegen Beihilfe zum versuchten Mord an einem Nigerianer zu Haftstrafen zwischen drei und vier Jahren. Die Angeklagten hatten im Mai 1992 in Wendisch Rietz/Brandenburg den bereits verurteilten Kai M. dazu angestachelt, den Nigerianer in einer Diskothek bewußtlos zu schlagen und dann in einen See zu werfen. Der Nigerianer überlebte die Tat nur knapp.

Donnerstag, 23.12. –

In letzter Minute kann ein Anschlag auf ein Asylbewerberheim in Hohenstein-Steckenroth bei Wiesbaden verhindert werden. Unbekannte stecken ein vor dem Heim abgestelltes Auto in Brand. Die Heimbewohner können das Feuer frühzeitig löschen. Die in dem Auto deponierte Bombe wird rechtzeitig entdeckt. Einen Tag später wird ein 20jähriger Mann festgenommen, der bereits eine ausländerfeindliche Brandstiftung begangen hat. Der Mann ist geständig. –

Der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs bestätigt bei einem Haftprüfungstermin die Haft für die vier jungen Männer, die als Tatverdächtige von Solingen seit Ende Mai in Untersuchungshaft sitzen.

Freitag, 24.12. –

Brandanschlag auf ein Aussiedlerheim in Werbig bei Jüterbog/Brandenburg. Unbekannte werfen einen sogenannten Nebelkörper durch eine offene Tür des Hauses. Es entsteht nur geringer Sachschaden.

Samstag, 25.12. –

Brandanschlag auf ein türkisches Lebensmittelgeschäft in Kaltenkirchen/Schleswig-Holstein. Unbekannte werfen einen Brandsatz durch die Glastür des Ladens. Da die Alarmanlage Signal gibt, kann das Feuer sofort gelöscht werden.

Dienstag, 28.12. –

Unbekannte schänden einen Friedhof in Essen mit Nazisymbolen. Die Täter besprühen 15 Grabsteine und die Eingangstür zur Trauerhalle mit Hakenkreuzen und SS-Runen.

Mittwoch, 29.12. –

Wegen des Paketbombenanschlags auf eine albanische Familie in Melle nimmt die Polizei einen 14jährigen Kroaten fest. Er soll die Tat gemeinsam mit seinem flüchtigen 19 Jahre alten Bruder begangen haben. Gegen den 14jährigen läuft bereits ein Ermittlungsverfahren wegen fremdenfeindlicher Beleidigungen und Bedrohungen.

Samstag, 1.1.1994 –

In Moisburg bei Winsen/Luhe grölen 15 Rechtsradikale vor einer Diskothek auslän-derfeindliche Parolen. Daraufhin kommenetwa 30 überwiegend türkische Besucher ausder Diskothek. Es kommt zu einer Massenschlägerei, bei der sieben Menschen verletzt werden. –

Überfall auf ein Asylbewerberheim in Straubing in Niederbayern. Etwa zehn junge Frauen und Männer dringen in das Heim ein und treten acht Türen ein. Die Polizei nimmt drei Personen fest. –

Brandanschlag auf einen von mehr als vierzig Asylbewerbern bewohnten Wohncontainer in Speyer/Rheinland-Pfalz. –

Eine Gruppe von etwa fünf bis sechs Jugendlichen überfällt ein Asylbewerberheim in Eppertshausen bei Darmstadt. Sie schlagen ein Fenster ein, beschädigen einen Rolladen und zerschlagen die Scheibe eines im Hof geparkten Autos.

Montag, 3.1. –

In Sellin auf der Insel Rügen werfen zwei Jugendliche zwei Reizgas-Wurfkörper, die wahrscheinlich aus alten NVA-Beständen stammen, auf das Gelände eines Übersiedlerheims für Wolgadeutsche und Weißrussen. Verletzt wird niemand.

Dienstag, 4.1. –

Wie das niedersächsische Innenministerium mitteilt, ist die Zahl der Straftaten gegen Ausländer in Niedersachsen 1993 gegenüber dem Vorjahr um 36 Prozent gesunken. Bei den 374 im Jahr 1993 registrierten Straftaten handelt es sich in 120 Fällen um Straftaten gegen Asylbewerberunterkünfte.

Donnerstag, 6.1. –

In Kressbronn bei Friedrichshafen am Bodensee setzt ein Unbekannter mit einem Molotowcocktail das vor einem Asylbewerberheim geparkte Auto eines Flüchtlings aus Ex-Jugoslawien in Brand.

Freitag, 7.1. –

Nach Angaben des Polizeipräsidiums wurde ein 30jähriger Deutscher aus Höchst/Hessen unter dem dringenden Verdacht festgenommen, den am Silvesternachmittag tot aufgefundenen 24jährigen Türken aus Babenhausen getötet zu haben. Das Opfer war mit zwei Pistolenschüssen getötet worden. –

Die Schwedter Polizei hat 1993 insgesamt 120 Straftaten mit rechtsradikalem Hintergrund registriert. 182 Tatverdächtige, darunter Mehrfachtäter, wurden ermittelt. In 54 Fällen laufen Untersuchungen wegen Körperverletzung und in sieben Fällen wegen Landfriedensbruchs. 34 Anklagen wurden erhoben, 15 Urteile gefällt.

Samstag, 8.1. –

Die CSU kündigt erneut an, die Angst vor »Überfremdung« in Deutschland zum Thema zu machen. »Wenn wir es nicht tun, würden es Rattenfänger und Scharlatane tun«, so der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe in Bonn, Glos, nach einer Tagung der Landesgruppe in Wildbad Kreuth.

Dienstag, 11.1. –

In Bayreuth versucht ein Mann, die Wohnung seiner albanischen Nachbarin anzuzünden. Die Frau überrascht den 61jährigen zusammen mit seinem 12jährigen Sohn, als sie mit einem Packen alter Zeitungen ihre Tür in Brand setzen. Die Polizei nimmt den Mann fest. –

Auf der Einkaufsstraße Zeil in Frankfurt/Main kommt es zu einer Massenschlägerei zwischen 20 bis 25 Nordafrikanern und mehreren Deutschen. Fünf Personen werden festgenommen. Die Hintergründe des Streits sind unklar. –

Auf dem Erfurter Hauptbahnhof schlagen drei Jugendliche eine 23jährige schwangere Frau aus Nigeria und treten sie in den Unterleib. Die Frau muß mit starken Schmerzen in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Die Polizei nimmt drei Tatverdächtige im Alter zwischen 16 und 22 Jahren fest.

Donnerstag, 13.1. –

In Dresden beschmiert ein 40jähriger das Denkmal für die Opfer des faschistischen Terrors mit dem Wort »Abreißen«. Er wird von verdeckten Fahndern auf frischer Tat ertappt. Seit Ende 1992 habe der Mann das Denkmal bereits mehrfach beschmiert. –

Nach Angaben des Verfassungsschutzes ist die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten 1993 im Vergleich zum Vorjahr gesunken. 1993 wurden 1.814 Angriffe gegen Ausländer, Juden und sozial Schwache registriert (1992: 2.584, 1991: 1.483). Acht Menschen starben 1993 als Opfer rechtsextremistischer Gewalt (1992: 17, 1991: 3). Unter den insgesamt verübten Gewalttaten nahmen die gegen Ausländer gerichteten Angriffe von 2.283 auf 1.322 ab, zugenommen haben dagegen Attacken gegen Obdachlose und Behinderte von 145 auf 324. Die Zahl der Sprengstoff- und der Brandanschläge ging von 14 auf vier bzw. von 708 auf 302 zurück. Von den 1.814 Gewalttaten mit erwiesenem oder vermutetem rechtsextremistischen Hintergrund wurden rund 25 Prozent in Ost- und 75 Prozent in Westdeutschland verübt. Bezogen auf die Einwohnerzahlen in den einzelnen Bundesländern wurden in Brandenburg mit Abstand die meisten Angriffe gezählt (6,76 je 100.000 Einwohner). Am unteren Ende der Liste stehen Bayern (0,94), Rheinland-Pfalz (0,72) und das Saarland (0,19).

Freitag, 14.1. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Ludwigshafen-Oppau/Rheinland-Pfalz. Ein Mann bricht sich während der Panik nach Ausbruch des Feuers ein Bein, eine Frau erleidet schwere Prellungen. Acht Personen müssen sich mit Rauchvergiftungen in ambulante ärztliche Behandlung begeben. Die Polizei nimmt kurz darauf einen 34jährigen Deutschen unter Tatverdacht fest.

Samstag, 15.1. –

Brandstiftung in einem unbewohnten ehemaligen Asylbewerberheim in Ingolstadt. Es entsteht ein Sachschaden von 200.000 Mark. –

In Cottbus, Lübbenau und Boblitz/Oberspreewald-Lausitz registriert die Polizei binnen 24 Stunden in vier Fällen Nazischmierereien an öffentlichen Plätzen. –

Auf dem russischen Ehrenfriedhof in Wittenberge/Prignitz wird ein Grabstein aus der Verankerung gerissen und umgestürzt.

Montag, 17.1. –

Das Amtsgericht Suhl verurteilt Silvio Eschrich, 21, und Tino Voelkel, 16, als Haupttäter des Skinheadüberfalls auf US-Rodler in Oberhof zu Jugendstrafen von zwei Jahren und acht Monaten bzw. einem Jahr. –

In Frankfurt/Main nehmen Polizeibeamte des 1. Reviers den Marokkaner Mohammed B., 25, zur Personalienfeststellung mit auf die Wache, weil sie sein Sporttrikot mit einem Einbruch in Verbindung bringen. Dort wird B. nach eigenen Aussagen das Trikot, das ihm seine Frau geschenkt hatte, unter Zwang ausgezogen. Die Polizisten verletzen ihn durch

einen Schlag mit dem Griff einer Dienstwaffe. Ein Arzt näht die knapp zehn Zentimeter lange Wunde am Hinterkopf. Die beschuldigten Beamten weisen die Vorwürfe zurück. Die Kopfverletzung habe sich B. zugezogen, als er auf einer Bank saß und den Kopf mehrfach gegen die Wand bewegte.

Dienstag, 18.1. –

Nach Angaben von Oberstaatsanwalt Wolfgang Lehmann vom Landgericht Frankfurt/Oder wurden dort 1993 insgesamt 163 Anklagen gegen 264 Tatverdächtige wegen ausländerfeindlicher oder rechtsradikaler Delikte erhoben. Bisher seien in 65 Fällen Urteile gegen 101 Angeklagte ergangen. »In einigen Fällen beließ es das Gericht bei Ermahnungen mit Arbeitsauflagen, denn viele der jugendlichen Täter sind Kindsköpfe und vorerst nur Mitläufer«, meint Lehmann. Bei härteren Strafen sei eher ein »Abrutschen in die Kriminalität« zu befürchten.

Mittwoch, 19.1. –

Unbekannte Täter verüben einen Anschlag auf ein Asylbewerberheim in Dannstadt bei Ludwigshafen/Rheinland-Pfalz. Nach Angaben der Polizei zünden sie im Briefkasten am Außentor des Gebäudes eine selbstgebastelte Rohrbombe. Es wird niemand verletzt. –

Zwei Brandanschläge auf ein Gebäude des Rittergutes Uslar-Reitliehausen/Niedersachsen, in dem bosnische Bürgerkriegsflüchtlinge untergebracht sind. Die Anschläge waren dem Eigentümer zuvor telefonisch angekündigt worden. Es wird niemand verletzt.

Freitag, 21.1. –

Bei einem Brand in einem Freiburger Wohnhaus, in dem das Sozialamt 17 Personen verschiedener Nationalitäten untergebracht hat, werden acht Personen verletzt. –

Das Landgericht Berlin verurteilt Michael Sch., 25, wegen Körperverletzung mit Todesfolge sowie Beteiligung an einer Schlägerei zu drei Jahren und neun Monaten Haft. Der Angeklagte hatte den Türken Mete Eksi, 19, bei einem Streit in der Nacht zum 27. Oktober 1991 mit einer Baseballkeule niedergeschlagen.

Samstag, 22.1. –

In Gießen/Hessen entgeht ein 27jähriger Türke nur mit Glück einem Mordanschlag. Als der Mann nach Hause kommt, fallen Schüsse, die aber nur die Haustür treffen. Zwei Stunden später schießt ein Unbekannter auf ein türkisches Café in der Gießener Innenstadt. Dabei werden die Fensterscheiben zerstört. –

In Frankfurt/Oder werden vier polnische Studenten von rechten Jugendlichen angegriffen und zum Teil geschlagen. Die Polizei nimmt fünf Jugendliche aus der rechten Szene im Alter von 18 bis 21 Jahren fest.

Kasten Seite 33 »Antisemitische Angriffe«

Mittwoch, 1.12.1993 –

Der Ende Oktober festgenommene Holocaust-Leugner Fred A. Leuchter wird vom Landgericht Mannheim gegen eine Kaution von 20.000 Mark aus der Untersuchungshaft entlassen. Leuchter reist umgehend in die USA zurück. Die Staatsanwaltschaft hat Anfang November Anklage wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und übler Nachrede erhoben.

Montag, 6.12. –

Der Zentralrat der Juden in Deutschland erstattet bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main Strafanzeige gegen den Rechtsextremisten Bela Ewald Althans wegen seines Auftritts in dem Film »Beruf Neonazi«. Althans leugne in dem Film den Massenmord an den Juden und verlange ein neues Naziregime. Der Zentralratsvorsitzende Bubis erklärt, er wolle auch die kommentierte Vorführung des Dokumentarfilms verhindern.

Mittwoch, 8.12. –

Der Filmverleih Unidoc zieht den umstrittenen Film »Beruf Neonazi« zurück. Zunächst solle abgewartet werden, »bis sich die Gemüter beruhigt haben«, teilt eine Sprecherin des Filmverleihs mit.

Donnerstag, 9.12. –

Das Amtsgericht Frankfurt/Main ordnet auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Beschlagnahme von Kopien des Films »Beruf Neonazi« an.

Mittwoch, 15.12. –

Die Staatsanwaltschaft Flensburg beschlagnahmt etwa 3.000 Exemplare der Neonazischrift »Die Bauernschaft« in einer Druckerei in Nordrhein-Westfalen. In der Schrift werde die Massentötung von Juden in Konzentrationslagern während der

NS-Zeit geleugnet und den Opfern das Verfolgungsschicksal abgesprochen. Herausgeber der Schrift ist der in Dänemark lebende Ex-SS-Mann Thies Christophersen. –

Das Jugendschöffengericht beim Amtsgericht Strausberg verurteilt einen 20jährigen, zur Tatzeit Mitglied in einer Neonazigruppe, wegen der Schändung des Jüdischen Friedhofs von Müncheberg zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und zwei Monaten.

Sonntag, 19.12. –

Unbekannte werfen auf dem Jüdischen Friedhof in Worms rund 35 Grabsteine um und beschädigen sie.

Donnerstag, 20.1. –

Der Bundesgerichtshof hebt das Urteil des Landgerichts Konstanz vom Juni 1993 gegen drei von vier Angeklagten wegen Schändung eines jüdischen Friedhofs auf. Die Angeklagten im Alter von 22 bis 27 Jahren waren vom Landgericht zu Haftstrafen zwischen zwei und vier Jahren und in einem Fall zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte Revision eingelegt.

Mittwoch, 26.1. –

Das Landgericht Berlin verurteilt Mike S., 29, wegen Volksverhetzung zu acht Monaten Haft ohne Bewährung. Vor knapp fünf Monaten war er wegen Raubes und gefährlicher Körperverletzung zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt worden. Am 9. November 1992 war Mike S. zwei Beamten des Bundesgrenzschutzes aufgefallen, weil er Texte wie »Dachau, Auschwitz, Buchenwald – dort machen wir die Juden kalt« gegrölt hatte.

Mittwoch, 2.2. –

Der Literaturkritiker und Überlebende des Warschauer Ghettos Marcel Reich-Ranicki erhält einen antisemitischen Drohanruf. Wie ein Sprecher der Tübinger Polizeidirektion bestätigt, habe der Anrufer sinngemäß geäußert, »alle Juden gehörten umgebracht«.

Montag, 7.2. –

Das Landgericht Wuppertal verurteilt zwei Skinheads und einen Wuppertaler Gastwirt wegen Mordes an einem 53jährigen Mann, der sich als »Halbjude« bezeichnet hatte, zu Haftstrafen zwischen acht und 14 Jahren. Die Jugendkammer des Landgerichts befindet die Männer für schuldig, ihr Opfer im November 1992 bei einem Kneipenstreit mit Fußtritten schwer mißhandelt, mit Schnaps übergossen und angezündet zu haben. Der 27jährige Skinhead, der wegen Alkoholismus in eine Entziehungsanstalt eingewiesen werden soll, erhält 14 Jahre Haft. Sein 20jähriger Gesinnungsgenosse wird zu acht Jahren Jugendhaft verurteilt. Der 32jährige Gastwirt, der die beiden Skinheads u.a. mit den Worten »Juden müssen brennen« angefeuert hatte, erhält eine Haftstrafe von zehn Jahren. Die Kammer billigte allen drei Angeklagten wegen ihres Alkoholkonsums zum Tatzeitpunkt verminderte Schuldfähigkeit zu.

Das Archiv für Sozialpolitik/Frankfurt/M. erstellt diese Chronik für KONKRET seit November 1991

Konkret 03/94, S. 34

Tigersprung

Max Horkheimer
Plattheiten

Der Einwand, daß ein vernünftiger Satz einseitig grob, platt, banal sei, ist geeignet, den, der ihn ausspricht, zu beschämen, ohne daß eine Diskussion stattzufinden braucht. Es wird ja nicht behauptet, der Satz sei unrichtig oder auch nur schlecht bewiesen, der Angegriffene kann dem Gegner also nicht mit Argumenten erwidern. Es wird ihm nur bedeutet, jedes Kind wisse längst, was er behauptet hat, übrigens weise der Sachverhalt noch eine Menge anderer Seiten auf. Was soll er gegen einen solchen Einwand vorbringen? Es besteht ja gar kein Zweifel daran, daß die Sache auch andere Seiten aufweist, und was er gesagt hat, pfeifen also die Spatzen von den Dächern. Er ist geschlagen.

Freilich: sollte sich diese kurze Erledigung auf eine Behauptung beziehen, welche die universelle Abhängigkeit der gegenwärtigen Zustände von der technisch unnötigen Aufrechterhaltung des Ausbeutungsverhältnisses feststellt oder sich auch nur auf einen bestimmten Teil dieses Abhängigkeitsverhältnisses bezieht, dann ist sie bloß eine Unverschämtheit; denn die gegenwärtigen Vorgänge in der Welt mögen immerhin auch andere Seiten aufweisen, keine ist so entscheidend wie diese, und von keiner ist es so wichtig, daß sie von allen verstanden werde. Wenn wirklich allgemein erkannt wäre, daß die Fortsetzung der Ausbeutung, welche nur einer kleinen Anzahl von Menschen zugute kommt, die Quelle des gegenwärtigen sozialen Elends ist, wenn jeder Zeitungsleser bei den Nachrichten über Kriege, Justizverbrechen, Armut, Unglück und Mord die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Ordnung als die Ursache solchen Unheils begriffe, wenn diese Plattheiten, die wegen des glänzend eingerichteten gesellschaftlichen Verdummungsapparates nicht einmal durchschnittlich welterfahrene Leute, geschweige denn unsere Gelehrten verstehen, sogar bis zum Verständnis der untersten Wächter dieser Ordnung drängen, dann wäre der Menschheit eine furchtbare Zukunft erspart.

Natürlich kann die Beurteilung jedes gegenwärtigen geschichtlichen Ereignisses immer auch andere Seiten hervorheben als seinen Zusammenhang mit der Klassenherrschaft. Aber gerade auf die Erkenntnis dieses Zusammenhangs kommt es heute an. Es ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß die Abneigung gegen die Einseitigkeit, Grobheit, Plattheit, Banalität, ja schließlich überhaupt gegen Erklärung, Ableitung, Ursachenforschung, einheitliche Theorie der Angst entspringt, daß die gesellschaftliche Ursache des gegenwärtigen Rückschritts ins Licht des allgemeinen Bewußtseins komme. Auch diese Vermutung ist platt und einseitig.

aus: Max Horkheimer: Dämmerung, 1934

Konkret 03/94, S. 37

Autonome Antifa (M)

Die Wahl der Waffen 1 b)

Die Göttinger »M«, Initiatorin der bundesweiten Organisation »Antifaschistische Aktion«, beharrt auf dem gesellschaftlichen Anspruch autonomer Antifapolitik. Eine Replik auf Franz Franitzkis Überblick über die autonome Antifa in KONKRET 2/94

»Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.«

Dies stellte Max Horkheimer bereits Mitte dieses Jahrhunderts fest und behält recht damit. Daß kapitalistische Herrschaft und Faschismus nicht zu trennen sind, weil Faschismus als aggressivste Herrschaftsform nach wie vor eine Option imperialistischer Interessenwahrung darstellt, wird nicht dadurch falsch, daß sich einige deutsche Linksintellektuelle im Zustand tiefer Orientierungslosigkeit befinden. Geht man jedoch von einem Faschismusbegriff aus, der Faschismus weder als historisch abgeschlossene Epoche noch als formelle Erscheinung, als Phänomen oder gar als Modernisierung der kapitalistischen Gesellschaft begreift, so ergibt sich, daß wirksame, radikale antifaschistische Politik nicht beim Kampf gegen offen auftretende Nazis stehenbleiben kann.

Das hat umfassende Folgen für einen antifaschistischen Kampf, der damit wesentlich mehr bestimmt ist von einem Begriff der Befreiung als vom Anti-Nazi-Kampf. So betrachtet stimmt es, daß die Autonome Antifa (M) als Teil der Linken Antifaschismus als Konzept und Ansatz antiimperialistischer Politik begreift. Fatal ist allerdings Franitzkis Gleichsetzung des antiimperialistischen Kampfes mit dem, was in »älteren autonomen Zusammenhängen« als historische Erscheinung der »Antiimps« bezeichnet und in Franitzkis Artikel zudem noch falsch charakterisiert wird. Wenn Herr Franitzki »die M« mit einer »längst überwunden gehofften Politik der antiimperialistischen Gruppen« in Verbindung bringt, hat er sich – anstatt mit unseren Publikationen zu arbeiten – offensichtlich mit Informationen aus dritter Hand versorgen lassen. Sollte es ihm jedoch darum gehen, den antiimperialistischen Kampf per se in Frage zu stellen, kann man nur mit Gremlizas Worten aus der selben KONKRET-Ausgabe antworten: »An niemandem nämlich erweisen sich die abgedroschensten Parolen der abgestandenen Ideologie so morgendlich taufrisch, wie an den bürgerlichen Intellektuellen.«

Es ist schon verwunderlich, wie man einerseits die Existenz faschistischer Organisationen als ein Mittel zur Verschleierung der Klassenkonflikte und Wegbereiter der autoritären Wende erkennen und andererseits die Notwendigkeit leugnen kann, den Kampf eben nicht nur gegen die Faschisten von Reps bis GdNF, sondern auch gegen das dahinterstehende imperialistische System der BRD zu führen. Die Begrenztheit eines so verstandenen Begriffs von antifaschistischem Kampf, die Festschreibung von defensivem Antifaschismus als Strategie, ist nichts als die Fortsetzung des autonomen Antifaschismus, so wie er in den 80er Jahren vom überwiegenden Teil verstanden und betrieben wurde. Die Mobilisierung »hin zu den Faschisten« unter der Parole »Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft« ist jedoch nur ein Moment eines Kampfes, der nach grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen im internationalen Zusammenhang streben sollte. Der reine Anti-Nazi-Kampf rührt nicht an den Fundamenten von Kapitalismus, Rassismus oder Patriarchat. Deshalb kann der Kampf gegen den Faschismus, wenn er mehr sein soll als reines Betroffenheits- und Defensivhandeln, nur wirksam werden als Kampf gegen das imperialistische System.

Es geht nicht um die »militante Defensive« (Franitzki) – Antifa heißt Angriff, heißt neben Selbstschutz und Schutz bedrohter Minderheiten auch, um gesellschaftliches Bewußtsein zu kämpfen, offensive Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, neue Wege der Bündnisarbeit und der Agitation zu beschreiten. Dabei können über den Antifaschismus deutlich wie an wenigen anderen Politikbereichen die Interessenverquickungen faschistischer und »staatstragender« Kräfte und die imperialistischen Verwertungsmechanismen samt ihrer brutalen Konsequenzen für den Großteil der Menschheit veranschaulicht werden. Daß gerade angesichts der Internationalisierung des Kapitals die Bezugnahme auf und die Solidarität mit Befreiungsbewegungen anderer Länder Bestandteil linker Politik sein muß, halten wir für selbstverständlich.

Entlang diesen grob skizzierten Fragen bewegt sich der *inhaltliche* Richtungsstreit in der autonomen Antifa (und mit Sicherheit geht es nicht um die von Herrn Franitzki prognostizierte Neuauflage der Spaltung zwischen Antiimps und Autonomen). Viel eher werden allerdings Fragen nach der Form des antifaschistischen Widerstands kontrovers diskutiert, Fragen wie Öffentlichkeits- und Medienarbeit, Bündnispolitik, Praxisorientierung und der Streit um eine (bundesweite) Organisation. Sicherlich liegt es im Selbstverständnis vieler Autonomer begründet, daß sie große Vorbehalte gegen alles hegen, was sich »Organisation« nennt. Das ist ihr gutes Recht und auch kein Problem, solange unterschiedliche Organisierungskonzepte solidarisch nebeneinander existieren können und nicht als unvereinbare Modelle gegeneinander gestellt werden. Wer also der Spaltung das Wort redet, muß sich die Frage gefallen lassen, ob er nicht das Geschäft des Staatsschutzes betreibt, der kein größeres Interesse hat als die Atomisierung der Linken, um sie dann Stück für Stück neutralisieren zu können.

Welche Blüten diese Bemühungen treiben, die Linke endgültig zu zerschlagen, erfährt auch die Autonome Antifa (M) am eigenen Leib durch mittlerweile zweieinhalb Jahre andauernde Ermittlungen nach Paragraph 129 a in Göttingen, durch die auch Mitglieder unserer Gruppe Observationen ausgesetzt sind. Auch bundesweit weht ein immer schärferer Wind: Die Verhaftungswellen gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Arolsen und Berlin sollen die Macht des Staatsschutzes demonstrieren – wie weit dieser das »Recht« zu beugen bereit ist, wurde zuletzt mit der Ermordung von Wolfgang Grams überdeutlich. Die Schleifung der letzten Lehren aus dem Hitlerfaschismus, wie die Trennung von Polizei und Geheimdiensten, wird ungeniert weiterverfolgt.

So befindet sich im Augenblick jeder Versuch, von links an den bestehenden Verhältnissen zu rütteln, in der Defensive. Eine politische Strategie kann auf Dauer aber nicht defensiv begründet werden, sondern kann nur Anziehungskraft entwickeln in der Offensive. Den Versuch, progressive Handlungsstrategien zu erarbeiten, stellt die Gründung der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation dar. Insofern ist sie auch weit davon entfernt, etwa einen Alleinvertretungsanspruch für antifaschistische Politik zu erheben. Sie resultiert vielmehr aus dem pragmatischen Vorsatz, über eine gemeinsame Praxis verschiedener antifaschistischer Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet in kontinuierlicher Diskussion und verbindlichen Strukturen eine Bestimmung unseres Standpunktes in der Gesellschaft zu leisten und so in der Lage zu sein, gesellschaftliche Orientierungspunkte zu bieten und positive Ansätze aufzuzeigen.

Nur eine solche politische Praxis, die das Wesen der konkret erfahrbaren Erscheinungen des »Rollbacks« in der Regulation des kapitalistischen Systems selbst auffindet, kann zwischen den häufig entideologisierten und teilbereichsbeschränkten Kämpfen vermitteln. Insofern kann die Idee der antifaschistischen Einheit als eine durch die Praxis vermittelte Einsicht in die Notwendigkeit zu einer befreienden Offensive führen. In diesem Sinne:

Antifa heißt Angriff!

Autonome Antifa (M) c/o Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 37073 Göttingen

Konkret 03/94, S. 38

Kunst & Gewerbe

Goebbels' Talkshow

Den Namen des stellvertretenden NDR-Intendanten muß sich niemand merken. Daß er Thomas Bernd Stehling heißt, ist so uninteressant wie die Talkshow, in der wir ihn im Januar kennenlernen durften. Gestatten: Stehling – ein ganz normaler Deutscher, der ganz normale deutsche Meinungen hat: über die Medien zum Beispiel und ihren Umgang mit den Rechten.

Das Bestimmende in diesen Tagen ist, wie erziele ich Quote, wie erziele ich Aufmerksamkeit, und da habe ich nach dem, was bisher Wirklichkeit ist, bei uns nicht die Hoffnung, daß, wenn Goebbels heute leben würde, er nicht von Talkshow zu Talkshow weitergereicht würde.

Nun könnte sich der NDR-Beamte beruhigt in den Sessel zurücksinken lassen, denn Goebbels ist ja erfreulicherweise tot. Aber seine Nachfolger sind umso aktiver, und wen er für Goebbels' Nachfolger hält, daran läßt der NDR-Mann keinen Zweifel:

Meine Sorge ist, Goebbels würde in einer Art und Weise, wie wir es zum Teil mit der Aufarbeitung des DDR-Unrechts erleben, behandelt werden, so daß man sagen muß, die Verführer, die kommen in die Talkshows und kassieren Geld, die Verführten kommen vor Gericht. Wenn ich mir ansehe, wie Herr Gysi behandelt wird, dann muß man sagen, unsere Talkshows sind wie eine gigantische Waschanlage. Da kommt jemand rein, der war Altkommunist, ist der Erbe des DDR-Unrechts, und nach anderthalb Jahren Talkshow, die er sehr geschickt, sehr unterhaltsam, sehr engagiert, ja in der Wortwahl, ähem ähem ähem, ja doch nicht anstößig macht, ist er runderneuerter Demokrat. Und ich fürchte, daß wir Gefahr laufen, daß dies auch mit den Schirinowskijs der Welt passiert.

Das war schon einmal das Problem der Vertreter der herrschenden Klasse in Deutschland: Sie haben die kommunistischen Juden nicht entschieden genug bekämpft, und prompt war Deutschland nationalsozialistisch und jeder schob ungerechterweise gerade ihnen die Schuld in die Schuhe. Gysi aus der Talkshow, Tucholsky vor Gericht – und die Demokratie ist gerettet. Keiner der geladenen Talkshowdemokraten hat an diesem tristen 24. Januar dem Hausherrn widersprochen.

Exkommunisten

Man liebt den Verrat, den Verräter liebt man nicht, jedenfalls nicht in der Redaktion des »Bayernkurier«. Nicht mal eine so umfassende Läuterung wie die des Expfaffen, Exmaoisten, Exkommunisten, Exdissidenten und nunmehr hauptberuflichen Denunzianten P. Schütt schützt vor der Rache des CSU-Organs, das es sich nicht nehmen läßt, die Herausgeber des neuesten Schüttabladeplatzes »Freiheitsglocke«, ein Mitteilungsblatt ehemaliger DDR-Häftlinge, auf die Biografie ihres Autors hinzuweisen.

Als Wendehals wird in demselben Artikel (»Der Kürbis dreht sich«) auch Klaus Konjetzky dargestellt, der früher mit Friedrich Hitzer, dem verstorbenen Oskar Neumann und Hannes Stütz Mitherausgeber der DKP-nahen Literaturzeitschrift »Kürbiskern. Literatur, Kritik, Klassenkampf« war. Konjetzky hatte vom bayrischen Landesverband des Bunds der Vertriebenen den Medienpreis in der Sparte Hörfunk erhalten: für seine Sendung »Da geht ein Mann nach Schwarzbach – Auf den Spuren Adalbert Stifters im Böhmerwald«. Völlig richtig weist der »Bayernkurier« darauf hin, daß Konjetzkys Beitrag zwar »gut geschrieben sein« möge, daß das für die Verleihung von Literaturpreisen freilich »von nachgeordneter Bedeutung« sei: Ex-Kommunisten solle man damit nicht auszeichnen.

Daß den Durchschnittsleser des »Bayernkurier« allerdings in Sachen Exkommunisten ganz andere Fragen bewegen als die, ob sie Preise erhalten dürfen, weiß auch der »Bayernkurier«-Autor Jörg Bernhard Bilke:

Um nicht mißverstanden zu werden: Auch Ex-Kommunisten wie Klaus Konjetzky müssen leben, selbst dann, wenn der Zeitpunkt ihrer Läuterung witzigerweise nach dem 9. November 1989 lag.

Bilke, »Bayernkurier«. Stehling, NDR. Apropos die Medien und die Rechte.

Eine Bitte

In der Musikzeitschrift »Spex«, deren Autoren, wenn's gelingt, das sichere politische Urteil der Siebziger-Jahre-Linkenmit dem antiautoritären Drive des Achtziger-Jahre-Punk amalgamieren, entsteht immer dann ein Problem, wenn aus der Subkultur der beiden Jahrzehnte die schlechten Seiten eine Verbindung eingehen. So immer wieder zu beobachten beim

»Spex«-Politkommissar vom Dienst, Mark Terkessidis, der aus den Siebzigern die Klugscheißerei und aus den Achtzigern den politischen Opportunismus gelernt hat. Terkessidis erklärt die Rücknahme der Kandidatur von Steffen Heitmann:

Und trotz Gremliza, der in KONKRET ein »Wählt Heitmann« schmetterte, um dem von Natur aus bösen Deutschen mal wieder brutal die Maske runterzureißen, kann man es durchaus begrüßen, daß der Modernisiererflügel in der CDU nicht zwecks Rechtsintegration völlig entmachtet worden ist.

Wer in diesem Satz weniger als drei falsche Aussagen findet, möge sich bitte bei KONKRET melden.

»Heimkehren«

werde der Schatz des Priamos, meldet die »Berliner Morgenpost«. Ihr Kommentator hofft, daß die Russen sich als gute Nachbarn erweisen und die »im Zweiten Weltkrieg erbeuteten deutschen Kulturgüter« zurückgeben werden. Er merkt auch dann noch nichts, als er berichtet, daß diese »deutschen Kulturgüter« von Heinrich Schliemann in Troja, also in der heutigen Türkei, ausgegraben worden waren.

Dumm nur, daß man sich bei einem solchen deutschen Kommentator nie sicher sein kann, ob er wirklich Schliemanns Raub vergessen machen will oder ob er neue Gebietsforderungen stellt: Deutschland in den Grenzen von 1037 oder so.

Unhappily happy

»Seine Gedichte sind wie alte Möbel, die den Fluß runtertreiben.« Dieser Satz stand in »Spex« und ist nach wie vor der schönste, der über Wild Billy Childishs Poesie geschrieben wurde. Als Musiker ist er seit fünfzehn Jahren mehr oder weniger ein Begriff, als Maler und Holzschnitzer wird er gerade einer, und wer noch keinen seiner dreißig Gedichtbände, die er seit 1981 im Eigenverlag herausgibt, zu Gesicht bekommen hat, hat jetzt Gelegenheit, sich komprimiert mit seinem Werk vertraut zu machen. Zusammen mit David Hart hat WBC endlich eine Anthologie seines – wie man mittlerweile sagen kann – frühen Schaffens zusammengestellt – ein Einstieg in das Paralleluniversum des sturen Mannes aus der Hafenstadt Chatham (Billy Childish: *Poems of Laughter & Violence. Selected Poems 1981 – 1986.* Hangman Books 1993, 204 Seiten, etwa 25 Mark). Kaum einer ignoriert die Welt so konsequent und nimmt sie doch so präzise wahr. Ob in der Musik, der Malerei oder der Lyrik, WBC kümmert sich einen Dreck um Moden, er stellt die Tatsachen fest, mit denen er zu leben, aber nicht sich abzufinden gelernt hat. Bei jedem anderenwürde eine Zeile wie »You have to be unhappy to be happy«, nach Existenzkampf und Schlimmerem klingen, bei WBC kommt sie als nüchterne Feststellung, über die man nicht weiter zu grübeln braucht. Die Arbeiterklasse hat abgedankt, die Punkrocker von damals haben die Seiten gewechselt, das letzte, worauf man sich verlassen kann, ist das, wasman mit eigenen Händen schafft:

»A man should carve poems

like he cuts wood

and tear this live to pieces.«

Gunter Blank

Neues aus Peking

Die Hongkonger Zeitschrift »Zhengming« (»Wettstreit«) berichtete in ihrer Dezemberausgabe über die Ergebnisse einer geheimen Kommission der chinesischen KP, die die Urheberschaft der 470 Mao Zedong zugeschriebenen Schriften untersucht. Der Kommission zufolge stammen mehr als 250 dieser Schriften, von der nachmaoistischen Führung listig als »Kristallisation der kollektiven Weisheit der Kommunistischen Partei« bezeichnet, nicht aus Maos Feder.

Umfangreiche Forschungen einer Hamburger Arbeitsgruppe, deren Resultate KONKRET zugänglich gemacht wurden, konnten nun auch die Herkunft der restlichen 220 Schriften klären. Für alle Beteiligten war überraschend, daß für 217 Werke zweifelsfrei Antje Vollmer als Autorin festgestellt werden konnte. Ralf Fücks ist der Verfasser zweier früher Wandzeitungen aus der Kulturrevolution, während von Joscha Schmierer die »Vier ständig zu lesenden Fußnoten« stammen. Nicht endgültig geklärt werden konnte die Herkunft der berühmten revanchistischen und antisowjetischen »Ussuri-Rede«, als deren Verfasser Christian Semler und Rainer Zitelmann in Frage kommen.

Konkret 03/94, S. 40

Sabine Horst

»We couldn’tshow that«

Steven Spielberg hat einen Film über den Holocaust gedreht, der die Toten nicht mißachtet: »Schindlers Liste«

Der Scheincharakter der Kunst macht die Darstellung des Entsetzlichen, des Leidens zu einem Problem. Denn was immer da geschieht, auf der Leinwand, im Bild, im literarischen Text – es geschieht nicht dem Betrachter oder Leser. Und selbst die gelungene künstlerische Form unterstellt dem Gezeigten vielleicht noch einen Sinn, der sich in der Realität nicht mehr auffinden lassen will.

Auf kein Sujet trifft dieser Topos der ästhetischen Theorie wohl genauer zu als auf den Holocaust. Es ist kein Zufall, daß die bewußtesten Kunstwerke sich dagegen sträuben, »die Hölle bengalisch zu illuminieren« und den Blick in den Abgrund zu einem sinnlichen Erlebnis zu machen, daß sie vor der Wirklichkeit des Massenmords gleichsam kapitulieren und sich in der Wahl der Mittel auf das vorsichtige Arrangement von Zeugnissen und Dokumenten beschränken. Peter Weiss’ Drama *Die Ermittlung* und Alain Resnais’ Film »Nacht und Nebel« gehören noch heute zu den erschütterndsten Versuchen, sich dem nicht Darstellbaren zu nähern: In ihrer fragmentarischen Form, ihrem Verzicht auf überkommene Kunst-Griffe markieren sie die Grenzen der subjektiven Erfahrung, der Empathie, des Begreifens. Konventionellere Erzählformen, die in der Individualität des Leidens die Voraussetzung ihrer Wirkung haben, müssen versagen angesichts von sechs Millionen Opfern, denen die Täter systematisch ihre Identität geraubt, ihre Subjektivität abgesprochen haben.

Mit dieser prinzipiellen Einschränkung läßt sich die Leistung von Steven Spielbergs neuem Film, der nicht nur in den USA die Kritiker freudig überrascht hat, durchaus würdigen. »Schindlers Liste«, schrieb der »New Yorker«, sei »bei weitem der beste dramatische – das heißt nichtdokumentarische – Film, der je über den Holocaust gedreht wurde.« Es ist nach wie vor die Logik des amerikanischen Erzählkinos, die dem historischen Stoff hier die Form diktiert – Hollywood hat sich nicht ganz abschütteln lassen. Aber Spielberg erreicht für sein Sujet das, was innerhalb der Grenzen einer klassischen Spielfilmhandlung überhaupt möglich zu sein scheint. Die Dramaturgie in »Schindlers Liste«, die Perfektion, mit der über mehr als drei Stunden hinweg so etwas wie Spannung gehalten wird, der Versuch, eine tröstliche Geschichte aus trostloser Zeit zu überliefern, das Pathos des Finales und schließlich die Zeichnung des Protagonisten, der in seinem dynamischen Pragmatismus ein typisch amerikanischer Held ist, verbinden den Film mit der Kultur, die ihn hervorgebracht hat. Was ihn mit Spielbergs Werk im besonderen verbindet, ist ein – wenn auch etwas eklektizistischer – Zugriff auf filmische Traditionen, die mit dem Verweis auf Hollywood keineswegs erledigt sind: »Schindlers Liste« entfaltet über weite Strecken jene visuelle Intelligenz, die dem Regisseur früher nicht einmal von seinen Verächtern abgesprochen worden ist und die auch Bezüge zu ambitionierteren »auteurs« des Kinos einschließt.

Bemerkenswert wirkt, daß Spielberg die Zweifel an den automatisierten Verfahren des Hollywood-Kinos, die Zweifel an seiner eigenen Bildmächtigkeit zum erstenmal in einen Film hineingetragen hat. Die amerikanische Zeitschrift »Premiere« besuchte Spielberg während der Dreharbeiten zu »Schindlers Liste« in Polen, und die Auskünfte, die er über seine Arbeit gab, lesen sich wie ein Katalog der Verbote: keine Kamerakräne, keine Fahrten, keine Farbe, keine Effekte – im Ganzen eine ungewohnte Beschränkung der technischen Mittel, die schließlich in einem Bilderverbot kulminiert. »We couldn’t possibly show that«, lautet einer der zentralen Sätze des Berichts – es gibt ein Grauen, das sich schlechterdings nicht nachstellen läßt. In den Details, in der Motivstruktur orientiert sich die Inszenierung deshalb weniger an amerikanischen Vorbildern als an indirekten Verfahren, wie sie das europäische Kunstkino entwickelt hat. Die häufige Verwendung von Ellipsen und Metonymien läßt immerhin ahnen, daß die in Rede stehenden Verbrechen die Vorstellungskraft übersteigen; die konsequente Außenperspektive, die sprunghafte Montage und die gelegentlich kontrapunktische Setzung von Bild und Dialog unterstreichen die Widersprüchlichkeit der Figuren.

Was einen katholisch-österreichischen Unternehmer wie Oskar Schindler zum Helden werden läßt, erschließt sich dem Zuschauer nur andeutungsweise: Der Film psychologisiert nicht, obwohl in der offenkundigen Tatsache, daß Schindler weder über die berüchtigten deutschen Sekundärtugenden noch über den Altruismus eines »echten« Widerstandskämpfers verfügt, durchaus eine psychologische Pointe liegt. An die Stelle der inneren Motivation des Charakters tritt eine Analyse sozialer und ökonomischer Beziehungen, wie man sie in Spielfilmen zum Thema kaum je findet, nicht in den USA und schon gar nicht bei uns, wo Bernhard Sinkels konventioneller TV-Mehrteiler »Väter und Söhne« mit seiner industriegeschichtlichen Perspektive fast als gewagt gelten darf. Spielberg führt den Protagonisten in einer Nahaufnahme ein – aber alles, was wir von ihm sehen, ist das Revers seines Anzugs mit der Parteinadel, die er sich anheftet, um sie erst kurz vor dem Ende des Films wieder abzulegen. Als »Racketeer«, als Glücksritter, der an der allgemeinen, durch die Kriegswirtschaft noch entfesselten Bereicherung teilnimmt, ist Schindler zunächst nicht sehr verschieden von den Repräsentanten des Systems, und wenn er sich mit zufriedenem Lächeln in einer großbürgerlichen Wohnung breitmacht, die soeben von einem jüdischen Ehepaar geräumt werden mußte, wird deutlich, was das Regime auf eine ganz

handgreifliche Weise für Täter wie »Mitläufer« attraktiv gemacht hat: die Aussicht auf materiellen Vorteil und einen Aufstieg in der Hierarchie.

Die Handlung des gesamten ersten Filmdrittels folgt gewissermaßen den Gesetzen des Warenverkehrs. Eine Hand wäscht die andere, Luxusgüter wechseln die Besitzer, Schindler versorgt die nazistische Bürokratie Krakaus mit Kaviar, Cognac und französischem Wein – mit allem, was die besetzten Länder hergeben. Auch die bizarre Freundschaft, die ihn mit dem Nazi-Funktionär Amon Göth, dem Kommandanten des Arbeitslagers Plaszow, verbindet, wird von Hinweisen auf die Interessenlage der Figuren begleitet: Der Glamour, der etwa in Istvan Szabos »Mephisto«-Verfilmung von der unerwarteten Weltläufigkeit Görings ausging, verflüchtigt sich bei Spielberg, wenn der Nazi den Saufbruder begehrlich fragt, ob sein Hemd denn aus Seide sei. Was immer den autoritären Charakter umtreiben mag – Spielberg und sein Autor Steven Zaillan sind nicht sehr geneigt, seine emotionale Disposition zu ergründen.

Mit Seidenhemden kann Schindler zwar nicht dienen – der Schneider, bemerkt er süffisant, sei inzwischen wohl leider tot – , aber seine Dienstleistungen sind so umfassend, daß er im Gegenzug die Möglichkeit erhält, sich als Entrepreneur zu entfalten. Die »Menschlichkeit« dieses Retters wider Willen ist bis dahin nur ein »spin off«-Produkt reinen Profitinteresses. Der Emaillewaren-Unternehmer und Heereslieferant stellt jüdische Arbeiter ein, weil sie billiger sind als polnische; erst sein jüdischer Buchhalter Itzhak Stern bringt ihn darauf, die Belegschaft zu vervielfachen. Hat Schindlers moralische Praxis sich aus einer Art kapitalistischer Ratio heraus entfaltet, so geht sie schließlich doch nicht darin auf.

Die zentrale Sequenz des Films zeigt die Zerschlagung des Krakauer Ghettos und den Abtransport seiner jüdischen Bewohner. Da gelingt der Inszenierung ein prekärer Balanceakt zwischen quasi-dokumentarischer Schärfe und Emotionalität. Mit verstörender Objektivität hält die Kamera die Exekutionen fest, schwarz fließt das Blut im Schwarz-Weiß-Film, und dieser verfremdende Effekt hebt den Skandal erst recht ins Bewußtsein. Wo nichts mehr zu zeigen ist, ohne die Toten zu mißachten, sprechen die Dinge. Die Aufnahmen von den persönlichen Gegenständen der Verschleppten etwa, die sich in den Straßen häufen, erinnern an die Fotografien, die die Befreier in den Konzentrationslagern gemacht haben und die in »Nacht und Nebel« als stumme Zeugen wiederauftauchen: Es macht einen Teil der Redlichkeit des Films aus, daß er darauf verzichtet, »originelle«, spektakuläre oder spekulative Bilder zu entwerfen – auch indem Spielberg sich gelegentlich auf filmhistorisch abgesegnete Einstellungen zurückzieht, erweist er einer kritischen Tradition seine Reverenz.

Wenn es einen Punkt des Umschlags in der Entwicklung der Hauptfigur gibt, so ist es die Anschauung dieses Massakers. Zwar folgen die Formen von Schindlers Widerstand nach wie vor den Regeln des Handelns und Schacherns – es gelingt ihm noch 1944, als die Vernichtungspolitik ihrem Höhepunkt zustrebt, eine neue, kriegswichtige Fabrik in Brünnlitz aufzubauen und mehr als tausend jüdische Arbeiter freizukaufen – , doch nun muß er sein Vermögen an die Rettung wenden. Schindlers Waffenfabrik soll nie auch nur eine taugliche Granate hergestellt haben; die Entscheidung zur Sabotage bezeichnet endlich doch einen Bruch mit der Ökonomie, der systemimmanenten Profitlogik.

In den Szenen aus dem Ghetto leistet sich der Film – wie auch am Anfang und am Schluß – einen Hauch von Farbe: Ein kleines Mädchen in rotem Mantel wandert durch das Inferno, unberührbar und unberührt, so scheint es. Das herausgehobene Bild des Kindes, das unbekannt bleibt, fügt sich in einen Motivzusammenhang, der die Geschichte der »Schindler-Juden« mit Bedacht in der Schwebe hält: Weder legt die Inszenierung eine unmittelbare Identifikation des Zuschauers mit wenigen, dramaturgisch sozusagen privilegierten Opfern nahe – wie es die TV-Serie »Holocaust« in kolportagehafter Schlichtheit tat – , noch bringt sie die einzelnen in der Masse zum Verschwinden. »Schindlers Liste«, jenes Verzeichnis von Namen, die immer wieder aufgerufen, immer wieder geschrieben, buchstabiert und allmählich den Gesichtern ihrer Träger zugeordnet werden, ist eine materielle Versicherung gegen das Vergessen, gegen die Auslöschung. Als Schindler und Stern in den Wirren des letzten Kriegsjahres gezwungen sind, die Liste aus dem Gedächtnis zu rekonstruieren, bedeutet jeder Name, an den sie sich erinnern, einen Triumph. So abstrakt die Zahl der sechs Millionen ist, so konkret haben die Mörder über jeden einzelnen entschieden: Auf die »Gesichtslosigkeit« des Todes im Zeitalter der Massenvernichtungsmittel kann sich keiner herausreden.

»Schindlers Liste«, und das ist inzwischen ein Verdienst, läßt keinen Zweifel daran, wem hier der Prozeß gemacht wird. Wenn Amon Göth – der einzige faschistische Funktionär, der überhaupt der genaueren Betrachtung gewürdigt wird – , am Ende hingerichtet wird, so zeigt diese Sequenz noch einmal das ganze Dilemma des Spielfilms, der vom Holocaust zu erzählen versucht: Die epische Form schließt sich und holt eine Gerechtigkeit ein, die in Wirklichkeit ausgeblieben ist. Aber es stellt sich auch kein Mitgefühl ein mit dem Täter, der kurz zuvor noch der sportlichen Übung halber wahllos Lagerinsassen von seinem Balkon herab erschossen hat. »Nazis – I hate these guys«, sagte Indiana Jones, und so wohltuend undifferenziert geht es auch hier zu.

Daß Spielberg sich mit seinem bisherigen Werk nicht gerade für ein Unternehmen wie »Schindlers Liste« qualifiziert habe, stimmt nur so ungefähr. Seinen letzten Produktionen war allerdings durchweg der ökonomische Druck anzumerken, der auf ihnen lastete – »Jurassic Park« etwa ist kaum mehr als die Illustration der These, daß Kassenschlager zu kalkulieren sind, wenn man nur das Familienpublikum im Auge behält. Und philosophische Betrachtungen, wie sie amerikanische

Regisseure gerne anstrengen, nachdem sie einen politisch korrekten Themenfilm abgeliefert haben, sind Spielberg nie so recht gelungen. »Schindlers Liste« mag der Recherche von Thomas Keneally, dem Autor der Buchvorlage, die historische Genauigkeit verdanken; aber was den Film rettet, ist das abstrakte Formbewußtsein eines Regisseurs, auf den zutrifft, was Pauline Kael einmal in anderem Zusammenhang formuliert hat: Er »denkt in Bildern«.

Spielbergs Zugang zu seinen Stoffen – und darin ist sein neuer Film strukturell eben doch mit dem »Weißen Hai« oder dem zweiten »Indiana Jones« verwandt – ist stets übers filmhistorische Material vermittelt; die vorgebliche »Naivität« seines Kino-Universums ist trügerisch. In »Schindlers Liste« wird das offenkundiger als je zuvor: Die Inszenierung kreist beständig um die Frage nach der Angemessenheit verschiedener Verfahren, sichtet dabei auch, was andere Regisseure zu anderen Zeiten geleistet haben, und trifft mit einer fast schlafwandlerischen Sicherheit meist die Entscheidung fürs »richtigere« Bild.

Alain Resnais’ »Nacht und Nebel« durfte in den fünfziger Jahren auf Betreiben der Adenauer-Regierung in Cannes nicht gezeigt werden. Der Film schädige das Ansehen der Bundesrepublik in der Welt, lautete die Begründung für diesen Akt grenzübergreifender Zensur. »Schindlers Liste« ist Resnais’ Behandlung des Sujets bei aller Finesse zwar ästhetisch unterlegen, aber der »neue Spielberg« hat allemal den Vorteil, daß das »neue Deutschland« sich mit seiner Verbreitung abfinden muß: Er rangiert schließlich unter den zehn kassenstärksten US-Produktionen des Jahresbeginns und ist der heißeste »Oscar«-Anwärter der Saison. Während bei uns der mißlungene Dokumentarfilm »Beruf: Neonazi« eine inhaltlich unergiebige, in ihrer Vehemenz eigentlich unbegreifliche Debatte über längst bekannte Tatbestände auslöst, ist es dem amerikanischen Kino gelungen, dem Publikum eine Geschichte unterzuschieben, deren moralischer Impetus so unzweideutig ist wie die alten »Why We Fight«-Filme aus dem zweiten Weltkrieg, ohne daß sie deren Siegesgewißheit recht teilen könnte.

Am Ende von »Schindlers Liste« stehen die überlebenden Schindler-Juden einem Soldaten gegenüber, der Vorhut der Roten Armee. Wo sie denn nun hingehen sollten, fragen sie ihn. Nicht nach Osten, ist seine zögernde Antwort, aber auch nicht nach Westen. Er beschränkt sich darauf, sie in die nächste Stadt zu verweisen. Brünnlitz? Oder gar eine Anspielung auf Jerusalem? Die Stadt muß jedenfalls hinter dem Horizont liegen, und Spielberg hütet sich, sie zu zeigen: Mehr als vierzig Jahre nach der Befreiung, so scheint er zu sagen, sind wir immer noch nicht angekommen.

Sabine Horst schrieb in KONKRET 11/93 über die Verfilmung von Isabelle Allendes Roman »Das Geisterhaus«

Konkret 03/94, S. 43

Stefan Ripplinger

Regel Nr. 1

Programm aus der ideellen Mitte der Nation: Seit dem 1. Januar ist das »Deutschlandradio« auf Sendung

Unter dem Vorsitz des listigen Wolfgang Harich tagte Mitte Dezember die »Alternative Enquetekommission« in Berlin über das Thema »Geheimdienste in Deutschland nach 1945«. Hochrangige Geheimdienstler der DDR zeichneten das Netz der CIA- und BND-Einrichtungen nach. Zwischendurch durfte aus dem Publikum gefragt werden. Eine Dame wollte wissen, ob den Referenten eine CIA-Residentur beim Sender Rias bekannt geworden sei. Oberst a.D. Klaus Eichner, früher stellvertretender Leiter der Abteilung IX (Gegenspionage) der Hauptverwaltung Aufklärung, verneinte, wenn auch zögernd, die Frage.

Das mußte verblüffen, denn nicht nur im Osten galt es vielen als unumstößliche Tatsache, daß der als Propagandasender gegründete »Rias eine Dienststelle der CIA war und ist« (Bureys et al.: *Aggressionssender,* Prag 1971). Selbst ein dem Sender wohlgesinnter Dissertant (zum Rias-Kabarettisten G. Neumann) hält es für »möglich, daß der Rias von dem US ›Office of Policy Coordination‹ (eine Zwischenorganisation, die sich aus Kräften des US-Außenministeriums, des Militärs und der CIA zusammensetzte) und von der ›Organisation Gehlen‹ (Vorläufer des Bundesnachrichtendienstes) finanzielle Mittel und eventuell auch politische Anregungen erhalten hat« (B.T. van Sweringen: *Kabarettist an der Front des Kalten Krieges,* Passau 1989). Ungerührt zitiert er aus einer britischen Biographie des Leiters der Nazi-Spionage-Abteilung »Fremde Heere Ost« und späteren BND-Pioniers: »Gehlen stellte ein paar erfahrene Rundfunkleute zur Verfügung, die schon bald mehr Pep in die Übertragungen brachten« (E.H. Cookridge: *Gehlen, Spy of the Century.* London 1971).

Ganz zweifellos wußten die Deutschen recht gut, wie man Pep in die Propaganda bringt, und auch zum Antikommunismus mußte man sie nicht erst erziehen. Der Regel Nr. 1 der Psychologischen Kriegsführung, daß die Propaganda »nicht wirksam sein kann, wenn sie nicht die Auffassungen und Hoffnungen der Menschen berücksichtigt, an die sie sich richtet« (S.K. Padover), konnten die deutschen Programmgestalter naturgemäß viel besser als ihre amerikanischen Kollegen gerecht werden, weil sie im Bilde darüber waren, was den Frontstadt-Berliner bewegt. So kreierten sie die erfolgreiche Rias-Mixtur aus sattem Antikommunismus und »Berlin-bleibt-doch-Berlin«-Sentiment – jenem ranzigen Ur-Berlinertum, mit dem man bis auf den heutigen Tag alles und jeden in der Hauptstadt und ihrer Umgebung verkaufen kann. Vor allen anderen deutschen Sendeanstalten führten sie Radiowerbung ein, um dem Ostdeutschen unter die Nase zu reiben, was es im Westen alles zu kaufen gibt; und dazu spielten sie ohne Ende die bekannte »Musik zur Aufweichung« (Bureys et al.). Die CIA hätte es wohl nicht besser treffen können.

Auch nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten, zu dem die Station – aktiv beteiligt an den Aufständen vom 17. Juni und 9. November – ihr Scherflein beigetragen hat, ist ihre Arbeit am Durchhaltewillen gefordert: nun zum Frommen der deutschen Nation, aus deren ideeller Mitte der Rias schon immer zu senden glaubte. Flankiert wird er dabei von zwei Anstalten, in deren Namen der nationale Wille schon anklingt: dem Deutschlandfunk (DLF) aus Köln und dem Deutschlandsender Kultur aus dem Anschlußgebiet.

Seit dem 1. Januar dieses Jahres sind die drei nun zu einem nationalen »Deutschlandradio« vereinigt, das Kultur und Politik der BRD mit zwei Programmen repräsentieren soll: Eines wird vom DLF alleine, das andere von Rias und DS Kultur gemeinsam bedient. So sind zwei ehemalige Kontrahenten zusammengezwungen: der Deutschlandsender, der ursprünglich mit hohem Anspruch die angeblich »einzig von den fortschrittlichen Kräften Deutschlands« (»Berliner Zeitung«, 2.10.1948) erkannten nationalen Interessen vertreten sollte, ab 1971, nach Ende der gesamtdeutschen Politik, stolz »Stimme der DDR« hieß und 1990 mit Radio DDR II zum DS Kultur fusionierte – und jenes »Radio im amerikanischen Sektor«, das jeden Schritt seiner Gegenüber mißtrauisch überwachen und in sogenannten Monitor-Ostberichten auswerten ließ.

Entsprechend verlief der erste Zusammenstoß. Als die zu allen Kompromissen bereiten DS-Kultur-Mitarbeiter vor dem ehemaligen Rias-Gebäude am Hans-Rosenthal-Platz eintrafen, begrüßte sie ein Transparent mit der Aufschrift »Hände weg vom Rias – Raus mit den Stasi-Lumpen«.

Tatsächlich ist nicht einzusehen, warum dem Rias die Bearbeitung der Hirne nicht alleine überlassen wird. Warum soll ein wenn auch kläglicher Rest DDR-Tradition das Gesamtbild des Nationalfunks aufhellen, dem der Rias ganz sicher den richtigen Pep oder Pfiff geben wird? Anstatt aber einfach Posten und Programm einzufordern, die ihm, wenn es um Deutschlands Rettung geht, zustehen, läßt der Rias die neuen Kollegen auf Stasi-Mitarbeit und ihre Beiträge – die bisweilen durch eine »atonale Zumutung« auffallen, die »nicht zu unserem Programmauftrag« gehört (Rias-Chef S. Buschschlüter) – auf eventuell noch vorhandene Reste von Intelligenz inspizieren.

Der Anführer dieses erbitterten Kampfes gegen die Stasi-Intelligenz heißt lustigerweise Hans-Georg Soldat. Schon vor dem Zusammenschluß warnte der »geborene Ostpreuße« (»FAZ«) in der »Wochenpost« davor, DS-Mitarbeiter ohne vorherige

Prüfung durch Pfarrer Gauck an die Mikrophone zu lassen: »Am schwersten wiegt aber wohl, daß auf diese Weise eine Allianz von naiven oder naiv tuenden ›Wessis‹ und ehemaligen Parteikadern erneut ein Stück DDR-Geschichte abwickelt und die Millionen Hörer des Rias der Gefahr aussetzt, ideologisch von den gleichen Kräften indoktriniert zu werden, von denen sie sich zu befreien suchen.« Das ist nicht zu verstehen: Wird die unheilige Allianz aus Naiven und Parteikadern den Sozialismus abwickeln oder wird sie ihn predigen? Wird von ihr die DDR-Geschichte begraben oder fortgesetzt? Hier kommt nun doch der mißliche Umstand zum Tragen, daß der einzige Kommunismus, von dem der Rias seine Millionen Hörer allenfalls noch befreien kann, jener ist, den man nach dem PDS-Politiker, welchen die SPD unter Aufbietung aller ihr zur Verfügung stehenden Mittel daran gehindert hat, Potsdam zu regieren, »Kutzmutz-Kommunismus« nennen sollte. Aber, wehret den Anfängen!

Inzwischen hat der Soldat, hinter dem Gerüchten zufolge die Mehrheit der Rias-Kampftruppe steht, das Schlachtfeld verlassen. Das heißt, er hat beim Rias unter Protest gekündigt und ist jetzt, soweit ich sehe, nur noch »Jury-Vorsitzender des Künstlerhauses Schloß Wiepersdorf«. Man muß zu seinen Ungunsten annehmen, daß er glaubte, was er schrieb. Ich hatte das Vergnügen, den Mann zu erleben, als er, außer sich vor Wut, einen Schnellhefter, auf welchem ein riesiger Rias-Aufkleber prangte, chruschtschowgleich gegen eine Tischkante schlug. Ausgerechnet der des Kommunismus vollkommen unverdächtige Biermann-Anwalt Dr. Lehmann-Brauns, bis heute die Schaltstelle zwischen DDR-Opposition und CDU, hatte den alten Haudegen aufgebracht. Lehmann war die Wahrheit entschlüpft, man könne am Autoradio drehen wie man wolle, in Berlin empfange man nur noch Schwachsinn.

Das Berliner Programm des Deutschlandradios klingt schon jetzt wie der alte Rias. Der Vormittag, unter Kuratel der Rias-Leute stehend, ist vollständig magaziniert, d.h. versülzt, und bringt zwischen flachen Kurzbeiträgen aus Politik und Gesellschaft eine Mischung aus Klassikhits und Schlagern. Die DS-Kultur-Fraktion schaltet nachmittags und abends z.B. nach sensiblen Hörstücken Promotion für Segelboote und versucht, dem westlichen Geschmack zu schmeicheln. Wenn die letzten Stasi-Agenten und alle geheimen Nostalgiker enttarnt und eliminiert sind, werden wir ein repräsentatives Programm empfangen können. Kehrt dann der Soldat zur Truppe zurück?

Stefan Ripplinger schrieb in KONKRET 10/93 über Rainald Goetz

Konkret 03/94, S. 44

Kay Sokolowsky

Dienst am Volk

Bis heute wird die Naivität seiner Bildergeschichten gepriesen, manchen gilt er gar als politischer Märtyrer: Erich Ohser, genannt e. o. plauen, Schöpfer der Comic-Serie »Vater und Sohn«, war der populärste Cartoonist im nazistischen Deutschland und ein perfekter Opportunist. Rechtzeitig zu seinem 50. Todestag hat ihn der hiesige Kulturbetrieb wiederentdeckt

Warum kann man über *Krazy Kat* von George Herriman lachen, bis es wehtut, und warum eigentlich tut e. o. plauens *Vater und Sohn* niemandem weh? Obwohl beide Stücke doch im groben Ganzen zum gleichen Genre zählen? Darum: Der eine Comic-strip ist komisch, der andere aber humorvoll. Wobei das Wort Humor hier und fortan ganz im Sinne derer zu verstehen ist, die selten so gelacht haben und, wenn sie mal wieder einen Witz nicht verstehen, den Lachenden flache Albernheit und sich selber jene »klassische Heiterkeit« unterstellen, die Witze gar nicht nötig hat.

Sofern die Mundwinkel ihm nicht bis zum Kinn hinunterhängen, kann jeder Bratenrock behaupten, Humor zu besitzen. Denn der ist definiert als eine Stimmung, auch als Charaktereigenschaft, und die kann einem keiner so ohne weiteres absprechen, ohne zu beleidigen. »Mann, bist du humorlos!« meint gewöhnlich: »Gott, bist du ein Spielverderber!«, und das Spiel heißt Mensch-ärgere-dich-nicht. Humor ist gesellschaftlich hoch angesehen und erwünscht, weil der Humorvolle alle Übel, zumal die der Gesellschaft, »mit heiterer Gelassenheit« hinnimmt. Soviel noble Ignoranz verträgt sich natürlich nicht mit guten, d.h. bösen Witzen. Daß bei Produkten, die unter dem Etikett »Humor« daherkommen, mehr als ein Schmunzeln nicht drin ist, daß sie nie komisch, also: aufregend, sondern besänftigend, am besten: einschläfernd wirken, versteht sich daher von selbst. Um aber jedes Mißverständnis auszuschalten, werden gern die Etiketten »still«, »verhalten«, »leise«, »weise« und, hiesige Spezialität, »gut deutsch« daneben geklebt. Im Fall der *Vater und Sohn*-Bildergeschichten von e. o. plauen – d.i. Erich Ohser – wird das von jeher so gemacht; und zu Recht.

Bei Durchsicht der plauen-Sonderausgabe, die der Südverlag Konstanz anläßlich zweier runder Daten veranstaltet hat – 1993 hätte Ohser seinen 90. Geburtstag gehabt, 1994 ist er seit fünfzig Jahren tot – , findet sich schwerlich mehr als eine Handvoll wirklich komischer Comic strips; der riesige Rest ist lahm und *humorig*. Das hat ziemlich wenig mit den gut sechzig Jahren zu tun, die plauens Serie inzwischen alt ist, d.h. mit der Vergänglichkeit, der wie jedes Genre natürlich auch das komische unterliegt; sehr viel jedoch mit der Konzeption von *Vater und Sohn.*

Im Frühjahr 1934 beauftragte Johannes Weyl, Leiter des Zeitschriften-Zentralbüros im Ullstein-Verlag, den Redakteur Kurt Kusenberg, für die »Berliner Illustrirte« eine Comicserie zu entwickeln. Unter den Zeichnern, die Kusenberg um Probearbeiten bat, war auch Erich Ohser. Seit über einem Jahr ohne Einkommen – ihm war der Eintrag in die Berufsliste der Reichspressekammer verweigert worden, mithin jede Möglichkeit, in Deutschland zu publizieren – , nahm Ohser seine Chance wahr und legte Kusenberg gleich drei Entwürfe vor. Der, in dem *Vater und Sohn* figurierten, wurde schließlich angenommen. Weyl schaltete als Mittelsmann zum Propagandaministerium den selbständigen Presseagenten Alfred Gerigk ein, der, dank besten Verbindungen, das Placet für die Serie erhielt. Einzige Bedingung: Der Autor mußte unter Pseudonym erscheinen. Erich Ohser konstruierte es aus seinen Initialen und dem Namen der Stadt, in der er aufgewachsen war: e. o. plauen.

Der Titel der Serie beschreibt zugleich ihr Programm: *Vater und Sohn* sind die dauernden und einzigen Darsteller, weitere Figuren treten nur als Statisten auf. Das Schema, das Ohser sich vorgab und aus dem die »Berliner Illustrirte« ihn nicht mehr entließ, lautet: Einer stellt was an, der andere tut mit, beide haben den Salat; Moral incl.; eben: »guter deutscher Humor«, wie ihn der Herr Lehrer gern hat, weshalb *Vater und Sohn* auch in kaum einem Deutschbuch für Fünftkläßler fehlt. – Das *und* im Titel ist nicht nur ein Bindewort, es bedeutet vielmehr die Kumpanei der Helden, ihre innere Identität: Keiner macht was ohne den andren, weil keiner der beiden das möchte. Die Zeit hat nicht den geringsten Einfluß auf sie: Der Alte ist von der ersten Folge an – die im Dezember 34 erschien – ein Dicker mit Schnauzbart und Glatze, ziemlich wenig respektabel, im Grunde sogar infantil und alles in allem ganz entzückend verspielt; der Kleine wächst weder noch wechselt er sein Hemd in den gut 150 Geschichten, die wöchentlich folgten, er kämmt sich nie, ist ziemlich wenig ängstlich und alles in allem ganz entzückend verspielt. Weil das Serienschema jegliche Entwicklung der Charaktere verbietet, kann es in *Vater und Sohn* überhaupt nicht um Erziehung gehen – die beide nötig hätten – , sondern allein darum, zu demonstrieren, daß auf der Welt die besten Kumpel Erzeuger und Stammhalter sind.

Eine weniger harmlose, wirklichkeitsnähere, eine komische Serie hätte natürlich *Vater gegen Sohn* heißen müssen. Doch so wie Weyl und Kusenberg schon die bloße Idee abging, es könne »heitere Unterhaltung« etwas anderes sein als die miefige Fluchtwelt, die Goebbels darunter verstand (und jeder Volksgenosse bis heute, bis zur »Florida Lady« versteht) – genauso fiel es Ohser gar nicht ein, seine Serie anders als niedlich, nett, *humorvoll* anzulegen: die beiden anderen Entwürfe, die er Kusenberg präsentiert hatte, zeigten »neben einer spaßigen Kofferszene im D-Zug (einen) Fakir, der die Wüste verzaubert« (Detlev Laubach).

Die bis heute hochgelobte Naivität von *Vater und Sohn* ist kalkuliert, unecht, unwahr wie das Klischee, von dem sie abstammt, das von der »Unschuld der kindlichen Seele«. Zugegeben, Kinder haben an *Vater und Sohn* viel Vergnügen; was aber vor allem daran liegen dürfte, daß sie sich nur zu gern dieselbe Geschichte immer wieder erzählen lassen. Und sklavischer als e. o. plauen hat selten einer das Gesetz der Serie, die Wiederholung des Altbekannten, befolgt. Den stereotypen Motiven – die Glatze des Vaters muß gleich elfmal herhalten – entspricht die Abgedroschenheit der Themen: Sechsundzwanzig Folgen lang widmet plauen sich dem ödesten und ausgelutschtesten aller Cartoonstandards, dem Inselwitz. Der große Erfolg von *Vater und Sohn* auch beim erwachsenen Publikum hat ein Gutteil damit zu tun, daß der Bürger Überraschungen nicht liebt.

Konsequent bestätigt die Moral von der Geschicht', ohne die plauen kaum auskommt, stets die des Spießers: Geld allein macht nicht glücklich; Schönheit hat kein Herz; Strafe muß sein; eine Ohrfeige hat noch keinem geschadet. (Überhaupt wird in *Vater und Sohn* so oft geprügelt, daß man gern wüßte, ob alle die Rezensenten, dievom »antiautoritären Geist« der Serie schwafeln, in ihrer Kindheit eventuell einige Schläge auf den Hinterkopf zuviel abbekommen haben.) Das reaktionäre Wesen der Serie prägt auch die Bilder. Die Figuren sind reduziert auf schlichteste Zeichen – das struwwelige Haar des Sohns meint Unsinn im Kopf, der Bierbauch des Vaters Gemütlichkeit; und der durchgehende Verzicht auf Schatten, Schraffuren und detaillierte Hintergründe verweist auf eine Weltsicht, die allem mißtraut, was mehrere Seiten und doppelte Böden hat.

Das freundliche Lächeln, das der plauen-Comic im Propagandaministerium erntete, verdankte sich nur am Rande dem Agententalent Alfred Gerigks. *Vater und Sohn* war eben nicht, um, stellvertretend für die meisten Kritiker, Friedrich Luft zu zitieren, »in einer lügnerisch ›total‹ politisierten Epoche ... eine kleine Oase fast unbekümmerter Menschlichkeit«, sondern, wie alles im Reich, Teil des *wirklich* totalen Systems und so wenig weltfremd, daß Figuren und Mittel der Serie sich ohne Stilbruch für Parteireklame verwenden ließen. Dabei ist Erich Ohser nie ein Nazi gewesen und nicht mal ein geschickter Mitläufer.

1903 in die Familie eines kleinen Zollbeamten hineingeboren, stecken ihn die Eltern, obwohl sein Zeichentalent sich schon früh gezeigt hat, nach der Mindestschulzeit in eine Schlosserlehre. Die ihm angeratene Weiterbildung zum Kunstschlosser macht Ohser nicht mehr mit; er zieht nach Leipzig, um dort die Abendkurse der Kunstakademie zu besuchen. Ein Jahr später wird der gerade Achtzehnjährige dank seiner offenbaren Begabung als ordentlicher Student akzeptiert. Das Studium finanziert er sich selbst, erst als Bürokraft, dann mit Wettbewerbspreisen, die er regelmäßig abräumt.

Erich Knauf, Redakteur der »Plauener Volkszeitung«, verschafft ihm Honoraraufträge; aus der Geschäftsbeziehung wird bald eine Freundschaft, buchstäblich bis in den Tod. Über Knauf lernt Ohser, 1923, Erich Kästner kennen; in den folgenden Jahren illustriert er fast alles, was an dessen Texten zu illustrieren ist. 1927 schließt Ohser seine Studien »mit sehr gutem Erfolge« ab; einige Monate später beschließen er und Kästner, in Berlin ihr Glück zu versuchen, Knauf folgt nach. 1930 heiratet Erich Ohser seine frühere Kommilitonin Marigard Banzer.

Sein halbexpressionistischer Stil, dieser »kratzige, oft tusche verspritzende, manchmal kindlich-naiv-aggressive strich« (Ohser) – auf den e. o. plauen bis zur Selbstverleugnung verzichten wird – , reüssiert: Nachdem er für mehrere kleine Journale gearbeitet hat, zeichnet er jetzt für den »Vorwärts« politische Karikaturen. Erich Ohser »bejahte ... die Grundsätze der Sozialdemokratie, stand aber dem Kommunismus seit eh und je ablehnend gegenüber«, bemerkt Detlev Laubach in seinem breiten Nachwort zur plauen-Gesamtausgabe, die seit 1982 vorliegt.

Seine Verbindung mit dem »Vorwärts«, zumal seine Karikaturen von Hitler und Goebbels tragen Ohser im erwachten Deutschland das Publikationsverbot ein. Doch obwohl seine Aussichten, im Ausland einen Verleger zu finden, nicht schlecht sind, will er nicht emigrieren. Er, der nie eine Fremdsprache gelernt hat, wäre lieber »Droschkenkutscher oder irgendwas, als daß wir nach Paris gehen«, und hofft, wider das bessere Wissen seiner Satiren, darauf, daß die Nazis sich bald ausgetobt haben werden.

Doch Ohser wird kein Taxifahrer, sondern e. o. plauen, der populärste Cartoonist im Reich. Das mühsame Durchfretten der Kleinfamilie – 1931 wurde Sohn Christian geboren – vom Ersparten und von Illustrationsaufträgen an Marigard Ohser ist vorbei, denn die »Berliner Illustrirte« zahlt ihrer hohen Auflage angemessen; als das erste Honorar eintrifft, wirbelt »Ohser die Geldscheine vergnügt und ausgelassen durch das Zimmer« (Laubach). Die verlegerische Entscheidung für *Vater und Sohn* ist jedenfalls goldrichtig: Der erste Sammelband, Ende 35 im Handel, verkauft sich gleich neunzigtausendmal; und das Merchandising der beiden Papierkameraden – von Puppen aus Marzipan über Lotteriewerbung bis zu bedruckten Aschenbechern – läuft wie von selbst. Und 1936 wird sogar das Regime Lizenznehmer, allerdings gratis.

Denn in diesem Jahr schließt der Reichsverband der Deutschen Presse Erich Ohser erneut aus, um ihn gegen die Zusage, fürs Winterhilfswerk sowohl seine Figuren wie sich und Sohn Christian einzusetzen, wieder aufzunehmen. Die sechs *Vater und Sohn*-Geschichten, die ganz unverhohlen den NS-Staat preisen, erscheinen bis auf eine am regulären Platz in der »Berliner Illustrirten« (und auch in der Gesamtausgabe von 1982; freilich etwas versteckt, verkleinert und mit einer

Legende versehen, deren Schönrednerei und mutwilliges Doofstellen so gut ins Vierte Reich passen wie die ganze Edition).

Im Herbst 37, zwei Folgen nachdem auch die letzte Zuflucht des *Humors*, die einsame Insel, nichts mehr hergegeben hat, stellt Ullstein die Serie ein; und der Autor läßt seine Geschöpfe mythischen Gestalten gleich abgehen: *Vater* verwandelt sich in den Mond, *Sohn* wird zum Fixstern. (Selbstironie, wohl, aber so aufdringlich blinzelnd und schmunzelnd wie sämtliche 150 Folgen zuvor. Allein diese Geschichte reichte zum Beweis, daß *Vater und Sohn* nie ein Komik-strip gewesen ist.)

Kurz vorm deutschen Überfall auf Polen reist Erich Ohser mit Frau und Kind nach England; doch obgleich er sich dort wohl und frei fühlt, sogar Verwandte hat, die ihn aufnehmen würden, wagt er wieder nicht die Emigration. Er kehrt heim, wird 1940 Starzeichner in Goebbels' Renommierjournal »Das Reich« und bezieht die höchsten Honorare seiner Karriere für Karikaturen, die erst gegen Churchill, und dann, und vor allem, gegen die Sowjetunion die bewährte Witzarmut e. o. plauens entfesseln. »Wir haben sehr viel darüber gesprochen, weil ich es für falsch hielt«, berichtet Marigard Ohser später. Aber »es war durchaus nicht nur die Versuchung nach einem äußerlich guten Leben ..., sondern ganz einfach die Liebe zu seinem Land, das er ... schützen wollte durch seine ihm gegebenen Mittel«. Nämlich vor den Bolschewiken, die er schon 1930, bei einer Moskaureise mit Kästner, als die ärgsten Feinde der Menschheit entlarvt hatte. Immerhin wehrt Ohser sich dagegen, auf diesen Dreck antisemitische Karikaturen zu setzen: Einmal, endlich, macht e. o. plauen nicht mit, was von ihm erwartet wird.

Im Winter 43 schickt er Frau und Kind in die süddeutsche Provinz und bezieht mit Erich Knauf eine Wohnung am Stadtrand Berlins. Kurz darauf werden beide verhaftet, denunziert von einem Mitinsassen ihres Kellerbunkers. »Ein deutscher Sieg wäre unser größtes Unglück«, sollen sie gesagt haben, »weil Hitler ... dann erst ein richtiger Nationalsozialist werden« will. Ihr Fall geht direkt an Roland Freisler; Goebbels selbst dringt auf schnellste Erledigung. Ohsers Prozeß wird auf den 6. April 44 angesetzt; in der Nacht zuvor nimmt er sich das Leben, einen Abschiedsbrief hinterlassend, der Knauf vor Freisler retten soll. Trotzdem, natürlich, wird sein engster und bester Freund zum Tode verurteilt.

Kein Nazi, nicht mal ein geschickter Mitläufer; aber ein überzeugter Kommunistenfresser und, wenn's ums Geld ging, ein perfekter Opportunist: Erich Ohser ist immer ein Kind der Klasse geblieben, der er mit so viel Ehrgeiz und Energie zu entrinnen versucht hatte. Kleinbürgerlich wie die Ideologie von *Vater und Sohn* war seine Angst vor der Emigration; kleinbürgerlich wie sein Respekt vor Akademikern die modische Imitation von Expressionismus im früheren Werk. Selbst die mutigste Tat seines Lebens, der Freitod, zeigt nur noch einmal, wie befangen Erich Ohser von Furcht und Elend seiner Klasse gewesen ist.

Daß sich der Südverlag Konstanz in Laubachs Nachwort und den Pressemitteilungen zur plauen-Sonderausgabe alle Kritik an Ohser verkneift und dessen Propagandaarbeit nach Kräften entschuldigt, nimmt nicht weiter wunder. Schließlich ist *Vater und Sohn* das beste Pferd im Stall, und außerdem hatte der Verlagsgründer, Johannes Weyl,als er noch Leiter des Zeitschriften-Zentralbüros bei Ullstein war, nichts unternommen, dem Angestellten diese Arbeit zu ersparen. Daß aber der Pressespiegel zur Gesamtausgabe neben hastigen Abschriften des Klappentextes ausschließlich Artikel enthält, die den Selbstmord Ohsers zum Anlaß nehmen, ihm das Schicksal eines Märtyrers anzudichten (sogar »Menschenrechtler« nennt ihn ein schon singulärer Flachkopf von Radio Hagen) – : Das paßt post festum der »IM Arschloch«-Exzesse so gut in die heimische Landschaft wie die forcierte Beatificatio Ernst Jüngers oder der Jean-Paul-Preis an Gertrud Fussenegger.

Ach, wäre doch Offissa Pup nicht dauernd damit beschäftigt, Ignatz Mouse für Ziegelsteinwürfe auf Krazy Kat zu verknacken ...! Ich bäte ihn, die ganze Bande zu Ignatz zu sperren. Und sähe mir gerne an, wie ihr guter deutscher Humor sich dann bewährte. Aber das liegt jetzt wirklich völlig neben dem Thema.

e. o. plauen: Vater und Sohn. Sonderausgabe in 3 Bänden. Mit einem Begleitheft. Südverlag, Konstanz 1993;

e. o. plauen: Vater und Sohn. Die große Gesamtausgabe. Südverlag, Konstanz 1982

Kay Sokolowsky schrieb in KONKRET 1/94 über»The Death of Superman«

Konkret 03/94, S. 47

Karlheinz Deschner

Mit Gott und den Faschisten XII

Das römische Papsttum – durch Krieg und Betrug groß geworden, durch Krieg und Betrug groß geblieben – hat im 20. Jahrhundert entscheidend die Heraufkunft aller faschistischen Staaten gefördert, am meisten begünstigt aber gerade das schlimmste Verbrecherregime, das des Ante Pavelic in Jugoslawien.

Dieser ehemalige Rechtsanwalt aus Zagreb, der in den dreißiger Jahren meist in Italien seine Banden drillte, ließ 1934 in Marseille König Alexander von Jugoslawien ermorden, wobei auch der französische Außenminister fiel; feierte zwei Jahre später in einer Denkschrift Hitler als Deutschlands »größten und besten Sohn« und kehrte 1941, von Mussolini mit Waffen und Geld ausgerüstet, beim deutschen Einmarsch in Jugoslawien dorthin zurück. Als absoluter Despot beherrschte Pavelic im sogenannten unabhängigen Kroatien drei Millionen katholische Kroaten, zwei Millionen orthodoxe Serben, eine halbe Million bosnische Moslems sowie zahlreiche kleinere Volksgruppen. Im Mai trat er fast die Hälfte des Landes in aller Form an seine Angrenzer, besonders an Italien, ab und wurde dort (wiewohl wegen des Doppelmordes von Marseille zweimal, von Frankreich und Jugoslawien, in Abwesenheit zum Tod verurteilt) in besonders feierlicher Privataudienz von Pius XII. empfangen und gesegnet. Der große Faschistenkomplize entließ ihn und seine Suite in freundschaftlichster Weise mit den besten Wünschen, so wörtlich, für die »weitere Arbeit«.

Darauf begann ein katholischer Kreuzzug, der den schlimmsten mittelalterlichen Massakern nicht nachsteht, sie eher übertrifft. 299 serbisch-orthodoxe Kirchen wurden nun im »Unabhängigen Kroatien« ausgeraubt, vernichtet, viele auch zu Warenhäusern, öffentlichen Toiletten, zu Ställen gemacht. 240.000 orthodoxe Serben hat man zum Katholizismus zwangsbekehrt und ungefähr eine dreiviertel Million ermordet. Man erschoß sie massenweise, erschlug sie mit Äxten, warf sie in Flüsse, in Abgründe, ins Meer. Man massakrierte sie in sogenannten Gotteshäusern, zweitausend Menschen in der Kirche von Glina. Man stach ihnen lebend die Augen aus, schnitt ihnen lebend die Ohren und Nasen ab, man begrub sie lebendig, man erwürgte, köpfte oder kreuzigte sie. Die Italiener fotografierten einen Mordbuben des Pavelic, der um seinen Hals zwei Ketten aus menschlichen Zungen und Augen trug.

Auch fünf Bischöfe und mindestens 300 Priester der Serben hat man geschlachtet, zum Teil auf fürchterliche Weise, wie den Popen Branko Dobrosavljevic, dem man Haar und Bart ausriß, die Haut abzog, die Augen heraussäbelte, während man seinen kleinen Sohn vor ihm buchstäblich in Stücke schnitt. Der achtzigjährige Metropolit von Sarajevo, Petar Simonic, wurde erwürgt. Indes der katholische Erzbischof der Stadt Oden zu Ehren des Pavelic, »des angebeteten Führers«, schrieb und in seinem Diözesenblatt die revolutionären Methoden, wörtlich »zum Dienst der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Ehre« pries.

Die katholischen Schlachtfeste in »Groß-Kroatien« waren so grauenhaft, daß sie selbst die italienischen Faschisten schockierten, daß sogar hohe deutsche Stellen protestierten, Diplomaten, Generäle, noch der Sicherheitsdienst der SS und Naziaußenminister von Ribbentrop. Ja, wiederholt griffen, provoziert durch die »Abschlachtung» der Serben, deutsche Truppen gegen die eigenen kroatischen Verbündeten ein.

Und dieses Regime – Wahrzeichen und Kampfmittel »Bibel und Bombe nebeneinander« – war von seiner ersten bis zu seiner letzten Stunde ein durch und durch katholisches Regime und engstens mit der römisch-katholischen Kirche verbunden. Sein Diktator Ante Pavelic, ebenso ins Führerhauptquartier und auf Hitlers Berghof reisend wie in den Vatikan, wurde vom kroatischen Primas Stepinac »ein ergebener Katholik«, von Papst Pius XII. (noch 1943!) »ein praktizierender (!) Katholik« genannt. Auf Hunderten von Fotos erscheint er zwischen Bischöfen, Priestern, Nonnen, Mönchen. Ein Geistlicher erzog seine Kinder; er hatte einen eigenen Beichtvater und in seinem Palast eine eigene Kapelle. Zahlreiche Kleriker gehörten seiner Partei an, den Ustaschen, die ständig die Worte Gott, Religion, Papst, Kirche im Mund führten. Bischöfe und Priester saßen im Sabor, im Ustascha-Parlament. Geistliche dienten als Offiziere in Pavelics Leibwache. Die Ustascha-Kapläne schworen gehorsam vor zwei Kerzen, dem Kruzifix, einem Dolch und Revolver. Jesuiten, mehr noch Franziskaner, führten bewaffnete Mordbanden an, organisierten Massaker: »Nieder mit den Serben!« Sie erklärten »die Zeit gekommen für den Revolver und das Gewehr«; erklärten, es sei »keine Sünde mehr, ein siebenjähriges Kind zu töten, wenn es gegen die Gesetzgebung der Ustaschen verstößt«. »Alle Serben in möglichst kurzer Zeit zu töten«, das nannte der Franziskaner Simic, ein Militärvikar der Ustaschen, wiederholt »unser Programm«. Franziskaner waren auch Henker in Konzentrationslagern. Sie schossen im »Unabhängigen Kroatien« nur so aus dem Boden, in diesem »christlichen und katholischen Staat«, dem »Kroatien Gottes und Marias«, dem »Königtum Christi«, wie die katholische Presse des Landes jubelte, die auch Adolf Hitler als »Kreuzfahrer Gottes« pries. Das Konzentrationslager Jasenovac hatte zeitweise den Franziskaner Filipovic-Majstorovic zum Kommandanten, der dort in vier Monaten 40.000 Menschen liquidieren ließ. Der Franziskaner-Stipendiat Brzien hat hier in einer Nacht, am 29. August 1942, 1.360 Menschen mit einem Spezialmesser geköpft.

Nicht zufällig dankte der Primas des katholischen Gangsterparadieses, Erzbischof Stepinac, als er im Mai 1943 im Vatikan die Verdienste der Ustascha betonte, dem kroatischen Klerus, »vor allem den Franziskanern«. Und natürlich wußte der Primas, der Ustascha-Verherrlicher, der Ustascha-Militärvikar, das Ustascha-Parlamentsmitglied, ebenso über alles in diesem hochkriminellen Pfaffendorado Bescheid, wie Seine Heiligkeit Papst Pius XII. selbst, der seinerzeit den Kroaten eine Audienz nach der anderen gab, Ustascha-Ministern, Ustascha-Diplomaten, und der Ende 1942 der Ustascha-Jugend zurief, an deren Uniformen das große »U« mit der darin explodierenden Bombe prangte: »Es leben die Kroaten!« Die Serben starben damals, etwa 750.000, um es zu wiederholen, oft nach gräßlichen Torturen, 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung Groß-Kroatiens – das Ganze von mir in dem Rowohlt-Titel *Die Politik der Päpste im 20. Jahrhundert* ausführlich dokumentiert und belegt. Und ohne Kenntnis dieses alptraumhaften Blutbades kann man die Vorgänge dort heute überhaupt nicht verstehen, Vorgänge, an denen sogar der Außenminister der uns befreundeten USA den Deutschen, das heißt der Regierung Kohl/Genscher, eine besondere Schuld beimaß. Mehr involviert ist nur der Vatikan, der schon seinerzeit durch Papst Pius XII. nicht bloß darin, sondern in die ungeheuersten Greuel der faschistischen Ära insgesamt derart verstrickt war, daß es, so schrieb ich vor nun bereits 30 Jahren, »bei der Taktik der römischen Kirche nicht verwunderlich wäre, spräche man ihn heilig«.

Wie auch immer: Der Vatikan hat sämtliche faschistischen Regime der zwanziger, dreißiger und vierziger Jahre maßgeblich mit etabliert. Er hat samt seinen Bischöfen alle faschistischen Staaten von ihren Anfängen an systematisch unterstützt. Er war der entschiedene Förderer von Mussolini, Hitler, Franco, Pavelic, und somit wurde die römisch-katholische Kirche auch entscheidend mitschuldig am Tod von etwa sechzig Millionen Menschen, nicht zuletzt auch am Tod von Millionen Katholiken. Nicht irgendein mittelalterliches, sondern das 20. Jahrhundert ist, zumindest quantitativ gesehen, das kriminellste der Kirchengeschichte.

Diesen Text hat Karlheinz Deschner am 26.12.93 als letzten Teil seiner TV-Sendereihe zur Politik der Päpste im 20. Jahrhundert vorgetragen. Diese Sendereihe wurde von Kanal 4 auf der Frequenz von RTL ausgestrahlt

Konkret 03/94, S. 48

Ludger Weß

Im Schatten von Nürnberg

Über die Menschenversuche mit radioaktiven Substanzen, die von 1943 bis in die siebziger Jahre an Hunderten von US-Amerikanern durchgeführt wurden, ist in den letzten Wochen vielfach berichtet worden. Dabei war allerdings weder über ihre militärischen Hintergründe etwas zu erfahren, noch wurde die Frage gestellt, welche ethischen Maßstäbe damals hätten gelten sollen und welche tatsächlich angelegt wurden. Ähnlich wie beim Nürnberger NS-Ärzteprozeß zeigt sich, daß Motive und Mechanismen, die zu diesen Versuchen führten, eng mit dem Selbstverständnis der modernen Medizin verbunden sind

Als Anfang 1942 in den USA die Arbeiten an der Entwicklung einer Atombombe begannen, sahen sich die Atomphysiker mit einer Vielzahl von radioaktiven Substanzen konfrontiert, über deren gesundheitliche Gefahren nichts bekannt war. »Unsere Physiker waren besorgt«, erinnert sich der Physiknobelpreisträger Arthur Compton, einer der Mitbegründer des Atombombenprojekts. »Sie kannten das Schicksal der ersten Wissenschaftler, die mit Radioaktivität experimentierten ... Nun würden sie selbst mit Materialien arbeiten, die millionenfach aktiver waren als die der Pioniere. Was würde ihre eigene Lebenserwartung sein?«

Compton ordnete daher 1942 die Gründung einer Gesundheitsabteilung an, zu deren Direktor Robert S. Stone berufen wurde, ein Mediziner der University of California mit Erfahrung beim medizinischen Umgang mit Strahlen und radioaktiven Isotopen. Die Abteilung, der Unterabteilungen für biologische Forschung, Medizin und »Gesundheitsphysik« (eine Tarnbezeichnung für Strahlenschutz) nachgeordnet waren, sollte die Strahlenbelastung messen und bewerten, die gesundheitlichen Risiken aufklären und für Strahlenschutz sorgen – alles Pionieraufgaben, denn es gab zu diesem Zeitpunkt nur wenige Meßverfahren, und lediglich für den Umgang mit Röntgen- und Gammastrahlen, Radium und Radon existierten Sicherheitsstandards.

Strahlenschutz

Die beiden ersten Probleme, denen sich Stones Mannschaft zuwandte, waren die Giftigkeit des Urans und die Frage, wieviel Strahlung die Arbeiter vertragen könnten. Sehr bald griff man dabei zu Versuchen an Menschen: Die Giftigkeit von Uran erprobten ab September 1942 Krebsspezialisten an Patienten eines Chicagoer Hospitals und am Massachusetts General Hospital. In einer der Versuchsreihen erhielten zwölf an Hirntumor erkrankte Patienten Uranlösungen gespritzt, um die Menge herauszufinden, die Nierenschäden verursachen würde. Die Versuchspersonen wurden über den Zweck der Injektionen nicht aufgeklärt.

Die menschliche Strahlentoleranz wurde an Krebspatienten des New Yorker Memorial Hospitals getestet. Stone gab dazu 1948 zu Protokoll: »Ich gebe offen zu, daß ich 1942 ... sehr stark von dem Umstand beeinflußt war, daß wir soviel wie möglich über die Effekte von Ganzkörperbestrahlung bei Leuten mit relativ normalem Blutbild lernen mußten. Damals stand ich vor dem Problem, eine Arbeitsmoral aufbauen zu müssen, und die Beschäftigten des Atombombenprojekts waren ernsthaft besorgt über die Langzeitfolgen der Strahlenbelastung.«

Acht Krebskranke wurden dieser Arbeitsmoral geopfert: Sie erhielten eine Ganzkörperbestrahlung von 300 rad innerhalb eines Monats, knapp unterhalb der Belastung, die bei 50 Prozent der Betroffenen sicher zum Tod führt – fünf von ihnen starben innerhalb des nächsten halben Jahres.

Doch diese Experimente waren erst der Anfang. Als man das 1941 erstmals hergestellte Element Plutonium als bombentauglich erkannt hatte, wurde Joseph Hamilton, Medizinprofessor an der University of California in San Francisco, mit toxikologischen Studien beauftragt. Die Tierversuche ergaben, daß es äußerst schwierig war, Stoffwechselwege und Ausscheidungsverhalten des Plutoniums im Körper zu bestimmen; sicher war nur, daß Plutonium sich ähnlich wie Radium bevorzugt an den Knochen ablagerte und von dort aus das umgebende Gewebe verstrahlte. Als dann Ende 1944 ein Chemiker des Manhattanprojekts bei einem Unfall eine unbekannte Menge Plutonium verschluckte und die Gesundheitsabteilung ratlos war, unterstützte J. Robert Oppenheimer, Direktor des Atombombenlabors in Los Alamos, nachdrücklich Versuche am Menschen.

Hamilton injizierte im Mai 1945 dem damals 58jährigen Anstreicher Albert Stevens als erstem von insgesamt 18 Menschen eine Dosis Plutonium. Die Versuchspersonen, darunter ein fünfjähriger Junge, wurden nicht über Zweck und Gefährlichkeit der Injektionen aufgeklärt; sie galten als »terminale Patienten«, eine interne Definition, die ihnen eine Lebenserwartung von bis zu zehn Jahren attestierte – lange genug, um das Verhalten des Plutoniums ausgiebig studieren zu können. Stevens allerdings überlebte das Experiment um 21 Jahre. Die Versuche werden von einigen Spezialisten noch heute damit gerechtfertigt, daß die Ergebnisse nur am Menschen hätten gewonnen werden können und daß sie die Grundlage für sämtliche Kalkulationen über Verweildauer, Ausscheidungsverhalten und Belastungen plutoniumverseuchter Menschen bilden und viele Menschen vor großem Schaden bewahrt hätten.

Radiologische Kriegsführung

Doch die Mediziner und Wissenschaftler des Bombenbauprojekts waren nicht nur an arbeitsmedizinischen Problemen der Radioaktivität interessiert. Bereits im Mai 1941 hatte – so fand der amerikanische Historiker Barton J. Bernstein 1985 heraus – Compton mit einigen Kollegen der US-Regierung radioaktive Verseuchung als Waffe vorgeschlagen. Die »radiologische Kriegsführung« nahm auf ihrer Prioritätenliste zunächst sogar eine höhere Position als die Atombombe ein: Sie war leichter zu verwirklichen und hatte den Vorteil, daß Gebäude und Anlagen intakt blieben. Die Idee wurde von den Physikern des Manhattanprojekts bis zum Anfang der fünfziger Jahre hartnäckig verfolgt. Der Gesundheitsabteilung wurde 1942 eine militärische Unterabteilung hinzugefügt, die defensive und offensive Strategien der »radiologischen Kriegsführung« entwickeln sollte.

Enrico Fermi regte 1943 an, Lebensmittel des Gegners mit radioaktivem Strontium zu verseuchen; Oppenheimer bemerkte dazu, dieser Plan sei erst dann sinnvoll, »wenn genug von dem Zeug vorhanden ist, um eine halbe Million Menschen zu töten, denn es gibt keinen Zweifel, daß die tatsächliche Zahl der Betroffenen wegen der ungleichmäßigen Verteilung viel kleiner sein wird«. Das Konzept sah vor, Trinkwasser oder Milch mit Strontium zu verseuchen, und die Physiker errechneten, daß für eine halbe Million Menschen 500 Gramm ausreichen würden. Oppenheimer diskutierte die Einzelheiten mit Hamilton, und dieser schlug Versuchsreihen vor, um das Verhalten von radioaktiven Spaltprodukten nach Aufnahme durch Mund oder Lungen und nach einer Injektion zu untersuchen.

Stone reagierte begeistert und definierte die Forschungsaufgaben: »Wenn man einen Ort angreifen und jeden dort innerhalb von 24 Stunden mit Übelkeit und Brechreiz überziehen und handlungsunfähig machen wollte, wieviel radioaktives Material ... bräuchte man dafür? Wieviel wäre nötig, um den gleichen Effekt innerhalb einer Woche zu erzielen oder einen Ort für einen Monat unbewohnbar zu machen?« Stone dachte an Aerosole und Gase und wollte präzise Angaben über Konzentrationen, Partikelgrößen und andere Einzelheiten.

1943 wurde die radiologische Kriegsführung Teil des offiziellen atomaren Forschungsprogramms: Zeitweise wurde diskutiert, einfach den Strahlenmüll – Hanford produzierte zehnmal soviel Spaltprodukte wie Plutonium – in Bomben zu füllen. Doch nur eine relativ »reine« Bombe war in ihren Auswirkungen berechenbar. Nacheinander kamen radioaktives Strontium, Jod und schließlich Tantal in die Erprobung. Hamilton, Stone und später auch der vom Militär in das Projekt abgeordnete Radiologe Stafford L. Warren waren jedesmal maßgeblich beteiligt, und einige der jetzt bekannt gewordenen Menschenversuche stehen offensichtlich mit diesen Projekten in Zusammenhang.

Parallel zu Untersuchungen über die Wirkungsweise der einzelnen radioaktiven Stoffe gab es auch Feldversuche. Nach dem jüngsten Bericht des General Accounting Office des amerikanischen Kongresses wurden zwischen 1948 und 1952 mehrere Freisetzungsexperimente unternommen, um z. B. Informationen über die Verteilung radioaktiver Stoffe nach dem Abwurf einer radiologischen Bombe zu erproben. Dabei wurde die Verseuchung von Anliegern des Testgeländes bewußt in Kauf genommen. Anderen Quellen zufolge wurden Ende 1949 vier 2.000-Pfund-Bomben mit radioaktivem Material getestet. Amtliche Dokumente zeigen, daß Anfang der fünfziger Jahre genaue Daten über Verseuchungsgrad und -dauer einer mit Tantal-182 gefüllten Bombe, die ein radioaktives Aerosol erzeugte, existierten. Die »radiologische Kriegsführung« galt während des Kalten Kriegs ähnlich wie B- und C-Waffen als Ergänzung des und strategische Alternative zum Atomwaffenarsenal(s).

Kriegsmoral

Moralische Skrupel waren selten. Man hielt die Menschenversuche für notwendig, weil sich die USA im Krieg befanden. Zwar gab es – abgeleitet aus der britischen Rechtstradition – schon seit dem vorigen Jahrhundert in den USA die Vorstellung, daß ein Patient zu medizinischen Therapien und Versuchen seine Zustimmung geben müsse, aber während des zweiten Weltkriegs setzte sich die Medizin darüber hinweg. Um Therapien gegen Kriegsseuchen wie Malaria, Ruhr und Grippe zu finden, wurden Waisenkinder, geistig Behinderte und Strafgefangene als Versuchspersonen benutzt. Kriegsdienstverweigerer mußten sich für Hunger-, Kälte- und Hitzeversuche zur Verfügung stellen.

Die Kriegssituation ist nach Auffassung des amerikanischen Medizinhistorikers David Rothman konstitutiv für den Durchbruch einer skrupellosen Fortschrittsideologie unter amerikanischen Medizinern gewesen: »Die Lektion, die die medizinischen Forscher während dieses ersten ausgedehnten Rückgriffs auf menschliche Versuchspersonen lernten, war, daß der Zweck die Mittel heiligte und in Kriegszeiten die Anstrengung, Krankheiten zu besiegen, ihnen ein Recht dazu gab, Märtyrer für den wissenschaftlichen Fortschritt auszuwählen.«

Diese Entwicklung läßt sich am Beispiel einiger der an Menschenversuchen und der Herstellung von Massenvernichtungsmitteln beteiligten Wissenschaftler nachvollziehen. Sie waren sich der Perversität ihrer Vorschläge bewußt. So zögerte Eugene Wigner, Autor einer Projektskizze zum Thema »radiologische Kriegsführung«, lange, bevor er seinen Namen unter die Konzeptpapiere setzte. Wie Oppenheimer versuchte er, das Thema vor seinen Kollegen geheimzuhalten. Die Widerstände schwanden jedoch bei allen Beteiligten, als Einzelheiten über die Kriegsgreuel der

Nazidiktatur bekannt wurden und Geheimdienstberichte glauben machten, in Deutschland werde intensiv an Atomreaktoren und radiologischen Bomben gearbeitet.

Auch Hamilton plagten Skrupel: Als Stone 1945 weitere Menschenversuche mit radioaktivem Jod forderte, bat Hamilton um Aufschub, weil er befürchtete, die Ärzte des ins Auge gefaßten Krankenhauses würden die ethische Zulässigkeit der Versuche in Frage stellen. Doch aufgeben mochte er nicht – er schlug vor, die Versuche woanders durchzuführen.

Nachkriegsmoral

Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs gab es innerhalb der Atomic Energy Commission (AEC), die im August 1946 als zivile Nachfolgerin des Manhattanprojekts die Zuständigkeit für die Atomforschung erhielt, von Anfang an Zweifel an der Zulässigkeit der Menschenversuche: Die »Albuquerque Tribune«, die im Herbst letzten Jahres die Geschichte der Plutonium-Experimente minutiös recherchierte, zitiert verschiedene interne AEC-Memoranden von 1947, die eine vollständige Information der Beteiligten und deren Einwilligung für unabdingbar halten. Als Stafford Warren, inzwischen Leiter der Abteilung Biologie und Medizin der AEC, eine Ausweitung des Forschungsprogramms über die biomedizinischen Effekte der Radioaktivität forderte, warnten ihn seine Vorgesetzten, klinische Experimente seien nur zulässig, wenn sie auch der Therapie der Versuchspersonen dienten.

Parallel zu dieser Entwicklung fand im besetzten Deutschland vor dem amerikanischen Militärtribunal Nr. 1 der Nürnberger Ärzteprozeß statt. Angeklagt waren 20 Ärzte und drei hochrangige Verwaltungsbeamte, weil sie an einer Vielzahl von Menschen ohne deren Einwilligung und unter grausamen Umständen medizinische Versuche vorgenommen hatten. In die Urteilsbegründung vom August 1947 nahmen die Richter einen Zehn-Punkte-Katalog mit Kriterien für zulässige Menschenversuche auf, den in den USA auch die medizinische Presse aufmerksam zur Kenntnis nahm. Die American Medical Association reagierte mit Empfehlungen für Menschenversuche, die sich am Nürnberger Kodex ausrichteten. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war allen Medizinern die Unzulässigkeit von Versuchen bewußt, die ohne Aufklärung und Einverständnis der Versuchspersonen durchgeführt wurden oder die Gefahr bleibender Schäden heraufbeschworen.

In seiner Korrespondenz mit Warren bezog sich Hamilton danach ausdrücklich auf den NS-Ärzteprozeß. Da die Entwicklung der »radiologischen Kriegsführung« fortgesetzt wurde, bereiteten die AEC-Mediziner Versuche vor, die Toleranz von Menschen gegenüber radioaktivem Fallout zu bestimmen. Hamilton schrieb: »Aus politischen und wissenschaftlichen Gründen halte ich es für besser, so viele Daten wie möglich bei größeren Affen wie Schimpansen zu ermitteln. ... Wenn dies an Menschen gemacht wird, fürchte ich, daß die zuständigen Leute in der AEC mit beträchtlicher Kritik überzogen werden, weil dies zugegebenermaßen einen Anflug von Buchenwald hätte.« Er erinnerte daran, daß vorangegangene Menschenversuche beinahe tödlich verlaufen waren, fuhr dann aber fort, letztlich seien Menschenversuche bei dem Projekt unverzichtbar.

Der Buchenwaldvergleich war treffend aus mehreren Gründen: Erstens hatten dort Mediziner an Häftlingen u. a. Versuche vorgenommen, um die Wirkung verschiedener Gifte bzw. vergifteter Munition auf den Menschen zu ermitteln. Zweitens waren die Experimente lebensgefährlich gewesen, und drittens wurden die Versuche von den Verantwortlichen mit der Kriegssituation gerechtfertigt. Das Bewußtsein der Nähe zu den Experimenten in den deutschen Konzentrationslagern hielt jedoch die amerikanischen Ärzte nicht von ihren Experimenten ab. Sie verstärkten die Geheimhaltung der Versuche und zogen sich auf ähnliche Rechtfertigungen zurück wie ihre NS-Kollegen – der Kalte Krieg mußte gewonnen werden.

Ob bei Menschenexperimenten zur atomaren, biologischen und chemischen Kriegsführung, ob bei Versuchen mit Folter oder Wahrheitsdrogen – das Muster blieb immer gleich: Dem Gegner wurden unmenschliche Methoden unterstellt, also mußte man im eigenen Land entsprechende Vorkehrungen treffen. Als beispielsweise Geheimdienstberichte in den fünfziger Jahren andeuteten, in der Sowjetunion werde an der Herstellung atomar angetriebener Langstreckenbomber gearbeitet, entstand in den USA ein komplementäres Projekt. Da die Ingenieure darauf hinwiesen, daß die Einsatzfähigkeit eines solchen Flugzeugs um so geringer sein werde, je besser die Besatzung abgeschirmt sei, schlugen hinzugezogene Mediziner umgehende Versuche an Menschen vor, um die vertretbare Toleranzdosis ausfindig zu machen.

Das Beispiel ist noch in anderer Hinsicht bemerkenswert. Auf der Suche nach eventuell bereits vorhandenen Daten und in Unkenntnis der geheimen AEC-Experimente regten die Experten an, ehemalige NS-Spezialisten bzw. deren Unterlagen zu Rate zu ziehen. Hier zeigt sich exemplarisch die ambivalente Haltung, die amerikanische Mediziner zu den Menschenversuchen in Nazideutschland einnahmen, eine Einstellung, die bereits den Ärzteprozeß beeinflußte. Der dortige Sachverständige der Anklage, der amerikanische Neurologieprofessor Leo Alexander, stand nämlich gleichzeitig im Dienst einer Geheimdiensteinheit, die deutsche Wissenschaftler und ihre Ergebnisse auf ihren Nutzen für die Alliierten begutachtete. Die kaum verhohlene Bewunderung für die Resultate der deutschen KZ-Forschung, die als militärisch nutzbar galten, führte dazu, daß eine Reihe von schwer belasteten Medizinern gar nicht angeklagt wurden und statt dessen Verträge mit amerikanischen Dienststellen erhielten. Berühmtestes Beispiel sind deutsche Luftfahrtmediziner und C-

Waffen-Experten, die ihre Karriere in den USA bruchlos fortsetzen durften (vgl. den Bericht über die Aktion paperclip in KONKRET).

Menschenversuche und medizinischer Fortschritt

Die Erfahrung, daß es möglich war, sich aus Gründen der Staatsräson oder der Landesverteidigung ungestraft über ethische Normen hinwegzusetzen, weil nur Erfolge – neues Wissen, neue Therapien, Medikamente und Diagnoseinstrumente – zählten, hatte aber auch Folgen für die zivile Forschung. Die fünfziger Jahre verzeichneten eine einzigartige Zunahme von Menschenversuchen in der amerikanischen Medizin, die in aller Regel ohne Aufklärung und Einverständnis der Betroffenen vorgenommen wurden. Menschenversuche galten als Garanten des medizinischen Fortschritts und als allein gültiges Erfahrungsmittel der Medizin. Bereits 1957 warnte der kalifornische Medizinprofessor Guttentag vor dieser Entwicklung: »Die Beziehung zwischen einem Patienten und einem Arzt, der Experimente ausführt, die für den betreffenden Kranken nicht von unmittelbarem Wert sind, ist unpersönlich und objektiv; das ist durch den Charakter der Forschung bedingt. Die einzige Basis, auf der Arzt und Patient nun einander begegnen, ist das Experiment. ... Gewaltsam wird der Kranke entpersönlicht, und jeder subjektive Faktor wird ausgeschaltet. Im Drang nach Generalisierung und Spezialisierung ist Objektivität das Losungswort.«

Die Gegenposition bezog wenige Jahre später der Medizin-Nobelpreisträger Albert Szent-Györgyi: »Der Wunsch, Schmerzen zu lindern, hat in der Forschung wenig Wert. Wer diesen Wunsch hegt, dem sollte man raten, Werke der Barmherzigkeit zu vollbringen. Die Forschung braucht Egoisten, verfluchte Egoisten, die auf ihren eigenen Genuß und ihre Befriedigung aus sind und sie bei der Lösung der Geheimnisse der Natur finden.«

Diese Sichtweise war auch international verbreitet. Die Deklarationen des Weltärztebundes über Versuche an Menschen, die 1964 zustande kamen, fielen aus Angst, die medizinische Forschung könne behindert werden, hinter die im Nürnberger Kodex eingeforderten Schutzgarantien für die Versuchspersonen zurück. Neun Jahre später wurden sie auf dem Tokyoter Weltärztekongreß erneut verwässert. Ausgerechnet die deutsche Delegation unter Leitung des durch seine NS-Vergangenheit belasteten Ärztekammerpräsidenten Hans Joachim Sewering rechnete es sich als Verdienst an, daran maßgeblich beteiligt gewesen zu sein.

Wie der Harvard-Mediziner Henry Beecher 1966 in einer Studie über Menschenversuche in den USA aufdeckte, hielten es viele Ärzte mit Szent-Györgyis Forschungsfanatismus. Beecher beschrieb die experimentelle Verabreichung von Contergan an schwangere Frauen, medizinisch überflüssige operative Eingriffe bei Neugeborenen, die Infektion von Heimkindern mit Hepatitis und die Injektion von Krebszellen in den Blutkreislauf seniler Patienten - alles Experimente, die ohne Information, ohne Zustimmung und ohne Rücksicht auf die Patienten vorgenommen worden waren. Erst danach verabschiedete das National Institute of Health bindende Richtlinien für Menschenversuche, die alle von ihm finanzierten Projekte betrafen. Die Atomic Energy Commission zog erst 1970 nach und machte die Etablierung von Ethikkomitees und die Respektierung der Richtlinien obligatorisch für alle ihre Einrichtungen und Vertragspartner.

Die Geschichte der Menschenversuche in diesem Jahrhundert zeigt, daß die Medizin immer in Gefahr ist, ethische Grundsätze einem fragwürdigen Fortschrittsfanatismus zu opfern - nicht nur bei geheimen Forschungsprojekten. Fortschritte der Medizin und Fortschritte der Menschlichkeit gehen nicht notwendig zusammen.

Konkret 03/94, S. 52

Udo Sierck

Normalisierung der Debatte?

Über den Streit um die Frage, ob mit jenen, die von legalen »Euthanasie«-Aktivitäten träumen, zu diskutieren sei, vergessen manche, worum es eigentlich geht

Ende Oktober 1993 ging eine 71jährige Rentnerin aus Frankfurt, die ihre geistig behinderte Tochter getötet hat, straffrei aus dem Landgericht, weil, so die Urteilsbegründung, eine Sanktion »nicht nur überflüssig, sondern unangemessen wäre«. Der Richter folgte damit den gleichlautenden Anträgen von Verteidigung und Staatsanwaltschaft und sprach der Angeklagten, die einige Jahrzehnte für die Tochter gesorgt hatte, zum Schluß seiner Ausführungen seine Achtung und sein Mitgefühl aus.

Es geht mir nicht darum, die Anstrengungen in der Pflege und die ausweglos erscheinende Situation der Mutter, die zu der Tat führten, zu leugnen. Bedenklich erscheint mir, wie einhellig verständnisvoll der Akt des Tötens aufgenommen wird, wenn die Motive in der ganz persönlichen Überforderung im Zusammenleben mit behinderten Erwachsenen gesucht und gefunden werden können.

Wenige Tage später: Zu zweieinhalb Jahren Freiheitsstrafe wegen minderschwerem Totschlag verurteilte das Schwurgericht Landshut eine 35jährige Frau, die ihr behindertes Kind mit einem Kopfkissen erstickt und dann in die Isar geworfen hatte. Gutachter und Staatsanwalt gestanden der Mutter zu, daß sie mit der Erziehung des vierjährigen Jungen chronisch überfordert gewesen sei.

Wiederum ist mein Anliegen nicht, daß eine Person für ein Verbrechen noch länger im Gefängnis eingesperrt bleibt. Allerdings befürchte ich, daß das Strafmaß ungleich höher ausgefallen wäre, wenn es sich um einen nichtbehinderten Sohn gehandelt hätte. Denn daß da zuerst mit dem Nachwuchs etwas nicht stimmte, war die Kernaussage der über diesen Fall berichtenden Zeitungsartikel: Im Vordergrund der Makel, im Hintergrund die Tat, im Ergebnis die Strafmilderung – diese wie selbstverständlich angewandte Logik der Abfolge bildet das Resümee der Geschichte.

Ebenfalls im Oktober des letzten Jahres titelte der Kölner »Express«: »Aus Mitleid! Mutter tötete ihr behindertes Baby«. Die Mutter hatte den zehn Wochen alten Säugling mit einem Kissen erstickt. Die Dortmunder Staatsanwaltschaft ließ die Krankenschwester wieder frei. Der Grund für diese Nachsicht liegt im Tatmotiv: Die Täterin tötete das Wunschkind nicht aus Heimtücke, sondern aus Liebe. »Ich wollte ihm unsägliches Leid und ein unwürdiges Leben ersparen«, erklärte sie zu ihrer Entschuldigung.

Ob die Häufung derartiger Fälle im vergangenen Jahr nur Zufall ist, oder ob sie möglicherweise damit zusammenhängt, daß die Tötung behinderter Menschen »aus Nächstenliebe« wieder diskussionswürdig geworden ist, muß eine Spekulation bleiben. Zur Kenntnis genommen wurden diese Tötungen von behinderten Menschen mit einem Achselzucken und dem hilflosen Verweis auf individuelle Schicksale, die es so immer schon gegeben habe.

Seit fünf Jahren findet die Debatte über »unwertes Leben« hierzulande öffentlich statt. In dieser Zeit haben sich Unterstellungen eingeschliffen, die, gebetsmühlenartig wiederholt, dem Protest behinderter Menschen die Wirkung nehmen sollen: Ihre Aktivitäten werden als übersensibles Gehabe abgetan, den kritischen Stimmen vielmehr »Lust am Krawall« unterstellt. Ich bekomme wahlweise zu hören, narzistisch gekränkt, unsachlich, emotionsgeladen oder undemokratisch zu sein und meine Behinderung nicht verarbeitet zu haben. Die Philosophie-Professorin Ursula Wolf traf mit ihrer Bemerkung den Kern der Gewohnheit, unbequeme Handlungen von behinderten Personen zu psychologisieren und damit vom Tisch zu wischen: »Es ist daher ein Urteil aus einer egoistischen Perspektive, wenn Behinderte darauf bestehen, daß es besser ist, behindert am Leben zu sein, als gar nicht zu existieren.«

Im Namen von Liberalität und akademischer Freiheit werden behinderte Frauen und Männer immer häufiger gedrängt, sich der verbalen Auseinandersetzung mit »Euthanasie«-Verfechtern zu stellen und zu begründen, warum ihre Existenz lebenswert sei. Diese Aufforderung zur Teilnahme am bioethischen Dialog – und damit an der angestrebten Konsensfindung – bleibt für mich unzumutbar. Ihr Ergebnis ist vorhersehbar: Als potentielle Opfer der »Euthanasie«-Bestrebungen werden auch schwer spastisch Behinderte genannt. Wenn ich mich dagegen empöre, heißt es, ich sei nicht gemeint. Das bedeutet, andere Spastiker kann es treffen. Lasse ich die Bedrohung unkommentiert stehen, bleiben spastisch Behinderte insgesamt gemeint. Ich bin also gleichzeitig gemeint und nicht gemeint und kann mich daher in einer Debatte mit »Euthanasie«-Verfechtern nur falsch verhalten.

Der Hinweis weniger behinderter Erwachsener darauf, daß ihre Existenz glücklicherweise die Langeweile der Normalität störe, stößt weitgehend auf Unverständnis. Alle glauben: Der meint das nicht im Ernst. Ich habe zwei Möglichkeiten zu reagieren. Erwidere ich zustimmend, der Satz sei lediglich eine Provokation, atmen alle auf und fühlen sich bestätigt. Beharre ich aber auf der Bedeutung der Aussage, glauben alle, das sei jetzt die Fortsetzung der Provokation, atmen auf und fühlen sich gleichfalls bestätigt.

Ähnlich verhält es sich mit den mir entgegengebrachten Unterstellungen von Leid. Wenn ich wahrheitsgemäß zugebe, daß behinderte Menschen an ihrer Situation auch leiden können, werden die vorhandenen Klischees aktiviert. Die »Euthanasie«-Befürworter sagen, das hätten sie schon immer gewußt und deshalb müsse im Zweifelsfall über den »Erlösungstod« nachgedacht werden. Bestreite ich die Momente des Leidens, wird mir nicht geglaubt. Das bedeutet: Ich werde in der »Euthanasie«-Debatte nur ernstgenommen, wenn ich behindertenfeindliche Denkstrukturen und damit ein gutes Stück »Euthanasie«-Theorie akzeptiere. Meine vermeintliche Gegenposition wird unversehens zum Baustein der »Euthanasie«-Argumentation.

Dennoch mehren sich aus dem Anti-»Euthanasie«-Spektrum die Stimmen, die dafür plädieren, in die offene und konfrontative direkte Debatte mit den Bioethikern auf den Gebieten der Pränataldiagnostik und der Sterbehilfe einzusteigen. Michael Wunder vom Arbeitskreis zur Erforschung der »Euthanasie«-Geschichte begründet diesen Schritt so: »Jede ernsthafte Kritik an der Bioethik, jede Verhinderung der Normalität der Debatte über das Töten Behinderter und Kranker wertet die Bioethik auch auf. Unterdrücken kann man die Verbreitung der bioethischen Ansichten nicht, man kann sie nur widerlegen ... Für Betroffene bleibt es eine kaum erträgliche Zumutung, mit jemand zu diskutieren, der das Lebensrecht seines Gegenübers in Frage stellt.« Das wäre dann die elegante Form, behinderte Frauen und Männer aus den künftigen Konfrontationen herauszuhalten. Vielleicht hat deshalb aus den Reihen der Behindertenbewegung Franz Christoph, ein gerngesehener Gast in Talk-Shows, weshalb seine Aussagen irrtümlicherweise von einigen für repräsentativ gehalten werden, seine Ansicht revidiert. Jedenfalls ist er der Meinung, es müsse mit den »Euthanasie«-Verfechtern geredet werden, seit die SAT1-Sendung »Einspruch« ihn kürzlich zum Disput mit Peter Singer und Helga Kuhse geladen hat. Natürlich ist Franz Christoph deshalb nicht auf der Seite derjenigen gelandet, die sein Lebensrecht anzweifeln. Ernsthaft kann es um eine derartige Annahme auch gar nicht gehen. Wichtiger als die end-lose und energieraubende »Wer-diskutiert-wo-mit-wem-und-warum-nicht-mit-mir«-Aufgeregtheit ist, ob es gelingen kann, einen Gegendiskurs anzuzetteln, der den Blick von den Vorgaben der Medien und der Bioethik löst (ohne sie aus den Augen zu verlieren). Das kann bedeuten, auf eine Veröffentlichung oder auf ein Statement zu verzichten, wenn die eigene Position in der Tagesaktualität oder in der politischen Ausrichtung einer Zeitung keinen Platz findet. Und nicht in Panik auszubrechen, wenn dann eben einmal ein »Euthanasie«-Fan ohne Gegenpart über den Bildschirm flimmern sollte. Zu bedenken ist, daß gerade in den Musterländern der legalisierten »Euthanasie« und der Bioethik, den Niederlanden, den USA oder Australien, es keine Behindertengruppen gab, die die Verweigerung des Diskurses betrieben. Die Anti-»Euthanasie«-Bewegung ist in der Vielfalt ihrer Aktivitäten und Wirkungskreise gewichtiger, als sie sich nimmt – vorausgesetzt, sie zerlegt sich nicht selbst.

In diesem Sinne ist die Form, in der Christoph seine individuelle Bereitschaft zur Diskussion verteidigt, nicht mehr nachvollziehbar. Immerhin: Die neue Position der Gesprächsbereitschaft eröffnet die Möglichkeit, auch in einer Zeitung zu publizieren, die sich ansonsten beharrlich weigert, auf ihren Seiten die Forderung nach Abbruch des Diskurses unkommentiert abzudrucken: In einem Artikel in der »taz« vom 19. Januar 1994 polemisiert Franz Christoph gegen die Behindertenbewegung und gegen einzelne Personen aus dem Anti-»Euthanasie«-Spektrum, unterstellt ihnen pauschal Anerkennungssucht, Dogmatismus und die Neigung zur Selbst-Kriminalisierung, um dann den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Schäuble als aufrechten »Euthanasie«-Gegner ins Bild zu rücken. Christoph behauptet weiter, es gebe heute eine »Mär von rechtsradikalen Übergriffen«. Und in einem Interview für »Die Woche« ergänzt er einen Tag später: »Man muß endlich sehen, daß die Medien mit der Lüge von der Gewalt gegen Behinderte mehr Gewalt ausüben als die Rechtsradikalen.«

Diese Äußerung nimmt Bezug auf den angeblichen Skinhead-Überfall auf eine behinderte Schülerin in Halle und provoziert den fatalen Eindruck, es habe in den letzten zwei Jahren keine angepöbelten (»Unter Hitler hätten Sie dich vergast!«), angezündeten, geschlagenen, an den Folgen der Attacken gestorbenen behinderten Menschen gegeben. Richtig und spannend wäre in der Tat die Beschäftigung mit ein paar Fragen, die nach Halle nur noch niemand gestellt hat: Warum sind die gesamten deutschen Medien sowie der Polizeiapparat auf den Bericht der Schülerin angesprungen und knapp zehntausend Leute auf die Straße gegangen? War es das Klischee der hilflosen Frau, das die demon-strative Welle der Entrüstung auslöste – weshalb über die täglichen Angriffe gegen unliebsame Menschen guten Gewissens nun kaum mehr berichtet zu werden braucht? War es die erleichternde Wut auf andere zwecks Beruhigung des schlechten Gewissens, weil man ansonsten auch ganz froh ist, mit Behinderung nicht konfrontiert zu werden? Und umgekehrt: Auch das Klischee von den unberechenbaren, etwas dümmlichen Behinderten wurde geweckt mit der Meldung: Sie war es selbst. Auch hier war Kopfschütteln garantiert – mit dem Langzeiteffekt, daß behinderte (und nichtbehinderte) Menschen erleben werden, wie man ihre Berichte über erfahrene Gewalttätigkeiten bezweifelt.

Es hilft nicht weiter, alle Beschimpfungen und Angriffe gedankenlos in die Schublade »Nazi-Schläger« abzulegen. Zumindest die intellektuelle Neue Rechte, die in einer Grauzone zwischen den parteiförmigen Organisationen der Republikaner, NPD, DVU usw. agiert, hat die Handlungsfelder Bevölkerungs-, Familien- und Gesundheitspolitik längst (wieder) im Blick. Patrick Moreau hat ihre Programmatik so zusammengefaßt: »1. Die Qualität der Nachkommen muß Vorrang gegenüber ihrer Zahl haben. Das bedeutet nicht quantitative, sondern qualitative Bevölkerungspolitik. 2. Staatliche Familienpolitik darf daher nicht um jeden Preis kinderreiche Familien fördern; denn zwei Kinder aus einer erbgesunden

Familie sind wünschenswerter als fünf Kinder mit zweifelhaftem oder krankem Erbgut. 3. Die staatliche Familienförderung (Kindergeld, Steuerermäßigung etc.) muß überprüft und unter Berücksichtigung eugenischer Erkenntnisse neu gestaltet werden. Für Europa ergibt sich folgender Prioritätenkatalog: 4. Förderung der Forschung in den Bereichen Eugenik, Anthropologie und Bevölkerungspolitik. 5. Kontrolle und spätere Beendigung der Verschiebung großer Volksgruppen. 6. Geburtenkontrolle unter dem Gesichtspunkt einer positiven Eugenik, d.h. qualitative Bevölkerungspolitik.«

Ein Vergleich dieses Kataloges mit den tatsächlichen Realitäten und Entwicklungen in den anvisierten Politikfeldern läßt Differenzen kaum mehr erkennen. Selbst das Ziel der »Kontrolle und spätere(n) Beendigung der Verschiebung großer Volksgruppen« ist mit der Asylgesetzgebung bereits fest umrissen. Womit wieder vom »Euthanasie«-Gegner Schäuble zu reden wäre.

Udo Sierck lebt in Hamburg und hat zuletzt das Buch »Der Pannwitzblick – Wie Gewalt gegen Behinderte entsteht« herausgegeben

Konkret 03/94, S. 54

Oliver Tolmein

Zumutung Bioethik

In Bonn ist ein Bioethik-Braintrust gegründet worden: Das »Institut für Wissenschaft und Ethik« will noch mehr Organtransplantationen, Euthanasie-Debatten und Pränatal-Diagnostiken

Bioethiker haben es nicht leicht in Deutschland. Öffentlichkeitswirksam sollen sie auftreten, aber das muß klandestin vorbereitet werden. Denn die Feinde sind mächtig, haben sie doch nicht nur Krücken, schwere Rollstühle und weitreichende Trillerpfeifen sowie das christlich-jüdische Weltbild und autonome Störtrupps auf ihrer Seite, sondern erfahren neuerdings sogar Unterstützung durch allerlei Fremdwörter. Insbesondere der Einsatz des »intuitiv Plausiblen« gegen die modernen Naturwissenschaften und ihren gentechnischen Fortschritt macht Deutschlands führenden Bioethikern, 23 Männern und einer Frau, allesamt mindestens ordentliche Professoren, schwer zu schaffen – zumal das »intuitiv Plausible« vorzugsweise »Sätze mittlerer Reichweite« zum Einsatz bringt, gegen die auch die Einrichtung der »Forschungsarbeitsgemeinschaft Bioethik Nordrhein-Westfalen« bislang keine wirklich wirksame Abwehrwaffe entwickeln konnte.

Bekannt geworden sind die besonderen Sorgen und Nöte der schon vor Jahren derart in Bedrängnis Geratenen anläßlich der feierlichen Eröffnung des »Instituts für Wissenschaft und Ethik« Ende Januar in Bonn. Hier sollen unter Anleitung von Professor Ludger Honnefelder, der vor allem mit seiner Grundlagenarbeit über den »Begriff des Seienden als solchen als Gegenstand der Metaphysik« akademische Meriten erworben hat, Bioethiker aus allen Fachgebieten künftig eine geistige Heimstatt finden. Das Kernforschungszentrum Jülich, das schon beim Versuch, die Atomenergie als Menschheitsfortschritt anzupreisen, Erfahrungen mit Undankbarkeit und Ignoranz sammeln konnte, und das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrttechnik Köln, dem die deutschen Astronauten fehlen, sind Träger des ehrgeizigen Projekts. Die erforderliche Öffentlichkeitsarbeit haben allerdings beflissene Anonyme erledigt, die aus aktuellem Anlaß den bislang strikt vertraulichen »Antrag auf Gewährung einer Sachbeihilfe« in mühseliger Kleinarbeit kopiert und an interessierte Stellen weitergeleitet haben.

Schon die Gliederung des 170 Seiten umfassenden Papiers macht neugierig, nicht nur weil dort ganz modern mit Verschlüsselungen und Passwörtern gearbeitet wird – »1.3. Kennwort: Natürlichkeit und Zumutbarkeit« – ; auch das Grundwissen der nichtdatenverarbeitenden Mathematik hat Eingang in das millionenschwere Projekt gefunden: »1.5. Voraussichtliche Gesamtdauer: 4 Jahre, berechnet auf zweimal zwei Jahre«.

So nüchtern wie bei der Anlage ihrer Studie gehen die Wissenschaftler auch bei der Themenstellung vor: »Für den Projektteil 1: ›Organtransplantation‹ bietet sich (1.1) inhaltlich das jeder weiteren Argumentation zugrundeliegende Thema der Sonderstellung des menschlichen Körpers zwischen ›Person‹ und ›Sache‹ zur Untersuchung an, (1.2) formal die Frage nach den Auswahl- und Entscheidungskriterien, die in der Einzelfallentscheidung innerhalb der Transplantationsmedizin geltend gemacht werden.« Drei gedankenreiche Seiten weiter wird dieser Ansatz noch variiert. Ist der Körper wenigstens noch eine Sache, fordert die Bewertung des Leichnams ein weitaus differenzierteres Urteilsvermögen: »Ist der Leichnam eine ›herrenlose Sache‹?«

Das Schöne an der Bioethik ist die Logik, mit der eine Frage wie von selbst in die nächste mündet. Kein Wunder, daß Hans Martin Saß, einer der nordrhein-westfälischen 24, sich schon vor Jahren ohne Angst vor einer Rationalisierung seines eigenen Lehrstuhls zum Leerstuhl für den verstärkten Einsatz künstlicher Intelligenz in der Medizinethik eingesetzt hat. »Herrenlose Sache« – also weitergeben und gerecht verteilen: Das Fundbüro Organbank wird es danken. Und so fort: »Sind Teile meines Körpers frei verfügbare Sachen, die ich u.U. auch gegen Geld anbieten kann? Auf welche Teile kann ich ›im Fall der Not‹ verzichten?«

Insbesondere Hans Martin Saß weiß, um was es da geht. Er ist ein Mann, der Klartext schreibt und sich schon lange am Solidarprinzip der Gesetzlichen Krankenversicherung stört. Gesundheit ist für ihn Besitz, wer den pflegt, dem gehts gut, wer nicht, ist selber schuld – und viel Besitz ist eben teuer. Risikomanagement ist für Saß das Schlüsselwort der gesundheitspolitischen Debatte: »Eine erhöhte öffentliche Beteiligung am Risikomanagement dagegen würde einen Paternalismus bedeuten ..., würde die Rechte und die Verantwortung des einzelnen nicht stärken, sondern schwächen, einschließlich des Rechts und der Verantwortung, für seine eigene Gesundheit zu sorgen.«

Was in diesem 1988 veröffentlichten Frühwerk über »Ordnungsethische Einflußfaktoren im öffentlichen Gesundheitswesen« noch etwas akademisch und unreif daherkommt, kann künftig im Forschungsverbund des Bonner »Instituts für Wissenschaft und Ethik« zu Ende gedacht werden. Risikomanagement in der Gesundheitsversorgung: Wer nicht raucht, muß die Niere nicht auf die hohe Kante legen, um sie später verkaufen zu können, damit die Entfernung eines Lungenflügels bezahlt werden kann; wer Motorrad fährt und sich zur Totalorganspende verpflichtet, bekommt beim nichttödlichen Unfall ein Einzelzimmer auf Kredit. Der Bonner Forschungsbericht hat schon ziemlich konkrete Vorschläge parat – verweist aber auch auf Schwierigkeiten: »Während eine Art ›Aufwandsentschädigung‹ für Organspender

weitgehend als unproblematisch angesehen wird, scheint eine Behandlung des Körpers als Eigentum mit allen damit verbundenen Rechten, auch des Rechts auf Veräußerung oder der Vermietung, vielen als unakzeptabel.« »Vielen«, aber eben nicht den Bonner Forschern, die ja gerade angetreten sind, »das intuitiv Plausible« durch gebetsmühlenhaftes Hinterfragen in die bedingungslose Kapitulation zu treiben: »Gegenstand der Untersuchung ist ein bestimmter Typ von Prämissen, die bei der ethischen Beurteilung der Zumutbarkeit von Risiken als intuitiv plausibel verwendet werden und mit denen Bezug genommen wird auf Annahmen über die ›Natürlichkeit‹ der Natur o.ä. Da für die Anwendung solcher Prämissen auf neue Handlungsmöglichkeiten intuitive Plausibilität nicht ausreicht, soll an ausgewählten Beispielen geprüft werden, welchen Status die beschriebenen Prämissen haben, welche deskriptiven und präskriptiven Momente sich bei ihnen auf welche Weise miteinander verbinden ...«

Schon die zukunftsorientierten Philosophen aus der »Sesamstraße«, die ursprünglich, gewissermaßen intuitiv, auch kein Deutsch gesprochen haben, wußten ja: »Wer nicht fragt, bleibt dumm.« Derzeit können allerdings weder Kurzstrecken-Aussagen noch Sätze mittlerer Reichweite oder gar strategische Gedanken plausibel machen, daß der Umkehrschluß gilt. Aber wir wollen bei einem auf vier gleich zweimal zwei Jahre angelegten Projekt nicht schon nach dem ersten Forschungsvorbericht, in dem es z.B. ein »Thema 3.1.: Natürlichkeit und Art« gibt, hoffnungslos erscheinen: Irgendwie ist die Zeit ja danach. Bioethik – warum nicht?

PS.: »Thema 3.1.: Natürlichkeit und Art; a) Fragestellung: Handelt es sich beim Personenstatus des Ungeborenen oder geistig Schwerbehinderten um eine unzulässige Naturalisierung des Personenbegriffs im Zirkelschluß von der Gattungs- auf die individuelle Natur, oder muß das Prinzip der Menschenwürde in seiner materiellen Ausdehnung notwendig auf die Spezieszugehörigkeit als Indiz Bezug nehmen?« Die an der Artaufwertung interessierten Denker meinen: Geistig Behinderte sind irgendwie auch nicht besser als Föten. Weil man mit ihnen aber schlechter experimentieren kann, sind sie eigentlich ganz nutzlos und sollten, da wir ihnen »Menschenwürde in ihrer materiellen Ausdehnung« nicht zugestehen müssen, getötet werden dürfen. Bioethik – warum nicht: Das scheint mir ein guter, intuitiv plausibler Grund.

Oliver Tolmein hat gerade das Buch »Warum ist der Mensch ein Mensch?« (Hanser)veröffentlicht

Konkret 03/94, S. 56

Christel Dormagen

Tod ist in

Elisabeth Bronfen ist über die Frauenleichen in der männlichen Kultur gestolpert. Und hat sie mit einem Gemisch aus Psychoanalyse, Semiotik, Strukturalismus und Dekonstruktivismus gleich wieder zugeschüttet

»Hätte dann John Lennon singen sollen: ›Woman is the Other of the Nigger‹?«
»Heaven Sent« Nr. 9; 3/93

Fürwahr, ein unheimlich verlockender Gegenstand; ein prächtiger Titel; zum Sterben schöne Bild- und Textquellen. Dazu eine junge Wissenschaftlerin als Autorin, die akademische Preise gewinnt, mit ihrer Habilschrift auf der englischen Bestsellerliste landet und jetzt einen Lehrstuhl in Zürich bezogen hat (München, wo sie bisher als Oberassistentin lehrte, wollte sie nicht behalten); eine Frau, die in ihrer Freizeit als Sängerin auftritt, Opernlibretti schreibt und als junges Mädchen auch mal Filmschauspielerin war. Was will man mehr! Vielleicht eine schöne neueste Kulturtheorie. Elisabeth Bronfen, eben diese Frau, liefert sie. Die deutsche Übersetzung ihrer Habilitationsarbeit (das englische Original wurde 1992 veröffentlicht) ist jetzt im Antje Kunstmann Verlag erschienen.

Worum geht es in diesem Monumentalwerk? Kurz gesagt um schöne Frauenleichen und ihre Funktion in der männlich strukturierten westlichen Kultur der letzten zwei Jahrhunderte. Bronfen war irgendwann über die große Zahl weiblicher Leichen in der Kulturproduktion gestolpert, hatte sich gewundert, wieso die noch niemandem als wissenschaftswürdig aufgefallen waren, und kam so zu ihrem ersten Befund: Frauenleichen sind so selbstverständlich allgegenwärtiger Darstellungsgegenstand, daß sie nicht mehr bewußt wahrgenommen werden. Und wenn doch, dann wirken sie eher verführerisch in ihrer edlen Blässe, die nicht von dieser Welt ist. Das ist, glaubt die Wissenschaftlerin, nicht von ungefähr so, und so machte sie sich an die Untersuchung jenes dunkel-bedrohlichen Rätsels menschlicher Existenz – des Todes.

Über Sterben und Tod läßt sich apriori nichts Empirisches aussagen, da – um es leichtfertig kalauernd zu formulieren – konkrete Erfahrung a posteriori nicht mitteilbar ist. Alle Definitionen und alle Darstellungen des Todes sind mithin kulturelle Konstrukte. Man kann sich den Tod nur ausmalen. Vor allem aber möchte man ihn, den Realen, Unvorstellbaren, gerne aus seinem Leben wegretuschieren. Und da in unserer Kultur – wir wissen das – die Männer seit jeher die Kunst+Kultur-Maler sind, kamen sie auf eine geniale Idee. Man mußte den Tod einfach der anderen Hälfte der Menschheit zuschieben.

Bronfens Hauptgewährsmann für die Begründung ihrer These ist Freud. Der hatte vor dem »dunklen Kontinent« Frau als Analytiker und als Theoretiker die Segel gestrichen. Allerdings dergestalt, daß er die weibliche Geschlechtsausstattung zum Auslöser des männlichen Urschreckens erklärte: der berühmten Kastrationsangst. Der Mann ist das Ganze, die Frau das Lückenhafte. Er ist die Regel, sie die Ausnahme.

Mit kühnem Schwung nun gibt Bronfen diesem klassischen Sexualitätskonzept eine neue Deutung: Der eigentliche Grundmangel ist nicht der fehlende Penis bei der Frau, sondern der Tod. Und somit gelte auch die ursprüngliche Kastrationsangst des Menschen jenem endgültigen Schnitt, der seine Auslöschung bedeutet. Dieser Schrecken ist so unaushaltbar, daß er verdrängt bzw. verschoben werden muß. Und das geschieht – Überbau ist wie gesagt ein männliches Geschäft – über die Frau. Sie ist das »Andere« des Mannes, die Un-Norm. In sie wird der Tod als das absolut Andere ausgelagert; an ihr wird er symbolisch abgehandelt und beiseite geschafft. Frau und Tod sind eins, die weibliche Leiche insofern ein Pleonasmus, der produziert sein will.

Die Erfahrung, die jeder kennt, der den Tod eines Menschen miterlebt hat, jene unheimliche Mischung aus Trauer und Triumph: Ein anderer ist gestorben, ich aber lebe – diese Erfahrung bietet das Modell für Bronfens Todestheorie. Postfeministisch gewendet erhält in ihr der Geschlechtergegensatz wieder den Posten eines Nebenwiderspruchs zugewiesen: Die Geschlechterdifferenz ist eine Art Ventilkonstruktion zur Ableitung der Todesfurcht des Kultursubjekts. Und das ist vor allem der künstlerische Mann. Er besänftigt den Tod, indem er ihn als schön, als Frau und als Leiche denkt und diese wiederum zum Kunstwerk gestaltet. Am sinnlichsten ist das in der Oper zu bestaunen: Sie stirbt, und er singt und singt und singt. Über ihre Leiche macht der Künstler sich unsterblich.

Und in der Tat, die Beispiele für diesen Befund sind Legion. Von Schneewittchen bis zu Laura Palmer aus »Twin Peaks«; von Emma Bovary über Carmen bis zu Silvia Plath und Marilyn Monroe – ein einziger, Sprache und Bilder generierender Leichenberg. Edgar Allan Poe erzählt in seiner Novelle »Das ovale Porträt« von dem Maler, der seine schöne Frau mit seiner Kunst verewigen will. Als das Bild fertig ist, ist die Frau tot. Kunst ist ein Vampirgeschäft. Ferdinand Hodler malt an die 70 Bilder von seiner Geliebten, während sie an Krebs stirbt. Elizabeth Siddall, Muse und Modell der englischen Präraffaeliten, muß stundenlang in einer Badewanne liegen, die notdürftig mit Kerzen warmgehalten wird, auf daß das berühmte Edelkitschwerk der toten Ophelia entstehe. Als Dante Gabriel Rossetti sie später heiratet, ist die ständig Kränkelnde schon halbtot. Sie stirbt, und der Ehemann legt ihr, als Opfergabe, das Heft mit seinen jüngsten

Gedichtmanuskripten mit ins Grab. Sieben Jahre später reut ihn der Verzicht. Die Leiche wird wieder ausgegraben, das Werk gerettet. Und in einer Art nachträglicher Tötung übermalt er eine Fotografie seiner Frau, die schließlich als echte Miniatur des Künstlers verkauft wird.

Erstaunliche Geschichten, von denen das Buch zu berichten weiß. Die nur leider meist einen Schönheitsfehler haben: Bronfen gestattet ihnen kaum den Auftritt nicht, was da eigentlich wieso auf eben diese Weise zu interpretieren ist. »Das Lesen« (Emma Bovary hat bekanntlich zu viele Romane gelesen) »setzt einen Prozeß des Begehrens in Gang, der auf einen Mangel in der Realität der sozialen Existenz verweist, also auf die dieser Existenz inhärente Spaltung von Ganzheit und auf die Präsenz der ubiquitären Kastrationsdrohung des Todes.« Da wird immer wieder Konkretes und Abstraktes so unvermittelt verkoppelt, daß das Ergebnis nur komisch ist: »Carmen kann fliehen, weil es ihr gelingt, ihre Rolle als Zigeunerin aufzugeben und José überzeugend vorzuspielen, sie sei eine Baskin. Damit inszeniert sie die Sprengkraft des Weiblichen, eine männliche Ordnung mit ihren klaren Unterscheidungen und Gesetzen dementieren zu können.« Und das arme Schneewittchen »ist Vertreterin symbolischer Spannung und Zeichen dafür, daß im Innern des Superlativischen Differenz wohnt – daß alle narzißtisch inspirierten Bilder von Vollkommenheit und Einheit nur über Andersheit und Trennung konstruiert sind und letztere einbegreifen; daß ihnen der Todestrieb innewohnt«.

Auf solche Weise schafft die Autorin es leider, einem die Werke, die sie heranzieht, gründlich zu vergraulen. Etwa den Roman *Jane Eyre* von Charlotte Brontë. Dort nämlich ist die »Ambivalenz« der Frau »eine solche, daß sie verschiedene psychische Register vereinigt und als Quelle des Imaginären dient, als Körper, der Vorstellungen von Andersheit im Symbolischen allegorisch versinnbildlicht (sic!), dessen Andersheit sie aber auch in das nicht-semiotisch Reale stellt, als Grenze der Signifikation, als externalisierter Faktor, der das System begründet und stützt.«

Die kryptische Rede verdankt sich gewiß auch der mehr als hilflosen Übersetzung. Die eigentliche Crux allerdings liegt in Bronfens Argumentationsweise. Dabei geht es mir nicht darum, ihre Wissenschaftlichkeit zu bemäkeln. Ganz im Gegenteil. Was die Autorin vorführt, ist jedoch nur der Schein von Wissenschaft. Sie hat eine wirklich spannende Entdeckung gemacht und eine These dazu entwickelt: Der Mann exorziert den Tod in die Leiche der Frau und verewigt sich über sie. Diese These bleibt die ganzen 500 Seiten hindurch dieselbe, was ja in Ordnung wäre – wenn, ja, wenn Bronfen sie nicht mit einem nur noch wüst zu nennenden Murx-Gemisch aus Psychoanalyse, Semiotik, Strukturalismus und Dekonstruktivismus (die zehn heiligen Franzosen plus de Man, Benjamin und Freud sind alle versammelt) immer toller aufplustern würde. Das Konkrete wird so gewaltsam und gewaltig durch das Allgemeine ausgehöhlt, daß beide schließlich nichts mehr miteinander zu tun haben oder nur noch tautologische Plattheiten zutage fördern: »Bedenkt man Freuds Definition des Symptoms als mißlungene Verdrängung, so weist die Ubiquität von Todesbildern im neunzehnten Jahrhundert als kulturelles Symptom darauf hin, daß der Tod niemals erfolgreich verdrängt oder verarbeitet wurde.« Wind um die Ecke schaufeln, haben wir das früher genannt. Klammheimlich wird das Verhältnis von Deutungsgegenstand und Deutung mindestens chronologisch auf den Kopf gestellt: Am Anfang war Derridas Definition. Wenn es etwa um die sterbende Elaine in Tennysons »Königsidyllen« geht, schreibt Bronfen: »Mit ihrem Brief wählt sie nicht nur die Bezeichnungen, die ihre Selbst-Konstruktion als Zeichen bilden, das die Geschichte ihres Verlustes als einer wiedergewonnenen Ganzheit darstellen wird, sie inszeniert auch Derridas Definition von Textualität: ›Was Bedeutung und Sprache eröffnet, ist die Schrift als Verschwinden natürlicher Präsenz.‹«

Daß die Sekundärliteratur ohnehin nicht zur Gedankenklärung, sondern als Imponiergestikulation gedacht ist, macht spätestens die Art ihrer Darstellung deutlich: »Mieke Bal hat festgestellt, daß kultureller Anti-Ikonismus mit der semiotischen Bevorzugung des Symbolischen einhergeht, um eine paternalistisch/patriarchalische Ideologie zu stützen, die im Index und auch in der Ikone eine eher gefährliche Begründung für Bezeichnungen jeder Art sieht, da diese sich von der Konvention zu entheben scheuen.« Ach, Frau Bronfen, wie recht Sie haben mit Ihrer Bemerkung, daß »Sprache immer in Gefahr ist, ihre Referentialität zu verlieren«!

Daß das Buch trotzdem in England zum Bestseller wurde, gibt zu folgenden Vermutungen Anlaß. 1. Der Tod ist derzeit in. Wenn auch eher als kultureller Gegenstand. Eine ganze Reihe von Ausstellungen, Fotobänden und ethnologischen Untersuchungen zeugt davon. 2. Frauen sind erstaunlich vielseitig verwendbar, und als Opfer sind sie schon seit längerem sehr beliebt. 3. Sex läuft immer. 4. Apokalyptische Zeiten haben einen ausgeprägten Hang zu totalitären Letztbegründungstheorien. Wem es dann gelingt, ein paar solcher Allgemeinbegriffe zu einem schönen Welterklärungsschocker zu bündeln, der und erst recht die hat einen Hit gelandet. Jüngst vollbrachte Camille Paglia so ein Kunststück mit der Trias Mann-Frau-Kultur. Jetzt also kommt Elisabeth Bronfen mit Frau-Tod-Kunst.

Daß sie dabei selber über Leichen geht, indem sie ihre Objekte gewissermaßen ein zweites Mal tötet – durch ihre Schrift und für ihre Schrift – , ist womöglich höhere Ironie. Aber wir wollen es ja partout als Sieg der Emanzipation betrachten, daß Frauen endlich auch töten können.

Elisabeth Bronfen: Nur über ihre Leiche. Tod, Weiblichkeit und Ästhetik. Aus dem Englischen von Thomas Lindquist. Kunstmann 1994, 520 Seiten mit zahlreichen Illustrationen, 68 Mark

Christel Dormagen stellte in KONKRET 10/93 Neuerscheinungen vor

Konkret 03/94, S. 58

Manfred Hermes

Meilensteine im Mainstream

Zwei Kinofilme, in deren Mittelpunkt Aids steht, ein Thema, um das sich Hollywood lange drückte. Wie kann das angehen?

So erstaunlich ist es nun auch wieder nicht, daß man auf den »lange erwarteten« Mainstream-Aids-Film so lange warten mußte. Filme werden nicht gedreht, solange nicht ein paar zehn Millionen Menschen kommen, um sie sich anzusehen, und wenn die Hollywood-Community noch so stark selbst vom HIV-Virus dezimiert wurde. Das Publikumsinteresse scheint jetzt erwartet zu werden. Aber an der Öffentlichkeitsarbeit für »Philadelphia«, einem der beiden Filme, die nun zum Thema in die Kinos kommen, konnte man sehen: Die Filmindustrie bleibt vorsichtig. Umständlich wurde versichert, dies sei *kein* Film über Aids, sondern über: »Menschlichkeit, Mut, Moral, Diskriminierung, Intoleranz, Haß, Liebe, Lachen, Leidenschaft, Angst *und Aids*.«

Bei »... und das Leben geht weiter« von Roger Spottiswoode, der auf dem Roman *And The Band Played On* von Randy Shilts beruht, konnte die Sache offener angegangen werden. Dieser Film, der die Entwicklung der Aids-Forschung skizziert, ist eine wohlmeinende Huldigung, eine Art Benefizveranstaltung auf Film. Schwulen und ihrem sog. Lebensstil wird Respekt erwiesen. Privatleben, Küsse, obligate Klischees wie »schwuler«, bissiger Humor werden ebensowenig ausgespart wie Poppers, Saunen, Anerkennung aufopferungsvoller Teilnahme am sozialen Prozeß oder wirklich an Aids Erkrankte, die sich selbst spielen. Aber erst als Richard Gere eine Rolle annahm, wurde der Eintritt auch für Matthew Modine, Steve Martin, Whoopie Goldberg, Anjelica Huston, Lily Tomlin und Phil Collins geebnet. Der oft zeichenhaften Kürze ihrer Auftritte entspricht das Hasten des Films durch die Jahre 1976-85. Dabei wird davon ausgegangen, daß Konkurrenz den Fortschritt tötet und die großen Leiden eher von den Interventionen einzelner gelindert werden. Eine zentrale Stelle nimmt der historische Streit ein, der zwischen Luc Montagnier und Robert Gallo um das HIV-Copyright tobte.

In »Philadelphia« klagt ein schwuler Anwalt (Tom Hanks), der an Aids erkrankt ist, gegen seine Entlassung durch den Arbeitgeber, eine konservative Kanzlei. Auch sein Anwalt (Denzel Washington) nimmt den Fall erst nach einer deutlich homophob geprägten Ablehnung an.

Der Eiertanz der Vor-, Rück- und Absichten, der danach beginnt, ist dabei sehr aufschlußreich. Ein Homo in einem Film geht schon okay, zwei dagegen sind nicht erlaubt. Der »durchschnittlich homophohe Zuschauer« (»Spiegel«) braucht seinen Anker: Denzel Washington. Aber ein Schwuler ohne Sex, das kann man auch nicht machen. Also wird Hanks eine langjährige Beziehung angedichtet – mit einem Spanier. Denzel Washington repräsentiert nicht nur alle Afroamerikaner, sondern auch noch die Fraktion der bekennenden Homohasser, nicht gerade eine kleine Gruppe. Seine Frau ist es, die das Baby zur Welt bringt, das als biologistisches Zeichen das Thema Sexualität ausbalancieren muß.

Nun ist das Austarieren von symbolischen Elementen ja kein ungewöhnlicher Vorgang während der künstlerischen Arbeit. Aber hier liegen die Dinge komplizierter. Zwischen repräsentierten Gruppen und denen, denen man sie zu präsentieren gedenkt, klafft eine Lücke, die von einem Film wie diesem so sehr gefüllt wie verdeckt werden muß. Einerseits muß man sich an in den USA durchaus maßgeblichen P.C.-Anforderungen abarbeiten. Das hat zur Folge, daß die Art der Darstellung zum Beispiel von Minderheiten extrem ernst genommen werden muß. Doch auch das hat seine Grenzen. In einem Land, dessen Bevölkerung man nachsagt, daß sie mehrheitlich aufschreit, wenn sie Zungenküsse zwischen Männern sieht, ist so etwas eben nicht drin. Und nicht zuletzt fordern ja auch die dramaturgischen Gesetze selbst gewisse Anpassungen. Zu der überraschenden politischen Korrektheit von »Philadelphia« trägt aber gerade die Tatsache bei, daß der Konflikt mit dem homophoben Anwalt thematisiert wird, und er sich am fiesen Widersacher abarbeitet.

Brilliert in »... und das Leben geht weiter« die medizinische Wissenschaft als objektive Instanz über der Sexualität, so sind es in »Philadelphia« das Gesetz und seine Institutionen. Das Genre Gerichtsfilm war dem Projekt zwar nicht in die Wiege gelegt, seine Wahl hat sich aber als zeitgemäße Entscheidung erwiesen. Der Gerichtssaal als Arena bürgerlicher Werte ist der Filter, durch den sich die Gegensätze verschärfen, spiegelt aber auch einen »Liebling Kreuzberg«-haften Gerechtigkeitswunsch sowie den »nach Rostock« um sich greifenden linken Legalismus. Von an P.C. sowieso hängenden gesetzlichen Forderungen ganz abgesehen.

Diese bürgerlichen Werte bringen Homophobie ja so sehr hervor wie sie deren aggressivere Auswirkungen eingrenzen müssen. Der Film entzieht sich solchen Widersprüchen auch nicht, solange er sie zu seinen Bedingungen abhandeln kann. Dabei wird vieles ja auch recht deutlich gesagt: wie selbstherrlich die Linien gezogen und die Dahinterstehenden zum Ausschluß freigegeben werden können, indem man z.B. auf der Einteilung in schuldhafte versus nicht schuldhafte Übertragung von HIV beharrt. Oder wie die sich aus genau dieser Situation ergebenden Mimikry-Zwänge, gegen die Opfer zurückgewendet, zum Vorwurf der Lüge werden.

Auch »Philadelphia« besteht auf einer Linie, nämlich der, die zwischen Hetero und Homo verläuft, und nimmt diese als »natürlich« an. Trotz oder wegen dieser Ausgrenzung treten partikulare Interessen zurück. Dafür bekommt man allerdings etwas anderes geliefert. Denzel Washington, hier ja selbst die Personifikation belebter Homophobie (»man muß ein Mann sein, um zu sehen, wie ekelhaft das ist«), gibt dem Prozeß die entscheidende Wendung, als er bemerkt: »Es geht um die Angst und die Abscheu, die wir vor Homosexuellen haben.«

Nun, da Homophobie also selbst zur Debatte steht, kann auch auf das strukturell daran hängende Prinzip Männerbund als gesellschaftliche Konstante Bezug genommen werden. »Wie war das denn damals, als sie bei der Marine diese vielen Monate zwischen all den knackigen Jungs auf See verbrachten?« provoziert Washington einen Zeugen und stellt damit eine zentrale sexuelle »Schwachstelle« bloß.

Auf dem langen Marsch zur betont positiven Darstellung von Homosexualität im Film sind nicht nur die Küsse auf der Strecke geblieben. Aber noch die Gimmicks wirken besänftigend. Michael Callen, der Welt berühmtester *longtime survivor* hat hier ebenso seinen Auftritt bekommen wie die in diesem Bereich aktive Künstlerin Karen Finley. Und auch die lokale Gruppe der Anti-Aids-Initiative Act Up durfte im Film demonstrieren – vielleicht auch, um zu verhindern, daß sie nachher gegen ihn marschieren, was Regisseur Jonathan Demme nach »Das Schweigen der Lämmer« erleben mußte, in dem Schwulengruppen ihm das Transikiller-Stereotyp übelnahmen.

So schön es auch sein mag, im bürgerlichen Toleranzversprechen aufgefangen zu werden, es bleibt doch immer bei der spitzfingrigen Anerkennung »alternativer Lebensstile«. Mehr als ein gutwilliges, scharf abgrenzendes »Die da« ist nicht herauszuholen; die soziale Konstruiertheit von Sexualität interessiert diese Art von Mainstream noch lange nicht. Aber da man von Hollywood nun auch nicht alles auf einmal verlangen kann, müssen diese Filme als das gesehen werden, was sie trotzdem auch sind: Meilensteine im Mainstream.

Manfred Hermes schrieb in KONKRET 10/91 über »Paris is Burning«

Konkret 03/94, S. 60

Hermann Peter Piwitt

aus einem fremden Land

I

Ein merkwürdiger Mensch sprach kürzlich im Traum zu mir, ein Mensch, wie er mir in der beachtenswerten Konjunktivwelt Thomas Bernhards nie begegnet war, obwohl er danach aussah: verhauen und dennoch beharrlich. Daß die Arbeitsleistung eines abhängig Arbeitenden nicht mit seinem Arbeitslohn abgegolten, sondern darüber hinaus unvergütet auch in Produktionsmitteln und Gewinnen des Eigentümers, für den er arbeite, verwertet sei, so daß er, der – und dabei machte er ein todernstes Gesicht – Ar-bei-ter, immer auch Verfügungsrechte darüber erwerbe, kurz: daß der Charakter des Kapitalgewinns eine Aneignung des hauptsächlichsten Teils des Ertrags der Arbeitskraft sei, – weiter: daß die derart Enteigneten, statt sich wegen unterschiedlicher Religion, Sprache oder Nationalität gegenseitig totzuschlagen oder in Kirchen um Arbeit zu bitten, an ihrer Verfassung nur etwas ändern könnten, wenn sie über die Grenzen weg zusammenhielten ..., so redete er mit dem Ausdruck gefaßter Verzweiflung, bevor er verschwand.

Ich wachte auf. Ich beschloß, auch in Zukunft niemanden für gebildet zu halten, dem – sofern ihm auch sonst im Kopf nichts fehlte – Selbstverständliches nicht gerade so plausibel war wie meinem Traumgebilde; so, noch in der Dämmerung, las ich in den neuesten Gedichten von Arnfried Astel.

Astel lasen einmal viele, die mit uns bestimmte politische Hoffnungen und Ziele teilten. Ich mochte ihn auch darum mehr als Erich Fried, weil er sich in der Regel aus ähnlichen Anlässen kürzer faßte; manche seiner Verse waren nur in Zeilen gebrochene Aphorismen; andere flogen auf wie politische Transport-Schmetterlinge. *Jambe(n) & Schmetterling(e) oder Amor und Psyche* heißt der neue Gedichtband. Und die Form: nun noch knapper geworden. Ein kurzangebundenes enigmatisches Sagen, Sagen einer Regung, eines Eindrucks, einer Einsicht, immer am Rand des Verstummens. Mehr noch geändert haben sich die Inhalte: Insekten, der Leib als Garten der letzten (kleinen) Dinge, Er-lesenes aus Mythen. Mag das für unpolitisch halten, wer will: Ich mag es. Ich mag es sogar sehr. Wer es dennoch unter dem Blickwinkel der Politik verstehen will, der erinnere sich, wie der internierte Ernst Toller sich den Schwalben verschrieb, die vor seinem Zellenfenster nisteten; und an die biologische Konstante, wonach die Katatonie, das Erstarren und Verstummen, der letzte Versuch ist, der Gewalt zu begegnen, ohne sich ihr zu unterwerfen ...

II

Daß das Böse nun wieder »immer und überall« sei, diese Erkenntnis der Blödelband Erste Allgemeine Verunsicherung auf die Höhe des herrschenden philosophischen Diskurses gebracht zu haben, verdanken wir H. M. Enzensberger. Das hätten wir hinter uns. Und was haben wir vor uns?

Von einer Seminarstunde über Gottfried Benn in der Hamburger Universität erzählt mir ein junger Freund; vom Widerwillen der Studenten, Gedichte eines Dichters zu lesen, der sich 1933 für Hitler ausgesprochen hat. Und wie er sich allein gefühlt habe, als er zu bedenken gegeben habe, daß man doch trennen müsse zwischen Leben und Werk.

Die deutschen Geisteswissenschaften, die Germanistik voran, kommen mir manchmal vor wie eine große ABM-Maßnahme, damit Zigtausende junge Erwachsene krankenversichert sind, ohne dem Arbeitsmarkt zur Last zu fallen. Wenn der Beruf sie erst mal hat, und das heißt: der Kapitalismus, werden sie sich noch wundern, was von wem sie alles noch lesen müssen – und endlich auch wollen.

Vom Autor des wunderbaren *Albergo Italia*, Guido Ceronetti, las ich die *Teegedanken*, bestürzt, wieviel Unsinn ein begnadeter Kopf andernorts beiseite zu sprechen in der Lage ist. Aphorismen wie *Teegedanken* können sich Verleger jederzeit aus meinem Papierkorb zusammensammeln.

Und dann doch immer wieder – wenn sich Ceronetti aufs gedankenvolle Hinsehen beschränkt – Stellen wie diese: »›In Itri‹, sagte zwischen den Olivenhängen der ganz und gar in eine Giftwolke gehüllte Bauer, ›gab es früher überhaupt keinen Schlachthof. Heute gibt es davon zwölf oder dreizehn.‹«

Insomma aber wüßte ich nicht, was an diesem Buch grotesker ist: sein dumpfer, militanter Hotelbar-Antikommunismus oder jene vorfeministische mediterrane Hintertreppen-Vergötterei des »Weiblichen«, die nichts ist als provozierter Machismo, der sich Demut zugutehält, wenn er »die Frau« auf einer Säule in der alten Nische verwahrt.

Auf der vergangenen Frankfurter Buchmesse, und das heißt: viel zu spät, bemerkte ich ihn zum erstenmal in Massen, jenen neuen Typ von Frau um die dreißig, der aufgezäumt wie bei »Mann-o-Mann«, die Beine bis zum Hals, mit allen – wie Brinkmann einmal schrieb – sekundären Geschlechtsmerkmalen wedelnd, zielsicher sich auf alles Männliche stürzt, das prominent ist, also Posten und Aufträge zu vergeben haben könnte. Von dem römischen Bankier und Fürsten Torlonia wird

erzählt, er habe auf Empfängen jedes Gespräch seiner Frau mit Männern ohne Vermögen nach wenigen Minuten mit den Worten »Basta, Teresa!« abgebrochen.

Der Typ Teresa ist nicht mehr sehr verbreitet; und eines anderen belehrt ist auch jener fundamentalistische Feminismus, der der weiblichen Natur besondere Tugenden zuschrieb. Aber gesetzt, es gäbe sie: Wie ließen sie sich in einem System, in dem sich alles rechnen muß, schon groß noch anders behaupten als auf je verlorenem Posten! Grund zum Trauern? Nein. Sie sind nun, gottlob, in die Geschichte eingetreten, und das Gesetz dieser Geschichte heißt Kapitalverwertung; es hat sie sich einverleibt: erst die Pflegeleichten, zuletzt, zu Instanzen ausgehöhlt, die Querköpfe; und entsprechend früh mitgenommen sehen sie halt aus, am Ende. Und nun könnte es eigentlich losgehn, mit der Emanzipation.

III

Das beinahe Fürchterlichste auf einschlägigem Gebiet, fürchte ich: lesende Lehrer. Was lasen sie in den 50er Jahren? Binding, Carossa, Bergengruen, Stefan Andres, Goes. Was heute? Na ...? Na bitte. Sagte ich es doch. Allen großen Ausnahmen, als da sind die Damen A und D sowie die Herren B, C und G, meine Hochachtung. Weitere Hochachtungs-Verdächtige bitte melden.

IV

Auf einem Frühstück aus öffentlichem Anlaß in einem Garten ein leibarmer kleiner Mensch mit Brecht-Mütze, anfangs schweigsam, für sich, dann plötzlich von Gästen umringt. Er hat eine Akte dabei, »seine«. Hier! sagt er, Gedichte vortragend ...! Kirche soundso ...! und er zitiert den Anfang des Gedichts. Und hier! er blättert weiter, XY ...! Auf mich angesetzt, vermutlich ...! Namen fallen, Vermutungen werden anheimgestellt. Ob er eingesperrt gewesen sei? Nein. Ob man ihm sonst was angetan habe? – Nicht in dem Sinn.

Inzwischen ist es Nachmittag. Die Gäste stehen in kleinen Gruppen herum, und noch immer der leibarme Mensch mit seinem Schriftsatz von einem zum anderen. Und nun fliehen sie ihn bereits, sogar die Wohlwollendsten vom Vormittag, in die Tiefe des Gartens, schwer zugängliche Ecken des Hauses.

Dann sitzt er nur noch allein am Kaffeetisch und singt zu seiner Gitarre Protestlieder aus dem kirchlichen Raum. Hier! sagt die Gastgeberin und schiebt ihm ein verbliebenes Stück Erdbeertorte zu, und nun mal zugelangt! Daß Sie was auf die Rippen!

V

Eigentlich sollte man nur noch Tagebuch schreiben. Auszüge aus den Tagebüchern des rechtschaffenen Peter Rühmkorf, die man kürzlich lesen konnte, bringen mich darauf. Über bestimmte Menschen und Sachverhalte finden sich darin Urteile, die zur rechten Zeit öffentlich *nicht* abzugeben er offenbar triftige Gründe hatte. Das Tagebuch als eine Möglichkeit, wenigstens kryptisch bei der Wahrheit zu bleiben. Und das womöglich so lange, bis die Herren wieder Vertrauen fassen und anfangen – zögernd zunächst, dann immer zügiger – , Schecks auszuschreiben.

Die Verstellung mithin als die – fast – kühnste Tugend, die ein Mann von Geist, um zu überleben, sich herausnehmen kann unter Verhältnissen, in denen Wolf Leppenies uns vor einiger Zeit die neue Rolle zuwies: »Was den Intellektuellen heute noch bleibt, ist die raffinierte Umschreibung und Kommentierung des Common sense.« Ja; und was Übereinkommen ohne Widerspruch ist, das ist, wie das christliche Weltbild im Mittelalter, auch vernünftig; und das Vernünftige natürlich; und der Sieger allemal im Recht. Oder, mit Gehlen, 1933, zu reden: »Bejahen, was sowieso geschieht.«

Eigentlich, lieber R., hätte ich wie Du gern auch nur noch Tagebuch gechrieben. Aber mit dem Sich-Verstellen jetzt noch anzufangen, dazu wäre man wohl doch schon zu alt.

VI

Aus dem Buch *Aufstieg und Fall der Intellektuellen in Europa* stammt der oben zitierte Satz von W. Leppenies. Ich las es im Winter vor einem Jahr, anfänglich im Glauben, es sei der Mühe wert, sich damit auseinanderzusetzen. Ich stieß dabei auf Sätze wie diesen: »In seiner ersten Hälfte hat das zwanzigste Jahrhundert den Aufstieg und den Fall der Intellektuellen gesehen.« »gesehen«? Das Jahrhundert? Daß jemand es »sehen« gesehen hätte? Und *der* Intellektuellen? Aller? Oder einiger? »... schien der Verrat, den Intellektuelle in der Zeit des Faschismus und des Stalinismus begingen, ihre besonderen moralischen und kognitiven Ansprüche für immer zu zerstören«. Gemeint: Der Verrat macht ihreAnsprüche unglaubwürdig. Aber wieso »schien«? Und wieso »für immer«? Bis zu ihrem Tod? Oder bis zum jüngsten Tag? Und wieso »moralische Ansprüche«? Hatte denn Jünger je welche? – Oder D(Annunzio? Julius Langbehn? Marinetti? – um nur einige Intellektuelle zu nennen von *vor* dem (Sünden)Fall?

Ich legte das Buch aus der Hand. Man kompromittiert sich ja, wenn man sich mit sowas befaßt. Und nun war es nur noch eine Mülltüte mehr in der Lawine von Dummheit und Dreck, die über uns hinweggegangen ist. Man ist darunter hervorgekrochen; man reibt sich die Augen: Wenige, die sich auch nicht haben rechtzeitig in Sicherheit bringen wollen; so wahr der Satz, daß das Sein das Bewußtsein bestimme, für den frei-en Geist auch und vor allem gilt, den leich-ten und windigen, der mit nichts als Bewußtsein am Markt nachfragegerecht zu trödeln hat ...

So sieht man sich um. Und vergewissert sich: ausgetrieben der Welt ein Teil ihrer erworbenen Vernunft gerade so, als hätte man von heut(auf morgen die Erinnerung an die Bergpredigt, die Evolutionstheorie oder die Psychoanalyse gelöscht; und kein Forum von Gewicht mehr, die Verluste auch nur zu nennen; und *so* sieht sie aus: daß, hätte man Talent zur Schadenfreude, man aus dem Lachen nicht mehr herauskäme.

VII

Und hier ist Thomas Mann: »Vor der zügellosen Hyste-rie, in die ein Wort- und Wut-Fetisch wie ›Kommunismus‹ heute die Menschen versetzt, ist mir schon oft ein Grauen angekommen. Wenn man vor zwanzig Jahren sagte und schrieb (wie ich in einer oft gedruckten Goethe-Rede getan habe): ›Die neue, die soziale Welt, die organisierte Einheits- und Planwelt, in der die Menschheit von untermenschlichen, unnotwendigen, das Ehrgefühl der Vernunft verletzenden Leiden befreit sein wird, diese Welt wird kommen; denn eine äußere und rationale Ordnung, die der erreichten Stufe des Menschengeistes gemäß ist, muß geschaffen sein oder sich schlimmsten Falles durch gewaltsame Umwälzung herausgestellt haben, damit das Seelenhafte, Kultur und Kunst, erst wieder Lebensrecht und ein menschlich gutes Gewissen gewinnen könne‹ – wenn man das damals sagte und schrieb, so blieb man doch halbwegs ein Ehrenmann. Heute fällt bei ebensolchen Worten die gleichgeschaltete Wut aller kalten Krieger, zornrote Männer und keifende Weiber, über dich her und erklärt Mensch und Lebenswerk für ewig entehrt und abgetan.«

VIII

Nach Jahren wieder einmal in der Oper: »Wildschütz«. Und im 3. Finale, oh reines Glück! Tiere auf der Bühne; denn in eine Oper gehören Tiere; echte oder ausgestopfte. Sonst kann ich sie mir gleich zuhause anhören.

Mit dem Sprechtheater ist das was anderes. Das letzte Mal ist wohl fast zwanzig Jahre her. Ich sagte das einmal einem Schauspieler, und er war zornig: »Wir lesen schließlich auch eure Bücher!« Es ging mir ans Herz. Aber damals hatte es Büchners *Woyzeck* gegeben, auf einer Riesenbühne, um ein Drittel gekürzt, über – so schien es mir – drei Stunden weg; da reichte es mir.

In einer Hamburger Zeitung fand ich kürzlich diese Notiz: »Leander Haußmann sucht für seine Shakespeare-Inszenierung sechs ausgestopfte Wölfe und 30 Fotostative samt Fotoapparaten.« Nichts gegen (siehe oben) Wölfe. Aber brauche ich Fotoausrüstungswälder, um zu begreifen, was Shakespeare mit heute zu tun hat? Das weiß ich eh. Ich brauche auch nicht die total behaarte Brust im halboffenen Morgenmantel eines schmuddeligen Grafen Almaviva in einem Krankenhaus-Ambiente und eine drei Zentner schwere verwahrloste Gräfin dazu, um zu kapieren, daß auch zu Mozarts Zeiten schon nicht alles immer wie früher war. Und keine Nibelungen in SS-Uniformen, keinen Wotan im Bowler und keine Dorabella im Waschsalon, um mir vorzustellen, woher wir kommen und wohin es mit uns kommen kann. Für wen verzapfen Regisseure sowas? Für die ganz schlauen Doofen, die schon in der Schule bei Eichendorff und Fouqué immer gleich den Finger oben hatten: Das sei nicht mehr zeitgemäß!? Für mich jedenfalls nicht. Und deshalb lese ich auch meine *Penthesilea* und meine *Maria Magdalena* weiter zuhaus; auch wenn mein Schauspieler-Freund weiter darüber zornig ist.

Einen Studienkollegen aus den 50er Jahren, heute ein berühmter Regisseur, fragte ich vor Jahren, wo ich klassische Theaterstücke noch so sehen könnte, wie das Orchestra of St. Martin in the Fields frühe Mozart-Sinfonien spielt; und ich meinte, *so*, daß man spürt: das kann nur enden mit einem Fußtritt des bischöflichen Kammerherrn aus der Familie Arco, die 1919 gleich noch mal den Eisner-Mörder stellte. Vielleicht in Celle? fragte ich. Er lachte und sagte, sinngemäß: Da und anderswo auf dem Land seien die Theater inzwischen erst recht auf den Hund dessen gekommen, womit er und andere einmal aufgebrochen seien.

Verstanden.

Obschon: Der heurige HH-Herzog von Mantua, wie er im Faschisten-Kostüm nach »La Donna è mobile« sein Wasser abschlägt (wenn ich da richtig gelesen habe): Respekt denn doch, Respekt. Gefällt mir. Wirklich sauber. Muß man, ha! erstmal drauf kommen.

Hermann Peter Piwitt veröffentlichte zuletzt den Roman»Die Passionsfrucht«(Rowohlt)

Konkret 03/94, S. 62

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Inschrift an einer Hauswand in Kreuzberg:

STALINS IDEN LEBEN

Das ist die Weisheit des Analphabeten.

Wer macht, daß es bei der Akkumulation von Kapital immer so auf und ab geht? Nach allerlei irrigen Antworten der Herren Ricardo, Marx, Schumpeter und Rexrodt gibt die Chefredakteurin der »Tageszeitung« letzten, feministischen Bescheid:

In der von überwiegend männlicher Politik geschaffenen Rezession wird der weibliche Faktor mit beinahe mühelosem Einverständnis endgültig zum Nebenwiderspruch.

Sehr schön. Aber auch wahr? Könnte es sich am Ende mit der Ökonomie verhalten wie mit jener anderen dunklen Wissenschaft, die es nicht mag, wenn ein Faktor zum Widerspruch wird, und ganz besonders dann nicht, wenn das Einverständnis, mit dem es geschieht, ein müheloses heißen soll, obwohl es nur denen keine Mühe gemacht hat, die es nötigenfalls auch erzwungen hätten, während die, die es gaben – halt! Bevor ich mich ganz dem Amt ergebe, eine Chefredakteurin der »Tageszeitung« in die Geheimnisse der Sprache einzuführen, will ich lieber daran glauben, daß die Rezession von der Penetration kommt.

Was aber macht die moderne, urbane Zivilgesellschaft aus einem, der sowas macht?:

Die Anpassungsstrukturen im Hochsicherheitskomplex öffentlicher Dienst West sind nur die Spitze des Eisbergs.

Aus dem macht sie den stellvertretenden Chefredakteur einer »Wochenpost«, und damit ist der R. Lingenthal noch gut bedient.

Daß einerseits die Mörder von Luxemburg und Liebknecht nach der Pensionierung noch rüstige Leserbriefe an ihre »FAZ« geschrieben haben, andererseits etwas vom Hurra auf die Luxembürgerbewegung in der DDR im Gedächtnis haften könnte, erleichtert der Redaktion die Arbeit an den Jahrestagen zwar nicht, aber man ist nicht umsonst die erste Tageszeitung am Standort Deutschland:

Der Rausch des utopischen Denkens samt seiner latenten und dann auch offen erklärten Bereitschaft zur Gewalt gegenüber Widerstrebenden

bloß nicht Andersdenkenden, um aller Zonenpfaffen Willen bloß jetzt nicht die offen erklärte Bereitschaft zur Gewalt gegenüber Andersdenkenden!

zur Gewalt gegenüber Widerstrebenden steht am Anfang der persönlichen Katastrophe beider.

Zwei Drogenkarrieren: erst der Rausch, dann der goldene Schuß – ein Doppelselbstmord. Die Redaktion hat sich wieder einmal selber übertroffen.

Es hat Jahre gedauert, bis ich erfuhr, daß der alternative Journalist Thomas Schmid in Wirklichkeit zwei Thomas Schmid ist. Kaum aber habe ich gelernt, daß der eine sich vom andern dadurch unterscheidet, daß er eine Spur fieser ist als sein dümmerer Namensvetter, stellt sich dieser dumm und fies zugleich an:

... hatte doch sein Herausgeber Hermann Gremliza bereits nach dem Krieg der jugoserbischen Armee gegen Kroatien im August 1991 Karl Kraus(ironisches Diktum von »Serbien muß sterbien« aufgegriffen. Daß es auch der Epigone des österreichischen Satirikers ironisch meinte, braucht nicht extra vermerkt zu werden,

und wird, weil es so wenig vermerkt zu werden braucht wie der ganze Artikel, in dem er es schreibt, geschrieben, und die Zeitung, die es druckt, gedruckt, vermerkt, denn es könnte andernfalls ein Leser denken, »Serbien muß sterbien« sei von dem Epigonen so ernst gemeint wie von allen Thomas Schmids und Gremliza also der Dritte im Bunde und ein dufter alternativdeutscher Kumpel. Tatsächlich hat der Epigone des Österreichers, der kein Satiriker war, das Diktum, das weder von jenem noch von diesem stammt, sowenig ironisch gemeint wie der Dichter, der die Rufe, unter denen die Schmids von 1914 die Schmidchen zum Krieg und speziell zum »heilingen Verteilungskrieg« gegen die Serben gehetzt haben, in seinem Drama »Die letzten Tage der Menschheit« zitiert hat:

Jeder Ruß – an Schuß. Jeder Franzos – an Stoß. Jeder Britt – an Tritt. Serbien muß sterbien.

1.Akt, 1.Szene, Mitte. Ob einer der beiden Thomas Schmids sich so weit voranlesen kann?

Damit Bosnien leben kann, haben der italienische Sänger Mino Reitano, sein deutscher Kollege Frank Zander, Berlins Finanzsenator Elmar Pieroth und »Sat-1-Moderator Ulrich Meyer mit seiner Lebensgefährtin Georgia Tornow«, vormals Chefredakteurin der Thomas Schmid-Zeitung, dem Fest zum zehnjährigen Bestehen der Vereinigung der italienischen Gastronomen in Berlin die Ehre ihres Besuchs gegeben, aber nicht wie ihr jetzt wieder denkt: bloß so zum kostenlosen Lambruscosaufen und Scampifressen, sondern mit ethischem Begleitschutz:

Vom Erlös soll für die Kinder in Sarajevo ein Lastwagen mit Nudeln ins Krisengebiet geschickt werden.

Für eine Flasche Barbaresco von Angelo Gaia hätte ich die Rezepte dazu gestiftet. Aber mich lädt ja keiner ein.

Mit Entsetzen treibt man keinen Spott, aber die Nachricht, daß John Bobbit darüber klagt, schon drei Tage nach Ende des für ihn so anstrengenden Prozesses gegen seine Frau Lorena zu einem Vaterschaftstest antreten zu müssen, möchte man doch gerne mit dem Rat beantworten, er solle halt seinen Schwanz hinschicken.

Ins Märchenreich der Volkshochschule entführt die Wochenendbeilage der »Frankfurter Allgemeinen«, in der ein Heinz Bude unbekannten Aufenthalts die Unterschiede zwischen Rotkäppchen und dem Wolf erklärt:

Worin liegt diese Differenz in der Art und Weise unserer Selbstthematisierung begründet? Wodurch unterscheiden sich in diesem begrifflichen Sinne »Gesellschaften« von »Nationen«?

Was fragt er mich? Werd(ich dafür bezahlt? Soll der Bude den Zauber seiner Selbstthematisierung doch selber entfalten:

»Gesellschaften« sind abstrakte Gebilde, die zuerst durch Strukturen, nämlich der sozialen Ungleichheit, der politischen Herrschaft und so weiter charakterisiert werden. »Nationen« haben demgegenüber den Anschein des Konkreten, weil sie durch eingelebte Traditionen und durch festgelegte Territorien bestimmt sind.

Wirklich? Echt abstrakte Gebilde und eingelebte Traditionen? Und kein bißchen eingelebte Gebilde und abstrakte Traditionen? Nein?

»Gesellschaften« können die Frage der Einheit der Nation auf sich beruhen lassen, »Nationen« müssen sie beantworten. Das hängt offensichtlich mit dem Problem der Grenze zusammen.

Nationen müssen. Ich sage bloß Oder-Neiße!

Man kann das aber auch so ausdrücken: »Gesellschaften« bilden einen endlosen Kommunikationszusammenhang, »Nationen« ein endliches Handlungsfeld. Das Kommunikationsprinzip der »Gesellschaft« lautet: »Man kann nicht nicht kommunizieren« (Paul Watzlawik). Alles kann von woanders in Frage gestellt werden. Ein nationaler Merksatz wäre: »Und setzet ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein.« Es handelt sich um eine existenzielle Appellation, die die Situation einer aufs Ganze gehenden Entscheidung phantasiert.

Als aber alles drei Tage lang irgendwie mit allem zusammengehangen hatte und sie nicht länger nicht kommunizieren konnten, legten sie sich ins Handlungsfeld und phantasierten eine existenzielle Appellation, bis der Oberförster Budlich kam. Der aber war sehr erbost und rief ein ums andermal: Nein, falsch, die Appellation muß die Entscheidung phantasieren, sonst geht alles in den endlosen Kommunikationszusammenhang. Dann erschoß er die Großmutter, thematisierte den Wolf und schickte Rotkäppchen mit einem großen Korb voll mittelaltem Watzlawik in die Sozialwissenschaft hinaus.